58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Prof. Linus Pauling
Wissenschaft und Frieden (I)

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Juristische Legenden

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer
Staatsschutz im Rechtsstaat (I)

Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Ungarn als Handelspartner

2,50 DM IX. Jahrgang Januar **1/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Dezember 1963 S. 1

Berichte und Kommentare
Die VIII. Session der Table Ronde Est-Ouest
Der Christ Krüger ...
China in Afrika S. 4
Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Verhandlungen — Ausnahme oder Regel? S. 11

Prof. Linus Pauling
Wissenschaft und Frieden (I) S. 20
Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Juristische Legenden S. 26
Prof. Dr. jur. Werner Maihofer
Staatsschutz im Rechtsstaat (I) S. 32
Zur wehrpolitischen Situation der Bundesrepublik S. 39
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Ungarn als Handelspartner S. 47
Dr. Eugen Koller
Die Not unserer Schulen (II) S. 52
Dr. Ernst Hierl
Verständigungsstil — Philosophische Gedanken zu einer
Politik der Annäherung S. 60
Anna Haag
Die politische Verantwortung der Frau S. 67

Aus der Wirtschaft S. 71
Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 74
Fernsehspalte
Machtübernahme? S. 75
Buchbesprechungen
Zum Thema Staatsnotrecht
Neuerscheinungen
Krieg und Diplomatie S. 76

Dokumente zum Zeitgeschehen
Dokumentation zum Berliner Passierschein-Abkommen
Entschließungen der VIII. Session der Table Ronde
Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft
Jungdemokraten für Kontakte mit DDR-Jugend
Protest der Rektorenkonferenz gegen Kürzung der Mittel
für die Studienförderung nach dem Honnefer-Modell S. 80

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

IX. Jahrgang **Januar 1964** **Heft 1**

Chronik des Monats Dezember 1963

1. 12. — Ostpolitik. In der amerikanischen Fernsehsendung „Meet the Press" wendet sich Bundeskanzler Erhard noch einmal gegen die Gewährung langfristiger Kredite des Westens an Ostblockstaaten. — Am 3. 12. befürwortet Erhard vor der Presse in Bonn die Einrichtung weiterer Handelsvertretungen in osteuropäischen Hauptstädten, fügt aber hinzu: „Eine politische Aktion im Sinne von Handelsmissionen ist nicht beabsichtigt."

2.—5. 12. — WEU. Mit Stimmenmehrheit verwirft die Parlamentarierversammlung der Westeuropäischen Union ein Votum für die multinationale Atomstreitmacht. Zur Begründung führt der britische Labour-Abgeordnete Brown aus, die Aufstellung einer solchen Formation könne die Hoffnung auf verbesserte Ost-West-Beziehungen stark vermindern.

3. 12. — Kernwaffen. Auf dem Abschlußempfang nach einem fünftägigen Besuch in Moskau erneuerte der finnische Staatspräsident Kekkonen in Anwesenheit Ministerpräsident Chrustschows seinen Vorschlag für die „Entatomisierung" Nordeuropas. Finnland seinerseits habe bereits auf den Besitz von Kernwaffen vertraglich verzichtet. — Am 12. 12. spricht sich Großbritanniens Premierminister Douglas-Home für die Einbeziehung auch der unterirdischen Versuche in den Moskauer Teststop-Vertrag aus.

4. 12. — Vatikan. Das II. Vatikanische Konzil beendet die zweite Sitzungsperiode. In seiner Ansprache kündigt Papst Paul VI. für Januar 1964 eine Reise zu den heiligen Grabstätten in Jerusalem an.

5. 12. — Italien. Staatspräsident Segni vereidigt das neue „Kabinett der linken Mitte", dem unter Führung von Aldo Moro (Premier) und Pietro Nenni (Vizepremier) Vertreter der Christdemokraten, der Republikaner, der Sozialdemokraten und der Sozialisten angehören. Das Kabinett erhält am 17. 12. mit 350 gegen 233 Stimmen das Vertrauen der Kammer. 25 sozialistische Abgeordnete bleiben der Abstimmung demonstrativ fern und protestieren damit gegen die Regierungsbeteiligung ihrer Partei und des ehemaligen Generalsekretärs Nenni.

— „Spiegel"-Affäre. Der Immunitätsausschuß empfiehlt die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten Strauß (CSU), Merten und Jahn (beide SPD). Gegen den früheren Verteidigungsminister soll im Zusammenhang mit der Festnahme des „Spiegel"-Redakteurs

Ahlers in Spanien, gegen Jahn und Merten wegen der Weitergabe vertraulicher Unterlagen an das Nachrichtenmagazin ermittelt werden. Der Bundestag stimmt der Entscheidung am 11. 12. zu.

6.—11. 12. — Bundeswehr. Das Schöffengericht in Calw (Schwarzwald) verhandelt in dem ersten einer Serie von Prozessen gegen Ausbilder einer in Nagold stationierten Fallschirmjägereinheit wegen Mißhandlung, fahrlässiger Körperverletzung und Überschreitung der Befehlsbefugnis. Das Gericht verhängt mehrere Gefängnisstrafen.

9.—13. 12 — Sowjetunion. Das Zentralkomitee der KPdSU beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Lage des Landes und beschließt ein umfassendes Investitionsprogramm für die chemische Industrie und eine Ausdehnung der Konsumgüterproduktion. Parteichef Chrustschow erläutert in einem längeren Referat die sowjetischen Getreidekäufe im Ausland und deutet in einem Schlußwort die Herabsetzung der militärischen Ausgaben an. — Am 16. 12. beziffert Finanzminister Garbusow den Militäretat für 1964 auf 13,3 Mrd. Rubel gegenüber 13,9 Mrd. im laufenden Jahr.

10. 12. — Sansibar. Das bisher britische Sultanat (2640 qmk, 316 000 Einw.) erhält seine staatliche Unabhängigkeit, bleibt aber Mitglied des Commonwealth.

— Kriegsopfer. Gegen die Verzögerung der Anhebung ihrer Renten durch die Regierung protestieren die Kriegsopferverbände mit einem „Marsch auf Bonn".

11. 12. — Korea. Die nordkoreanische Regierung veröffentlicht einen Appell zur stufenweisen Wiederaufnahme des Handels- und Postverkehrs zwischen Süd- und Nordkorea. Gleichzeitig wird angeregt, die Streitkräfte auf beiden Seiten der Demarkationslinie am 38. Breitengrad zu reduzieren und auf je 100 000 Mann zu begrenzen. Die Verwirklichung dieser Vorschläge könne der Vorbereitung einer „Föderation der beiden Korea" dienen.

12. 12. — Kenya. In Nairobi wird die Unabhängigkeit des bisher britischen Protektorats (582 640 qkm, 6,7 Mill. Einw.) ausgerufen. Der neue Staat strebt den Zusammenschluß mit Tanganjika und Uganda an und bleibt Mitglied des Commonwealth.

13. 12. — Nichtangriffspakt. In London wird der Inhalt einer an den britischen Premierminister gerichteten Botschaft aus Moskau vom 20. 11. bekannt. Chrustschow erklärt darin die Bereitschaft der Sowjetunion, im Rahmen eines Nichtangriffsvertrages zwischen Warschauer Pakt und NATO zusätzliche Garantieverpflichtungen für die Sicherheit Westberlins einzugehen.

14. 12. — China. Ministerpräsident Tschu En-lai trifft mit großer Begleitung in Kairo, der ersten Station einer ausgedehnten Afrikareise, ein. Auf dem Besuchsprogramm stehen außer der Vereinigten Arabischen Republik Algerien, Marokko, Mali, Guinea und Ghana. In Algier unterstützt Tschu En-lai den Gedanken einer zweiten asiatisch-afrikanischen „Bandung - Konferenz". Die chinesische Delegation unterbricht die Reise für einige Tage, um in Albanien Besprechungen zu führen. (Vgl. Kommentar „China in Afrika".)

16. 12. — Indien. In einem Schreiben an die Ministerpräsidentin von Ceylon, Frau Bandaranaike, stimmt Premierminister Nehru der Einberufung einer neuen Konferenz der blockfreien Staaten (ähnlich der Belgrader Konferenz vom September 1961) zu. Eine solche Zusammenkunft könne dazu beitragen, Lösungen für die großen Probleme der Welt zu finden.

16.—18. 12 — NATO. Im Mittelpunkt der Herbstsession des Nordatlantikrates steht die Diskussion der Ost-West-Beziehungen. Einige Minister geben Anregungen für mögliche „nächste Schritte" in den Entspannungsgesprächen. Die Vertreter der Bundesrepublik bringen das Thema „multinationale Atomstreitmacht" zur Sprache.

17. 12. — Berlin. Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen Beauftragten des Senats und der Regierung der DDR setzen Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt ihre Unterschriften unter ein zeitlich befristetes Protokoll, das Westberlinern (zum ersten Mal seit dem 22. August 1961) den Besuch ihrer im östlichen Teil der Stadt wohnenden Verwandten in der Zeit vom 19. Dezember bis zum 5. Januar ermöglicht. Von den Tagespassierscheinen, die Postangestellte der DDR in zwölf westberliner Schulen ausgeben, machen bis zum 5. 1. 1964 insgesamt 1,3 Mill. Westberliner

ein- oder mehrmals Gebrauch. (Vgl. „Die Lage" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

— U N O. Die seit dem 17. 9. tagende 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen tritt zu ihrer letzten Sitzung zusammen, auf der USA-Präsident Johnson eine Ansprache hält. Die Delegierten billigen einen Resolutionsentwurf, der die Erweiterung des Sicherheitsrates und anderer Gremien zugunsten der in den letzten Jahren entstandenen neuen Staaten in Asien und Afrika fordert. Mit der Aufnahme von Sansibar und Kenya zählt die Weltorganisation 113 Mitglieder.

18. 12 — B u n d e s h a u s h a l t. Im „Steuerstreit" zwischen der Bundesregierung und den Ländern einigt sich der interparlamentarische Vermittlungsausschuß auf eine Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommens- und Körperschaftssteuer im laufenden Jahr von 35 auf 38 Prozent. Für das Finanzjahr 1964/65 soll der Anteil auf 39 festgesetzt werden.

20. 12. — S P D. Das Parteipräsidium beruft zum 15. und 16. Februar 1964 einen außerordentlichen Parteitag ein, um den Nachfolger des am 14. 12. verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion, Erich Ollenhauer, zu wählen. Politische Beobachter vermuten, daß Bürgermeister Brandt den Parteivorsitz und Fritz Erler den Fraktionsvorsitz übernehmen wird.

— N S - V e r b r e c h e n. Vor dem Frankfurter Schwurgericht beginnt ein Prozeß gegen 22 Angehörige des Wachpersonals des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz in Polen. Die Anklagen in diesem Strafverfahren, das etwa sechs Monate in Anspruch nehmen soll, lauten auf Mord oder Beihilfe zum Mord.

21. 12. — Z y p e r n. Blutige Zusammenstöße zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung werden aus Nikosia gemeldet. In einem Zeitungsinterview verlangt Präsident Makarios die Annullierung des britisch-griechisch-türkischen Zypernabkommens und eine Revision der Verfassung. Die türkische Regierung droht mit einer Intervention auf der Insel und ordnet Flottenmanöver im östlichen Mittelmeer an. Makarios beantragt eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates und wiederholt seine Forderung nach Ablösung der Verträge. — Am 25. 12. vereinbaren die sich bekämpfenden Gruppen einen Waffenstillstand und die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone.

23. 12. — E W G. Langwierige und mehrmals unterbrochene Konferenzen der Außen-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Finanzminister aus den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führen zur Verabschiedung der umstrittenen Marktordnungen für verschiedene Agrarprodukte. Der Ministerrat autorisiert die EWG-Kommission zum Erlaß entsprechender Verordnungen. Frankreich hatte auf einer Regelung vor dem 31. Dezember bestanden und mit „unabsehbaren Konsequenzen" gedroht.

26.—30. 12. — A r g o u d - P r o z e ß. Der Gerichtshof für Staatssicherheit verurteilt den militärischen Chef der OAS und Mitbeteiligten am Militärputsch in Algier, Oberst Antoine Argoud, zu lebenslänglichem Zuchthaus. Zu einem Antrag der Verteidigung, den im Februar rechtswidrig aus einem Münchener Hotel entführten Angeklagten in die Bundesrepublik zurückzubringen, geben Bonn und Paris unterschiedliche Darstellungen. Erst am 30. 12. stellt das Auswärtige Amt ein förmliches Auslieferungsersuchen. SPD und FDP fordern eine Klarstellung im Bundestag.

27.—29. 12. — U S A. Präsident Johnson empfängt Bundeskanzler Erhard zu einem ersten Arbeitsbesuch auf seiner Ranch in Texas. Themen der Gespräche sind die Deutschland- und Berlinfrage sowie die geplante multinationale Atomstreitmacht. — Am 31. 12. berichtet Verteidigungsminister McNamara über den neuen Militärhaushalt, der von 52 Mrd. Dollar im laufenden Jahr auf 51 Mrd. für 1964/65 herabgesetzt werden soll.

31. 12. — O s t - W e s t - K o n t a k t e. Übereinstimmend weisen die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und anderer Staaten in ihren Neujahrsadressen auf die Notwendigkeit verbesserter Beziehungen zwischen ihren Ländern hin. UN-Generalsekretär U Thant würdigt die „bedeutenden Fortschritte" auf dem Wege zur Entspannung und fordert weitere Abrüstungsmaßnahmen im Jahre 1964.

Die VIII. Session der Table Ronde Est-Ouest

Vom 5.—8. Dezember trafen sich die Teilnehmer der Table Ronde erneut zu einer ausführlichen Diskussion der großen Gegenwarts-Probleme. Die Konferenz fand dieses Mal in Moskau statt. Aus 19 Ländern hatten sich 82 Teilnehmer eingefunden. Anschließend an die Erörterungen der Table Ronde 1963 in Paris, widmete man sich vielen Fragen, besonders in ihren Details*).

Zu Beginn der Konferenz würdigte Senator Henri Rolin, Ex-Ministre D'Etat, Belgien, das Leben und Schaffen von Präsident Kennedy und Papst Johannes XXIII. Zum ehrenden Angedenken an die großen Toten erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Wie stets, so wurden auch die Gespräche in Moskau nicht öffentlich geführt. Darin liegt überhaupt das besondere gerade dieser Table Ronde, daß Persönlichkeiten der verschiedenen Länder ihre Gedanken frei und offen austauschen können, ohne hierbei auf ihre Stellungen im Staat, im Parlament, öffentlichen Körperschaften, Parteien oder anderen Gremien Rücksicht nehmen zu müssen. So kommt es zu einer intensiven und sachlichen Erörterung der Probleme und auch der Gegensätzlichkeiten, vor allem auch ohne Rücksicht auf parteitaktische Erwägungen oder Pressenachrichten. Dies will jedoch nicht heißen, daß etwa die Teilnehmer gewohnt sind, mit zwei Zungen zu sprechen. Die offene Atmosphäre erschien vielmehr für Alle mit dem Gefühl der Verantwortlichkeit und eines weitgehenden gegenseitigen Verständnisses erfüllt.

*) Vergleiche „Blätter" 6/62 und 2/63.

Nach einer Plenum-Debatte am Eröffnungstage wurde die Hauptarbeit in Kommissionen verlegt. In der Arbeitsgruppe für Abrüstungsfragen saßen unter anderem der frühere französische Innenminister und langjährige Delegierte für Abrüstungsfragen bei der UNO und in Genf, Jules Moch,, und der russische General Nikolai Talenski, ein führender Spezialist der Abrüstungsprobleme, die Mitglieder des englischen Parlaments, Nobelpreisträger Sir Philip Noel-Baker, und der Sprecher in Verteidigungsfragen der Labour-Party, Denis Healey. An den Gesprächen in der politischen Kommission beteiligten sich der schwedische Senator Georg Branting zusammen mit seinem jungen Kollegen Stig Alemyr, Mitglied des schwedischen Reichstages, Senator Henri Rolin, Brüssel, Senator Paolo Vittorelli, Italien, der Oberbürgermeister von Florenz, Giorgio La Pira, der Deputierte und Chefredakteur der Izvestia, Alexei Adjoubei, und der Direktor des Historischen Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Vladimir Khvostov; die englischen Unterhausabgeordneten W. N. Warbey, John Mendelson, Wayland Joung (Lord Kenneth), Konni Zilliacus, Colonel A. Cortney, Jan Mikardo und George Thomson. Aus Skandinavien nahmen u. a. Frau Elsa Merete Ross, Dänemark, und Frau Ingrid Segerstadt, Schweden, beide Mitglieder ihrer Parlamente, an den politischen Gesprächen teil. Zu den Mitgliedern der Table Ronde, die in dieser politischen Kommission das Wort ergriffen, zählten u. a. der tschechische Gesundheitsminister Josef Plojhar und der finnische Abgeordnete Veikko Svinhufvud, der Sohn des früheren finnischen Präsidenten. Von westdeutscher Seite gehören der Table Ronde Prof.

Dr. Helmut Ridder, Bonn, an, der infolge seiner Universitätsverpflichtungen dieser Session nicht beiwohnen konnte, ferner der Verfasser dieses Berichtes. Aus dem Ostteil Deutschlands waren u. a. der Abgeordnete Hermann Kalb, Chefredakteur der „Neuen Zeit", und Prof. Alfons Steiniger, Direktor des Instituts für Völkerrecht der Humboldt-Universität und Präsident der Vereinigung der Freunde der UNO, erschienen. Ein österreichischer Teilnehmer, der Abgeordnete Prof. Hans Thirring, forderte selbständige Abrüstungsmaßnahmen der kleineren Staaten und legte hierzu eine Reihe konstruktiver Gedanken vor.

In der Kommission für kulturelle Angelegenheit fanden sich eine Reihe von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Journalisten und Persönlichkeiten des kulturellen Lebens zusammen. Unter ihnen Emmanuel d'Astier, Frankreich, früherer Minister und Direktor des Journal „Libération", der Journalist Vittorio Citterich, Italien, die Schriftsteller Ilja Ehrenbourg und Alexander Korneitchouk; der polnische Schriftsteller und Abgeordnete Jaroslaw Ivaszekewitz, Prof. Roger Mayer, Direktor des Institut du Radium, Frankreich, und der Präsident der Kammer für Kultur und Erziehung der Jugoslawischen Nationalversammlung, Nikola Sekulic.

In der Kommission für Wirtschaft und Entwicklung beteiligten sich u. a. Mme. Macelle Deveaud, Mitglied des Wirtschaftsrates, Paris, und ihr Kollege Jacques Eisenmann, Prof. Oscar Lange, Warschau, der frühere Außenminister Abgeordneter Victor Larock, Belgien, der Deputierte Michel Jacquet, Frankreich, Prof. Costin Murgescou, Akademiemitglied und Direktor der Revue „Vie économique", Rumänien, der Vorsitzende der Ungarischen Ökonomischen Gesellschaft und Leiter der Außenhandelsfakultät der Budapester Wirtschaftswissenschaftlichen Universität, Prof. Dr. Imre Vajda**), der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Vladimir Snéguiriev vom Institut für Wirtschaft und internationale Beziehungen, UdSSR, und der Vizepräsident der französischen Nationalversammlung, Raymond Schmittlein.

Die in den einzelnen Kommissionen erarbeiteten Stellungnahmen und Vorschläge wurden in einer abschließenden Plenumberatung vorgelegt und in einer Reihe von Resolutionen, die der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz unterbreitet wurden, zusammengefaßt***).

Wie bei den bisherigen Zusammenkünften der Table Ronde standen auch dieses Mal die großen Gesamtaspekte unserer Zeit in Hinsicht auf die Abrüstung, die Wirtschaft, das Verhältnis zu den Entwicklungsländern, also die großen politischen Fragen, im Mittelpunkt. Mehr als auf den bisherigen Zusammenkünften trat es jedoch hervor, daß die Lösung der großen Probleme nur Schritt um Schritt möglich ist. Einzelne Details auf den Sektoren der Abrüstung, der Wirtschaft usw. haben deshalb heute besondere Bedeutung. Der Weg, der u. a. durch das Moskauer Teststop-Abkommen eingeleitet ist, muß fortgesetzt werden, indem Einzelvereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung, einzelne Schritte auf dem Gebiet der Wirtschaft, Einzelaktionen auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Bildung in kooperativer Weise realisiert werden. Die Konferenz begrüßte unter diesem Aspekt ganz besonders die Bemühungen von Präsident Johnson, Ministerpräsident Chrustschow und der englischen Regierung, neue Übereinkommen und Fortschritte zu erreichen. Besonders deutlich trat auch in diesen Moskauer Tagen hervor, mit welcher Wechselseitigkeit die deutschen Probleme der Weltsituation integriert sind. Die ungelöste Lage in Mitteleuropa begünstigt die militärische Verhärtung und verschärft die internationale politische Spannung. Eben diese

**) Siehe den Beitrag von Prof. Vajda „Ungarn als Handelspartner" in diesem Heft.

***) Vergleiche hierzu in diesem Heft „Dokumente zum Zeitgeschehen".

Verhärtung und erhöhte Spannung aber erschwert ihrerseits eine schnelle und umfassende Lösung des Deutschland-Problems. Wer ernsthaft eine Lösung dieses Problems wünscht, muß also a priori der militärischen und politischen Entspannung in Europa seine Aufmerksamkeit zuwenden. Gedanken, wie sie in den verschiedenen Plänen für eine militärische Verdünnung in Mitteleuropa auf atomarem und konventionellem Gebiet, vor allem im Rapacki-Plan dargelegt sind, sowie der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der west- und der osteuropäischen Völker, sind wirksame Schritte auf dem Wege zu einem friedlichen Europa. Sicherlich ist die Erarbeitung des Friedens mit Risiken verknüpft und mit Opfern verbunden. Aber der heutige Zustand mit seinem Irrgarten künstlich erstellter Tabus ist bedeutend risikoreicher und gefährlicher. Er ist zudem mit der Hypothek der finanziellen Rüstungslasten in einer solchen Weise beschwert, daß voraussehbar ist, daß unter diesen Umständen das deutsche Volk einer sehr schleunigen Unterentwicklung auf den Gebieten der Wissenschaft, der Bildung, der Kultur und des Wirtschafts-Wettbewerbs entgegengeht. Die „Freiheit", diesem Rückschritt entgegenzueilen, ist sicherlich nicht von denen gemeint, die befürworten, sie „durch Stärke zu verteidigen". In einem Zeitpunkt, in dem offenbar die Staatsmänner der großen Völker bereit sind, gemeinsam an einer Welt ohne Krieg zu arbeiten, können deutsche Politiker nicht abseits stehen. Je eher und je mehr sie sich darum bemühen, in direkten Kontakten und Gesprächen sowohl den Partner als auch die „andere Seite" kennen zu lernen, desto mehr werden ihre Vorstellungen, Pläne und Gedanken sich der Wirklichkeit unserer Welt annähern, die allein das Tätigkeitsfeld der Politik ist. Wir müssen begreifen, daß eine weitere Aufrüstung heute nicht mehr ein Faktor der Sicherheit, sondern im Gegenteil der Unsicherheit ist. Wir müssen begreifen, daß gemeinsames Handeln, das Zusammenarbeiten auf allen Gebieten, nicht Kapitulation ist, sondern diese vielmehr gerade dann mit Sicherheit auf uns zukommt, wenn wir uns in die Sackgasse der Isolation begeben.

Die nächste Zusammenkunft der Table Ronde wird im Juni auf Einladung des Oberbürgermeisters La Pira in Florenz stattfinden. Es wäre zu wünschen, daß dann auch von westdeutscher Seite an diesen fruchtbaren Gesprächen kompetente Persönlichkeiten teilnehmen.

Manfred Pahl-Rugenstein

Der Christ Krüger ... Eine Demokratie ist nicht nur so viel wert wie ihre Verfassung und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch und nicht zuletzt so viel wie ihre Demokraten — denn diese sind es, die aus Idee und Theorie die Wirklichkeit formen. Und da es sich bei einer wohlverstandenen, aufrichtig praktizierten Demokratie um eine Ordnung der Vernunft und um eine erzieherische Institution handelt (oder doch handeln sollte), kommt es in erster Reihe nicht so sehr auf die persönliche und staatsbürgerliche Wertigkeit des kleinen Mannes, als vielmehr vor allem derer an, die in Regierung, Verwaltung, Justiz und Bildungswesen an der Spitze stehen und Beispiel zu geben haben.

Daß es diesbezüglich in der Bundesrepublik Deutschland nicht zum besten bestellt ist, weiß alle Welt in Ost und West. Wer immer sich der Mühe unterzieht, über Deutschland nachzudenken (und das tut man im Ausland mindestens ebenso viel wie im Inland), kommt nicht an der beklemmenden Erfahrungstatsache vorbei, daß es bei uns, vor allem unter den älteren Generationen, noch allzuviele Menschen gibt, die das Gift der Hitler-Zeit und der Perioden, die zu Hitler hatten führen müssen, bis heute nicht aus sich herausgeschwitzt oder, noch schlimmer, gar nicht den Versuch gemacht haben, das zu tun.

Die Sorge, die man sich bei solchen Beobachtungen machen muß, bezieht sich allerdings viel weniger auf den und jenen anonymen Bürger in bescheidener oder untergeordneter Position, sondern folgerichtig primär auf die Träger bekannter Namen und Inhaber maßgeblicher Positionen.

Es würde hier viel zu weit führen (und ist in diesem Falle wohl auch nicht notwendig), wollte man ein übriges Mal alle die mehr oder weniger prominenten Namen rekapitulieren, deren Träger sich in letzter Zeit, oft leider erst durch Nachhilfe aus dem Osten, als alte Nazis demaskieren lassen mußten. Diese Serie von Skandalen dürfte auch mit Beginn des neuen Jahres noch nicht abgerissen sein. Vermutlich werden wir auch weiterhin ein ums andere Mal die Folgen davon zu spüren bekommen, daß man bei der Gründung der Bundesrepublik versäumt hat, unseren Staat gleich von Anfang an entschlossen und konsequent auch personell auf saubere demokratische Basis zu stellen.

Nicht immer sind diejenigen, die ihrer Vergangenheit wegen für ein verantwortungsvolles Amt in der Bundesrepublik nicht in Frage kommen sollten, so klar zu definieren und zu erkennen, wie dies z. B. bei Theo Oberländer der Fall war. Auch ein Richter, der einem Sondergericht, oder ein Polizeipräsident, der einem Einsatzkommando angehört hat, sind erkenntnismäßig sozusagen leichte Fälle, und zwar besonders dann, wenn es sich bei diesen Menschen um einstmals überzeugte Nationalsozialisten handelt. Bei allen diesen weiß man wenigstens, woran man ist, und es gibt Fälle, denen man tiefe Überzeugung, wenn auch für eine schlechte Sache, subjektiv zugute halten kann. Wer Verbrechen begangen hat, steht zur Bestrafung an. Insofern ist das Problem einfach und der Sachverhalt transparent.

Schwieriger wird es mit denen, die nicht eindeutig zu fassen sind und keiner konkreten Untat überführt werden können, aber dennoch unbestreitbar auf diese oder jene Weise dazu beigetragen haben, daß alles das geschehen konnte, was unter Hitler im Namen des deutschen Volkes nun einmal geschehen ist und nie wieder aus der Welt geschafft werden kann. Es sind die unzählbaren O p p o r t u n i s t e n. Sie haben im Dritten Reich mitgemacht — und sie machen heute wieder mit. Sie hängen ihr Mäntelchen immer nach dem Winder. Wo ihre eigentliche Überzeugung liegt (wenn sie eine solche überhaupt haben), ist schwer auszumachen. Immerhin kann man unterstellen, daß sie alle „national" und antisozialistisch sind. Aber davon ganz abgesehen, können sie unserer Demokratie größeren Schaden zufügen als diejenigen, denen eine Straftat aus der Zeit des Nationalsozialismus nachzuweisen ist, denn man weiß nie, was bei ihnen Tarnung und was Prinzip ist. Eine Demokratie aber kann nicht funktionieren, wenn diejenigen, die ihre Maschinisten sind, nicht wenigstens ein Minimum an aufrechtem Mannesmut und demokratischer Unerschrockenheit glaubwürdig sichtbar zu machen vermögen.

Da ist der Fall des neuen Bundesvertriebenenministers Hans Krüger. Vor kurzem wurde in Ostberlin enthüllt, er sei im Jahre 1923 Teilnehmer an Hitlers Münchner Marsch auf die Feldherrnhalle gewesen. So jedenfalls stand und steht es in Krügers Personalbogen aus der Zeit des Dritten Reiches. Was sich aus dieser Enthüllung dann aber herausstellte, war eigentlich noch schlimmer, als wenn die Nachricht gestimmt hätte: Krüger hatte an jenem Marsch gar nicht teilgenommen, aber er wünschte wohl, es getan zu haben, und darum mogelte er einen entsprechenden Eintrag in seine Akten. Wahrscheinlich hätte selbst ein so labiler Charakter das Schmücken mit fremden Federn unterlassen, wenn er nicht hätte sicher sein können, daß diese Fälschung seiner beruflichen Karriere auf jeden Fall förderlich sein mußte. Und noch etwas anderes tat dieser Ehrenmann, was damals nichts kostete, sondern sehr

opportun war und einem NS-Richter ein gutes Fortkommen sicherte: 1938 trat er aus der Kirche aus und nannte sich, wie so viele seinesgleichen auch, „gottgläubig". (An welchen Gott mag er da wohl „geglaubt" haben? An den pommerschen Waldgott oder nur ganz schlicht an den Beförderungsgott der Justiz-Bürokratie?) Nach 1945 war dann plötzlich alles ganz anders, Hans Krüger überlegte sich, daß er ja eigentlich immer schon ein guter Christ gewesen sei, und trat der Kirche wieder bei, denn nun war d i e s e s opportun geworden. Und unsere glaubensfesten Christdemokraten scheinen gar nichts dabei zu finden, denn sie dulden einen so unsicheren Kantonisten nicht nur in ihren Reihen, sondern sie haben ihn auch noch zum Bundesminister gemacht.

Ein Exempel nur unter vielen. Es zeigt, wie unendlich viel wir noch mit uns selbst zu schaffen haben, und daß es besser wäre, endlich mit uns selbst und mit unserer Vergangenheit ins reine zukommen, anstatt Überlegenheitsgefühle zu kultivieren und gesamtdeutsche Ansprüche zu stellen, die in der Form, in der wir uns heute befinden, der Wirklichkeit nicht standhalten können. J. W.

China in Afrika

Die Weltöffentlichkeit erlebt gegenwärtig mit, wie eine neue Phase der chinesischen Außenpolitik beginnt. Die Volksrepublik China wirbt stärker als bisher um die Gunst der neutralen Staaten Afrikas.

Ministerpräsident Tschou En-lai hält sich zu einer zweimonatigen Besuchsreise in diesem Erdteil auf, die ihn in acht Länder — darunter nach Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Somali und Tanganjika — führen soll. Die ersten Stationen seiner „politischen Safari" waren Kairo und Algier. Außenminister Tschen Yi nahm am 12. Dezember an der Unabhängigkeitsfeier Kenias teil. Eine Gruppe chinesischer Landwirtschaftsspezialisten, die von Yank Kaoking geleitet wurde, bereiste westafrikanische Staaten. Der tanganjikische Präsident Julius Nyerere will im Frühjahr und der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser zu einem noch unbekannten Zeitpunkt Peking besuchen.

Während man in den westlichen Hauptstädten und in Moskau den Reiseweg Tschou En-lais interessiert und leicht beunruhigt verfolgen mag, zeichnen sich — wie das Ergebnis seiner Kairoer Gespräche zeigt — schon die Grenzen chinesischer Einflußmöglichkeiten in den Entwicklungsländern ab.

Das chinesische Interesse an Afrika ist im letzten Jahrfünft sprunghaft gewachsen. Im Algerienkonflikt unterstützte China die FLN durch Propaganda und Waffenlieferungen, und das Angebot, Freiwillige zu entsenden, stärkte den radikalen Flügel der heutigen algerischen Staatspartei beträchtlich. In Kairo, Rabat, Conakry, Akkra und Leopoldville und in Ostafrika wurden im Laufe der Zeit Informationszentralen eingerichtet, deren Propagandatätigkeit sich allmählich immer offener auch gegen die Sowjetunion richtete. Als die sowjetisch-chinesischen Streitgespräche in Moskau in diesem Frühjahr die ideologischen Spannungen zwischen beiden Regierungen an die Oberfläche spülten, verteilte das Kairoer Büro der Nachrichtenagentur Hsin-hua (Neues China) an die ägyptische Presse und die ausländischen Korrespondenten eine Pekinger Darstellung des Konfliktes. Radio Peking sendet wöchentlich neunzig Stunden — mehr als der Moskauer Sender — in englischer, französischer und arabischer Sprache und in Suaheli über mehrere Kurzwellensender mit Richtstrahlern nach Afrika. Ghana und Guinea erhielten chinesische Kreditzusagen von 20 und 25 Millionen Dollar.

Zweifellos macht sich die chinesisch-sowjetische Rivalität in der Afrikapolitik beider Mächte in wachsendem Aus-

maß bemerkbar. Dabei kann sich der asiatische Partner die antikolonialistischen Ressentiments in Schwarzafrika, die sich mehr oder weniger gegen alle „weißen" Mächte einschließlich der Sowjetunion richten, zunutze machen. In afrikanischen Augen unterscheiden sich die Russen kaum von den Menschen aus dem Westen. Die chinesische Propaganda hingegen kommt aus einem farbigen Land, sie kann auf den gemeinsamen Kampf gegen den Kolonialismus und auf die eigenen Erfahrungen bei der Entwicklung vom primitiven Agrarstaat zur modernen Industrienation pochen. Gefühlsbetonte Argumente verlieren aber in Afrika leicht ihre Anziehungskraft, sobald sie nicht von ständiger und wachsender wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe gefolgt sind. Und obwohl chinesische Kreditbedingungen manchmal großzügiger sind als sowjetische, ist Peking selbst noch zu unterentwickelt, um in einem echten materiellen Wettbewerb in der Entwicklungshilfe mit der Sowjetunion und dem Westen bestehen zu können. Dennoch sollte der chinesische Einfluß in Afrika nicht unterschätzt werden.

Die durch die Reise Tschou En-lais eingeleitete neue diplomatische Offensive auf afrikanischem Boden soll in erster Linie einem alten Gegner schaden: Nationalchina. Tschiang Kai-schek konnte in den letzten Jahren, von der übrigen Welt fast unbemerkt, in den jungen Staaten beachtliches Terrain gewinnen. Landwirtschaftsfachleute aus Formosa unterrichten libysche und liberianische Oasenbewohner und Farmer im Reisanbau, und zweihundert Experten aus dem gleichen Land sind an Entwicklungsprojekten in mehreren afrikanischen Staaten beteiligt. Hunderte farbiger Studenten erhielten Stipendien zur Ausbildung in Formosa. Während Peking nur zehn diplomatische Vertretungen in Afrika unterhält, hat es Taipeh in der gleichen Zeit auf sechzehn Botschaften und Gesandtschaften gebracht.

Die für China schmerzlichste Folge dieser Entwicklung war der Sinneswandel der neuen UN-Mitglieder gegenüber seinem Aufnahmebegehren in die Weltorganisation. 1959 stimmten noch fünf afrikanische Delegationen für die Aufnahme Pekings und nur zwei dagegen; 1961 hatte sich das Verhältnis schon auf neun zu neun Stimmen ausgeglichen; 1962 verschob es sich zuungunsten Pekings auf vierzehn zu siebzehn und 1963 sogar auf neun zu siebzehn Stimmen.

An diesen Ergebnissen war nicht die nationalchinesische Aktivität allein schuld. Die Weigerung Pekings, dem in Afrika sehr populären Atomteststop-Abkommen beizutreten, und der Grenzkonflikt mit Indien schadeten seiner Popularität erheblich.

Infolgedessen sah sich die chinesische Volksrepublik offenbar zu einer Neuorientierung ihrer Afrikapolitik veranlaßt, deren augenfälligster Ausdruck die Reise Tschou En-lais ist. Zum erstenmal meidet eine Delegation aus diesem Land nicht diejenigen Hauptstädte, deren „konservative" Regierungen es bisher befehdete. Damit ist ein wesentlicher Unterschied zwischen der sowjetischen und der chinesischen Afrikapolitik verschwunden. Während sich die Sowjetunion in dem seit dem „Afrikanischen Jahr" verflossenen Zeitabschnitt mit wechselndem Erfolg bemühte, gute Beziehungen zu allen neuen Staaten herzustellen, beschränkte sich China in vielen Fällen darauf, jeweils nur die radikale Opposition gegen die gerade zur Macht gelangten (bürgerlichen) Regierungen zu fördern. (So zum Beispiel in Kamerun die radikalen Parteigänger von Felix Moumie und in Algerien den sozialrevolutionären linken Flügel der FLN, der folgerichtig zur Macht gelangte.)

Die unterschiedliche Praxis wurde durch die verschiedenartige ideologische Konzeption beider Mächte verursacht. Moskau erkennt die nationalistischen bürgerlichen Regimes der jungen Staaten als mögliche Trägerinnen künftiger sozialer Revolutionen an. Pe-

king stritt diese Thesen bislang entschieden ab. Es zeigte sich aber, daß es damit die Rolle eines vielfach noch gar nicht vorhandenen Arbeiter- oder Bauernproletariates in den in Stammesgesellschaften zersplitterten Ländern überschätzte.

Die Reise Tschou En-lais verfolgt unter anderem auch den Zweck, das Verhältnis Pekings zu den bisher wenig beachteten bürgerlichen Regierungen zu intensivieren. Der Delegation gehören Fachleute wie der Präsident der Chinesisch - Afrikanischen Freundschaftsgesellschaft, Tschang-schen, und der als Spezialist für den Aufbau gewerkschaftlicher Frontorganisationen geltende Liu Ning-yi an. Tschou machte auch im royalistischen Rabat halt, und die erwähnten Landwirtschaftsexperten sammeln auch in Ländern mit so erzkonservativen Regierungen wie Liberia und Sierra Leone Erfahrungen.

Der ideologische Streit mit Moskau ist für Peking im Rahmen der geschilderten politischen Offensive in Afrika allem Anschein nach von zweitrangiger Bedeutung. Seine Absichten laufen darauf hinaus, die endgültige Dekolonialisierung dieses Erdteiles zu beschleunigen, neokolonialistische Tendenzen zu entlarven und die verschiedenen Spielarten des noch ziemlich verschwommenen „afrikanischen Sozialismus" zu beeinflussen, für den es sich als Vorbild empfehlen möchte. Für kommunistische Klassenkampftheorien — das weiß man auch in Peking — ist es jedoch in Afrika aus den erwähnten Gründen noch zu früh. Die Grenzen eines politischen und ideologischen chinesischen Einflusses in diesem Erdteil werden durch eine Äußerung Sekou Tourès abgesteckt: „In Nationen ohne Klassen gibt es keinen Klassenkampf!" Das gilt natürlich nur solange, als die neuen Herren echte klassenlose Gesellschaften anstreben.

Für die neutralen Staaten ist die chinesische Aktivität naturgemäß ein starker Anreiz, künftig nicht mehr nur die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zum eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen, sondern jenes Dreieck von Großmächten, zu dem sich China gesellen möchte. In einer Phase west-östlicher Entspannung könnte dieses Schaukelspiel indessen nicht die Rolle der beteiligten Großmächte, sondern die der jungen Staaten Afrikas erschweren. Ein Anzeichen dafür war die sowjetische Reaktion auf die Reise Tschou En-lais.

Nach ägyptischen Quellen beabsichtigte Ministerpräsident Chrustschow, schon im verflossenen Oktober Kairo zu besuchen. Dieses Versprechen wurde von russischer Seite inzwischen nicht bekräftigt. Der ägyptische Versuch, den ausgebliebenen Staatsgast aus Moskau mit Hilfe des Pekinger Besuchers herbeizulocken, blieb erfolglos. Die Sowjetregierung protestierte zwar kürzlich gegen die chinesische Propaganda in Ägypten, der Aufenthalt Tschous veranlaßte sie aber lediglich dazu, einen stellvertretenden Außenminister nach Kairo zu schicken. In seinem Gespräch mit Abdel Nasser wurden Chrustschows Reisepläne nicht erörtert.

Die Moskauer Zurückhaltung beruht auf der Befürchtung, Ägypten könne neue Kreditforderungen stellen. Nachdem es aber schon jetzt einen kaum noch zu vergrößernden Anteil an der sowjetischen Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer erhält und seine innerpolitischen Strukturprobleme langsamer als erwartet bewältigt werden, scheint die Sowjetregierung solche Zusagen nicht für vordringlich zu halten.

Die Zeiten, in denen Moskau auf einen negativen Verlauf der Beziehungen Washingtons zu einem Entwicklungsland sogleich positiv reagierte, sind einstweilen vorüber. In der internationalen Entwicklungshilfe scheint sich eine gewisse „Interessengemeinschaft" beider Supermächte anzubahnen. Auch das schränkt chinesische Einflußchancen in Afrika von vornherein ein. Peking ist wirtschaftlich zu schwach, um die durch etwaige amerikanische und sowjetische Kreditrestriktionen entstehenden wirtschaftlichen, finan-

ziellen und technischen Lücken auszufüllen.

Ägyptens Staatschef trug dieser Einsicht denn auch klug Rechnung. Er reagierte zurückhaltend auf den chinesischen Vorschlag, eine neue afro-asiatische Konferenz ohne sowjetische — und wohl auch ohne indische — Beteiligung abzuhalten. Die chinesische Aktivität in Afrika — so hat Abdel Nasser klar erkannt — scheint mit dem Beginn eines Zeitabschnittes zusammenzufallen, in dem die bündnisfreien Nationen stärker als bisher beweisen müssen, ob ihre Außenpolitik ehrlich gemeint ist oder lediglich darauf beruht, den Ost-West-Gegensatz für eigensüchtige Zwecke auszubeuten.

Horst J. Andel, Kairo

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Verhandlungen — Ausnahme oder Regel?

Schneller, als man noch vor einigen Monaten zu hoffen gewagt hätte, ist es nun auch in der Deutschland-Frage zu einem ersten beispielhaften Schritt der Entspannung gekommen. Wenngleich es sicherlich verfrüht ist, bereits vom „Durchbruch einer neuen Politik" zu sprechen, ist doch das inzwischen abgelaufene Berliner Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 ein bedeutungsvoller Hinweis auf die Möglichkeiten einer solchen „Neuen Politik". Und es hat denn auch die öffentliche Diskussion der Deutschland-Frage, vor allem des Wiedervereinigungs-Problems in der Bundesrepublik vielleicht entscheidend angeregt. Die Diskussion dieser Probleme bewegt sich nun nicht mehr allein im Raume bloßer Fiktionen, abstrakter Theorien und Forderungen, sondern sie nähert sich endlich den Realitäten, den menschlichen ebenso wie den politischen. Sie wird mehr und mehr auch zu einer Erörterung konkreter Einzelfragen und politischer Details. Damit verbunden ist eine in der Bundesrepublik schon seit Jahren nicht mehr gekannte Differenzierung der politischen Auffassungen und, in ihrem Gefolge, eine neue politische Frontbildung.

Was hat zu dieser Entwicklung, zu diesem unverkennbaren Wandel geführt? Es muß zunächst von der, wie man wohl ohne Übertreibung sagen darf, überwältigenden m e n s c h l i c h e n Bedeutung der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 gesprochen werden (vgl. den Wortlaut in „Dokumente zum Zeitgeschehen" dieses Heftes). Nach all dem in den letzten Jahren Geschehenen war es nichts geringeres als ein nationales Ereignis, daß Hunderttausende von Westberlinern über Weihnachten und Neujahr ihre Angehörigen in Ostberlin besuchen konnten. Die Mauer ist zwar nicht beseitigt, aber zumindest für eine gewisse Frist und wenigstens in einer Richtung durchlässig gemacht worden.

Dieser außerordentliche und in mancher Hinsicht wohl unerwartete gesamtdeutsche menschliche Gewinn am Jahresende 1963 ist nun aber auf politischem Wege, mit politischen Mitteln erreicht worden. Denn es waren ungeachtet der Verklausulierungen, auf die sich beide Seiten in protokollarischer Hinsicht geeinigt haben (und dies selbst ist natürlich auch schon ein Politikum!), ihrer unmittelbaren und mittelbaren Bedeutung nach politische Verhandlungen und Vereinbarungen, die den Besuch der Westberliner bei ihren Ostberliner Verwandten möglich gemacht haben. Damit sind wir schon bei dem seit dem 17. Dezember so heiß umstrittenen Thema „Politik und Menschlichkeit".

Wir brauchen uns hier nicht mit denjenigen Stimmen in beiden Teilen Deutschlands auseinandersetzen, die heute, nach dem 17. Dezember, wie eh und je die Menschlichkeit für sich allein in Anspruch nehmen und ihre Politik wie selbstverständlich mit Menschlichkeit gleichsetzen. In Wirklichkeit ging es und geht es natürlich beiden Seiten auch um ganz reale politische Interessen, um politische Macht, politischen Einfluß. Wie aber ist nun das Verhältnis dieser machtpolitischen Interessen-Konstellation zu den elementaren menschlichen Bedürfnissen und Wünschbarkeiten in beiden Teilen Deutschlands?

Zu den taktisch-psychologisch verständlichen, aber doch recht krampfhaft anmutenden und auf längere Sicht gewiß unfruchtbaren Versuchen, die politischen Implikationen des Passierscheinabkommens gleichsam zu neutralisieren, gehört die von seinen Westberliner und Westdeutschen Befürwortern vertretene These, es handele sich dabei „nur" um einen humanitären und nicht auch um einen politischen Akt. Diese strikte Trennung der beiden Bereiche ist nicht nur an sich höchst problematisch, sie wird dem so schwerwiegenden menschlichen Gehalt gerade dieses unzweifelhaft politischen Abkommens und damit seiner vollen Bedeutung nicht gerecht. Denn bei diesem Abkommen handelt es sich um einen echten politischen Kompromiß zugunsten der Menschlichkeit — und das ist doch wohl eine Politik, die des Feigenblattes nicht bedarf . . . Diese Vereinbarungen von Berlin sind geradezu ein Musterbeispiel dafür, wieviel, richtig verstanden, Politik und Menschlichkeit miteinander zu tun haben.

Das überaus Positive und Ermutigende des Abkommens ist die Tatsache, daß hier keiner der beiden Kontraktpartner der Sieger und keiner der Besiegte ist. Für den Westen bedeutet es durchaus einen wichtigen Erfolg, eine zumindest vorübergehende Öffnung der Mauer erreicht zu haben. Die Regierung der DDR hat es gestattet, daß sich eine wahre Invasion von Westberlinern über Weihnachten und Neujahr in den östlichen Teil der Stadt ergoß. Man hat damit die eigene Bevölkerung zum erstenmal seit über zwei Jahren wieder der unmittelbaren Berührung mit Menschen aus dem westlichen Teil Berlins ausgesetzt, ein Ereignis von noch nicht abzusehender psychologischer Wirkung hüben wie drüben. Erreicht hat die DDR-Regierung, daß sie vom Westberliner Senat als Verhandlungspartner akzeptiert worden ist, auch wenn diese Verhandlungen beiderseits als solche auf „rein technischer Ebene" deklariert wurden. Die neuesten Bemühungen um weitere Kontakte mit dem Senat von Westberlin zeigen, daß man die Verhandlungen fortsetzen, erweitern, intensivieren möchte. Es überrascht nicht, daß man in Ostberlin wenig Neigung zeigt, sie abermals auf der bisherigen „rein technischen Ebene" zu führen.

Hier setzen nun die Cassandra-Rufe der westberliner und westdeutschen Kritiker des Abkommens ein. Sie haben eine stürmische, im Grunde verzweifelte Kampagne gegen den Passierschein-Kontrakt eröffnet. In einer durchaus richtigen Ahnung von dessen wahrscheinlichen psychologischen und politischen Konsequenzen. Weil sie Grund haben zu der Annahme, daß dies Abkommen der Auftakt einer neuen Politik sein wird, zumindest ein Stimulans zu einer solchen,

sagen sie beschwörend: ein solcher dürfe es nicht sein . . . Sie machen ihre Gewinn- und Verlustrechnung auf, wobei sie den unbezweifelbaren menschlichen Gewinn gegenüber den angeblichen politischen Verlusten des Westens völlig in den Hintergrund treten lassen; und sie warnen vor einer Politik, die um weiterer menschlicher Gewinne willen weitere, wie sie behaupten schwerwiegende, politische Verlust in Kauf zu nehmen bereit sei. Wie verhält es sich in Wahrheit damit?

Wir haben schon von dem großen gesamtdeutschen menschlichen Gewinn des Abkommens gesprochen, der zugleich ein unmittelbarer menschlicher und moralischer Gewinn für Westberlin ist. Dieser Gewinn wäre nun wohl schon einen gewissen politischen Preis wert. Und ein solcher ist denn auch bezahlt worden. Nur fragt sich, wie weit dabei von substanziellen politischen Verlusten die Rede sein kann. Westberlin hat sich auf Verhandlungen mit der DDR-Regierung eingelassen und damit die Realität dieser Regierung „anerkannt". Ein „Verlust" ist das nur gemessen an der bisherigen ebenso starren wie unfruchtbaren Als-ob-Politik Bonns und Westberlins gegenüber der DDR. Aber gerade weil diese doktrinäre Haltung sich je länger desto mehr als Hindernis auf dem Wege zu einer relativ befriedigenden Lösung der Probleme innerhalb Berlins erwiesen hat, ist man wenigstens einmal von ihr abgewichen. Man hat dabei keine materielle politische Position aufgegeben, kein eigenes politisches oder gar anderes Terrain geopfert, sondern lediglich auf einige politische Fiktionen verzichtet, an denen festzuhalten dem Westen längst weit mehr schadet als dem Osten. Nicht als ob man von diesen Fiktionen schon ganz abgegangen wäre. Man hat sie gleichsam pragmatisch „unterlaufen", während man deklamatorisch an ihnen noch festhält.

Wir berühren damit das „berühmt-berüchtigte" Problem der „Anerkennung der DDR", das sich immer wieder als Schlüsselfrage in der Deutschland-Diskussion erweist. Die Gegner der Passierschein-Vereinbarung warnen vor einer Fortsetzung der Kontakte mit Ostberlin vor allem mit dem Argument, sie würde mehr und mehr und unwiderruflich zu einer Anerkennung der DDR und damit zu einer Anerkennung des Status quo und damit zu einer Bestätigung der Spaltung Deutschlands führen. Das aber sei ein politischer Preis, der auf keinen Fall, auch nicht für weitere menschliche Gewinne gezahlt werden dürfe.

Tatsächlich wird eine Fortsetzung und Ausdehnung der Gespräche mit Ostberlin, auf welcher Ebene auch immer, zu einer über die bisherige hinausgehenden weiteren Teil-Anerkenung der politischen Realität DDR führen. Erschrecken kann das aber nur den, der noch immer die Deutschland-Tabus der Bonner Politik seit mehr als einem Jahrzehnt für der deutschen politischen Weisheit letzten Schluß hält. Hingegen wird, wer sich über das Verhältnis zwischen diesen Tabus und der Wirklichkeit im klaren ist, heute den ersten Westberliner „Sündenfall" gegen die Bonner Nichtanerkennungs- und Nichtverhandlungs-Doktrin nicht beklagen, sondern ihn als ersten Schritt auf dem Wege in eine bessere politische Zukunft illusionslos begrüßen. Und er wird darüber hinaus fordern, daß diesem ersten Schritt nun weitere folgen — politische Schritte um der Menschlichkeit willen!

Die bisherige Bonner Politik war zu einer jenseits sowohl der menschlichen als auch der politischen Realitäten geworden. Nichts schlimmeres aber läßt sich von einer Politik sagen, soll doch Politik nicht Selbstzweck sein, sondern Menschenwerk für Menschen. Die Zweiteilung Deutschlands und seit Errichtung der Mauer im August 1961 auch die Zweiteilung Berlins ist heute menschlich derart unmittelbar spürbar, sie ist ein so elementares menschliches Problem ge-

worden, daß es eine, ungewollt oder gewollt, unmenschliche Politik wäre, von dieser menschlichen Realität noch länger abzusehen. Es handelt sich bei ihr nun aber um eine politisch bedingte Realität — und darum kann auf sie konkret nur eingehen, wer auf ihre politische Bedingtheit konkret eingeht, gleichgültig, ob ihm diese „an sich" gefällt oder nicht. Das bedeutet, daß jene Zweiteilung Deutschland und Berlins als Ausgangspunkt und Problem jeder sinnvollen, der Menschlichkeit dienenden Politik auch politisch ernst genommen werden muß, weil es nur dann möglich ist, sie schrittweise zu überwinden. Man kann nicht auf der einen Seite rein emotional und agitatorisch unaufhörlich von dieser Zweiteilung reden — gleichzeitig aber von ihren politischen Ursachen und politischen Umständen in einem derart grotesken Maße abstrahieren wie das in der Bundesrepublik in den letzten Jahren geschehen ist und vielfach noch jetzt geschieht.

Ein Musterbeispiel für eine solche Politik jenseits der Wirklichkeit ist die Kampagne gegen das Passierscheinabkommen, von der oben schon die Rede war. Mit Recht hat Willy Brandt diesen seinen Kritikern erwidert, schließlich habe er durch seine Bemühungen den Besuch der Westberliner in Ostberlin erreicht, während ihre doktrinäre Verhandlungsfeindlichkeit seit Jahr und Tag zu gar keinen positiven politischen oder menschlichen Ergebnissen geführt habe.

Das hinderte freilich den CDU-Bundesminister Krone, einen der Wortführer der „harten Gruppe" in Bonn, nicht, die Berliner Übereinkunft mit einer Argumentation anzugreifen, die sich durch ihre Absurdität selbst richtet. In der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" der CDU erklärte dieser Minister Anfang Januar, das Regime Ulbricht werde von der Macht der sowjetischen Panzer und Bajonette unterstützt. Es wäre eine Illusion, wollte man glauben, mit Passierscheinen wäre ein aussichtsreicher Kampf gegen Panzer zu führen . . .

Nun, dergleichen hat wohl auch niemand im Sinn gehabt, wie denn vernünftige Deutsche — und deren Anzahl wächst erfreulicherweise zusehends — sich des Gedankens überhaupt entschlagen haben dürften, „Kämpfe gegen Panzer" und dergleichen zu führen . . . Es sei denn mit sinnvollen politischen Mitteln. Wie stellt sich wohl Herr Krone seinen Kampf vor, den er offenbar zum selbstmörderischen Kampf der Deutschen machen möchte? Es ist bezeichnend, daß die Kritiker des Passierscheinabkommens keinerlei eigene politische Konzeption anzubieten haben, die die geringste Aussicht auf Erreichung der von ihnen noch immer festgehaltenen politischen Ziele und eine Durchsetzung der von ihnen nach wie vor mit soviel Emphase erhobenen politischen Forderungen verspräche! Die „Politik der Stärke" jedenfalls hat trotz aller Anstrengungen gerade der Bundesrepublik die Position weder der Sowjetunion noch Ulbrichts schwächen, geschweige denn den Menschen in der DDR die immer wieder geforderten „Erleichterungen" bringen können. Eine Fortsetzung dieser Politik verheißt noch weniger Erfolge.

So bleibt nur mehr die Alternative: Entweder Vorbereitung des offenen Kampfes mit allen militärischen Mitteln, um jeden Preis, also Krieg, Flucht nach vorn — oder aber, wenn man diese Wahnsinnstat, zu der es nicht kommen darf, nicht will, eine neue. eine andere Politik. Anders als mit dem Mittel einer solchen werden sich jene vielberufenen Panzer nun einmal nicht mehr wegschaffen lassen. Die Agitation der Scharfmacher in Bonn ist Ausdruck eines politischen Nihilismus, den sie zur „nationalen Tugend" erklären und zur nationalpolitischen Pflicht machen möchten. Ein solcher blindwütiger Trotz gegen die politischen Realitäten war in Deutschland noch jedesmal der Anfang vom Ende. Er würde es auch diesmal sein — und das Ende wäre schlimmer denn je.

Herr Krone meint, die „Politik der Nichtanerkennung des Zonenregimes" wäre auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, wenn es von seiten des freien Deutschland offizielle Beziehungen und Abkommen mit Ostberlin geben würde. Allerdings wäre jene Politik nicht aufrechtzuerhalten — aber die Frage ist ja gerade, ob ihre Aufrechterhaltung heute überhaupt noch sinnvoll, überhaupt noch verantwortbar ist, und ob nicht „offizielle Beziehungen und Abkommen mit Ostberlin" längst viel sinnvoller sind! Schließlich kann jene Nichtanerkennungspolitik, mit der man ja lange genug seine immer schlechteren Erfahrungen gemacht hat, nicht Selbstzweck sein.

Es bleibt die Frage, auf welcher Ebene weitere Verhandlungen geführt werden sollen, mit dem Ziel, weitere menschliche Erleichterungen, einen noch größeren menschlichen gesamtdeutschen Gewinn zu erreichen. Offensichtlich wird die Forderung, es möge sich nun in stärkerem Maße Bonn einschalten und die Verantwortung für Gespräche mit der DDR übernehmen, von gewissen Kreisen nur darum erhoben, um weitere Initiativen des Senates von Westberlin zu verhindern und eine Ausdehnung innerdeutscher Kontakte zu blockieren. So hat Herr Lemmer bei seiner Polemik gegen das Passierscheinabkommen erklärt, die Probleme der Entspannung ließen sich nicht durch eine „kleinkarierte Lokalpolitik" in Berlin lösen. „Die" Probleme der Entspannung gewiß nicht, aber einige doch wohl, wie ja der materielle Erfolg der Passierscheinverhandlungen exemplarisch gezeigt hat. Soweit Lemmer aber recht hat, richtet sich das gegen ihn selbst, denn die Konsequenz kann doch nur sein, daß man dann eben auf einer h ö h e r e n Ebene wirklich ernsthafte Entspannungspolitik machen muß, eine Politik auf dem Boden der Tatsachen, eine Politik des überzeugenden guten Willens. Doch gerade das wollen ja Lemmer, Barzel, Krone etc. verhindern. Wenn aber, ihren Wünschen entsprechend, Bonn auch weiterhin auf Initiativen zur Förderung der weltpolitischen wie der innerdeutschen Entspannung verzichten würde, dann allerdings wäre es besser, wenn wenigstens der westberliner Senat sich im Interesse aller Berliner von dieser Intransigenz emanzipieren und die Verhandlungen selbst wieder aufnehmen würde. Mit anderen Worten: ein „kleinkarierter" westberliner Verhandlungs-Realismus ist wesentlich fruchtbarer als ein Bonner „großkarierter" verhandlungsfeindlicher Utopismus, der sich an pseudo-politische Scheinpositionen und Fiktionen klammert. Gerade die Argumentation Krones und Lemmers zeigt die ganze Widersinnigkeit ihrer Konzeption, die beschämende Armseligkeit ihres politischen Inventars.

Auf längere Sicht werden sich erfolgversprechende Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten wie auch zwischen Westberlin und der DDR nur auf höherer und eines Tages höchster Ebene führen lassen. Der Katalog der brennenden Probleme ist allzu umfangreich, als daß man auch weiterhin den bloßen Gedanken an solche Verhandlungen verketzern dürfte. Es gibt in Berlin das Problem einer Dauerregelung für Besuche von Westberlin in Ostberlin und das bisher noch gar nicht gelöste des Besuches in der anderen Richtung, es gibt zwischen den beiden Teilen Deutschlands die Probleme etwa des freien Reiseverkehrs, der Beziehungen auf den Gebieten der Kultur, des Sports usw. Dies alles sind menschliche u n d politische Probleme, um noch einmal auf frühere Erörterungen zurückzukommen. Es scheint uns unter den heutigen Umständen und angesichts der Aussichtslosigkeit der bisherigen „Politik der Stärke" weit weniger wichtig, daß, wenn überhaupt, dann auf einer möglichst „neutralen", möglichst tiefen Ebene verhandelt wird, als daß wirklich u m f a s s e n d und a n h a l t e n d und mit einem M a x i m u m a n K o m p r o m i ß b e r e i t s c h a f t verhandelt wird. Anders gesagt, es läßt sich nicht absehen, w a s in solchen Verhandlungen im einzelnen und um welchen Preis zu erreichen sein wird. Aber es läßt sich ab-

sehen, daß überhaupt nur auf d i e s e m Wege der Verhandlungen etwas zu erreichen ist.

Dabei stellt sich auch das Problem der Anerkennung der DDR seit dem 17. Dezember gar nicht mehr als ein Problem für sich, isoliert und rein abstrakt, sondern als Teilproblem im Rahmen einer Erörterung der Möglichkeiten, die faktische Spaltung Deutschlands zu mildern. Dadurch wird jenes Problem in gewisser Hinsicht entschärft. Das Passierscheinabkommen ist ein Beispiel auch dafür, daß eine formelle Anpassung an die politischen Realitäten durchaus mit Gewinnen in Sachfragen verbunden sein kann.

Es ist bemerkenswert, daß sich nun auch auf amerikanischer Seite die Stimmen häufen, die eine Preisgabe der gesamtdeutschen Fiktionen Bonns zugunsten einer konstruktiven Entspannungspolitik des Westens fordern. Wir denken nicht nur an die letzten Aufsätze Walter Lippmanns, sondern auch an einen Kommentar von Arthur Krock in der New York Times (Internationale Ausgabe vom 2. Januar). Es wird dort gesagt, wenn es eine feststehende Tatsache des Kalten Krieges gäbe, dann sei es die, daß die Sowjetunion niemals der Zugehörigkeit eines Vereinigten Deutschlands zur NATO zustimmen würde. Das wisse der Westen sehr gut und seine gelegentlich noch wiederholten Wiedervereinigungs-Beteuerungen seien lediglich Lippendienste zur innenpolitischen Rückenstärkung der Bundesregierung. Der Verfasser erinnert an die Vorschläge des Senators Pell, die vor einigen Monaten auch von den „Blättern" wiedergegeben worden sind. (Vgl. Heft 8/63, S. 650 ff.) Er spricht vom „Fetisch" der Nichtanerkennung Ostdeutschlands und weist, wie Senator Pell, auf den Widerspruch zwischen dieser Konzeption und dem durchaus regen Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands hin. Senator Pell hatte vor allem den Austausch einer westlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR gegen eine östliche Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit Westberlins und den freien Zugang nach Westberlin vorgeschlagen.

Mit dem Passierscheinabkommen und weiteren Gesprächen sei es zwischen Westberlin und der DDR, sei es Bonn und der DDR, kommt unweigerlich das Problem des Status von Westberlin und des Zuganges nach Westberlin in die politische Diskussion. Das ist nach Lage der Dinge unvermeidlich, aber es sollte uns bei einer realistischen Betrachtung so wenig erschrecken wie die Aussichten auf eine fortschreitende Anerkennung der DDR im Rahmen sich ausdehnender Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Es zeichnet sich dabei eine Lösung jenseits der einander ausschließenden bisherigen Berlin-Konzeptionen des Westens und des Ostens ab.

Einerseits läßt sich zweifellos die bisherige Konstruktion einer modifizierten Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik in dieser alten Form auf längere Sicht nicht mehr aufrechterhalten. Es dürfte mit der Zeit zu einer schrittweisen Neuformulierung des Sonderstatus Westberlins auf dem Verhandlungswege kommen. Ein vielbeachteter Bericht der New York Herald Tribune vom 30. Dezember 1963 aus London läßt solche Schlüsse zu. Es hieß dort, man sei dabei, sich im Westen nun politisch auf die Existenz d r e i e r deutscher Staaten einzustellen. Der Deutschland-Redaktor der „Tat" (Zürich) kommentierte diese Meldung aus Bonner Sicht:

> „Wenn die New Yorker Herald Tribune — immerhin eine der angesehendsten amerikanischen Zeitungen — kürzlich in einem sensationell aufgemachten Bericht aus London davon gesprochen hat, daß die westlichen Alliierten sich nun mehr und mehr auf die faktische Anerkennung der deutschen Teilung (und zwar der Dreiteilung in Bundesrepublik, DDR undd Westberlin) orientierten, so eilt dieser Bericht zwar den Tatsachen weit voraus. Aber es wird auch in Bonn nicht rundweg be-

stritten, daß gewisse Tendenzen, die in eine solche Richtung weisen, auf der jüngsten Nato-Tagung in britischen und belgischen Voten zumindest angedeutet worden seien, obwohl die britische Regierung in aller Form von der Darstellung des New Yorker Blattes abgerückt ist." (3. 1. 64)

Eine derartige Entwicklung ist keineswegs überraschend und sollte denn auch nicht dramatisiert werden. Denn gewiß würde sie keine Preisgabe des Schutzes Westberlins durch die Alliierten und auch keine entscheidende Einschränkung seiner Beziehungen zur Bundesrepublik bedeuten. Nach Lage der Dinge hat der Osten heute keine Möglichkeit, seine alte Forderung nach einer völligen Herauslösung Westberlins aus den bisherigen Zusammenhängen mit der Bundesrepublik auf politischem oder gar anderem Wege zu erzwingen. So wird man auch in dieser so entscheidenden Frage mit Verhandlungen über einen Kompromiß zu rechnen haben, die nicht nur die Möglichkeit bieten, das Problem der Bewegungsfreiheit innerhalb Berlins und der Sicherung des Zuganges nach Westberlin zu erörtern, die vielmehr auch zu einer neuen und wirklich positiven Funktion, ja Mission Westberlins in der Epoche der Koexistenz und Entspannung zwischen Ost und West führen könnten.

Wir sind damit beim weltpolitischen Hintergrund auch des Passierscheinabkommens. Die jüngsten Reden Präsident Johnsons und Ministerpräsident Chrustschow lassen erkennen, daß die beiden Supermächte ihre Bemühungen um einen Interessenausgleich zur Sicherung des Friedens im neuen Jahre fortsetzen, ja ausdehnen wollen. Das ist ein guter Jahresanfang, umsomehr, als er mit ersten konkreten Maßnahmen verbunden ist. Sowohl die USA wie die Sowjetunion haben eine Senkung ihrer Militärausgaben angekündigt. Die USA wollen diese Ausgaben für 1964 und 1965 um eine Milliarde Dollar auf 51 Milliarden Dollar herabsetzen. Die Sowjetunion wird ihren Militärhaushalt von 13,9 auf 13,3 Milliarden Rubel reduzieren; die sowjetischen Rüstungsausgaben sollen nur noch 14,6 statt (1963) 16,1% des Gesamthaushaltes betragen.

Einen interessanten Hinweis auf die Gründe für die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen um ein weltpolitisches Agreement zwischen Washington und Moskau findet sich in einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" aus Washington vom 4. Januar, in dem es unter der Überschrift „Erkundungs-Offensive gegenüber dem Osten" u. a. heißt:

„Es ist in diesem Zusammenhang von einer Koinzidenz der Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion oder von einer Politik des gegenseitigen Beispiels die Rede, wobei man eine Identität gewisser Interessen der beiden Supermächte zu entdecken glaubt — etwa was die einseitige und ihrem Wesen nach unkontrollierbare Beschränkung der Rüstungsbudgets angeht oder die Maßnahmen zur Sicherung gegen Überraschungsangriffe, ebenso die Nichtverbreitung von nuklearen Waffen, vor allem aber die Vermeidung eines Nuklear-Konflikts, aus dem niemand als Sieger hervorgehen könnte. Es ist unverkennbar, daß im Hintergrund auch die Überlegung eine Rolle spielt, daß man sich hüben wie drüben in höherem Maße mit internen Problemen wirtschaftlicher und sozialer Art beschäftigen müsse, so daß eine gewisse Entschärfung der außenpolitischen Lage, soweit sie ohne Preisgabe vitaler Interessen möglich wäre, wünschbar sein könnte."

Ost und West tasten denn auch im Moment auf verschiedenen Wegen ab, zu welchen weiteren Vereinbarungen man nach dem so bedeutsamen Moskauer Teststopabkommen vom Herbst 1963 nun kommen kann. Die jüngsten Briefe Chrustschows an die westlichen Regierungschefs gehören in diesen Zusammenhang.

Am 21. Januar beginnt in Genf die nächste Sitzung der Abrüstungskonferenz.

An ihr wird als Beobachter auch der britische Außenminister Butler teilnehmen. Er hofft, dort mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammentreffen zu können. Die britische Regierung ist in der Vorwahlkampfphase sichtlich bemüht, schon aus innenpolitischen Gründen ausgesprochen entspannungsfreundlich zu erscheinen. Die Basler Nachrichten berichteten am 21. Dezember aus London, der britische Außenminister bemühe sich deshalb so eifrig um ein Treffen mit Gromyko, „weil die Konservativen zu gegebener Zeit der Bevölkerung gerne sagen möchten: da seht ihr, wir sind diejenigen, die uns fortwährend um eine Verbesserung des westöstlichen Klimas bemühen."

Aus Warschau verlautete Anfang Januar, die polnische Regierung bereite neue Schritte vor, um durch den Vorschlag der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu einer Verringerung der Ost-West-Spannungen beizutragen. Man erwarte, laut Basler Nachrichten vom 4. Januar, daß Polen der am 21. Januar in Genf zusammentretenden Abrüstungskonferenz einen solchen Vorschlag vorlegen wird. „Nach Ansicht von Beobachtern in Warschau dürfte eine polnische Initiative in dieser Richtung vor allem zum Ziel haben, eine atomare Bewaffnung Deutschlands zu verhindern." Es geht dabei vor allem um das Problem der geplanten multilateralen Atomstreitmacht und der westdeutschen Beteiligung an ihr.

Man sollte sich hüten, in alledem nur „kommunistische Propaganda" und Versuche zur „Wehrlosmachung" Deutschlands zu sehen. Welche ernsten und leider nur allzu begründeten Besorgnisse gerade hinter den polnischen Initiativen in der Entspannungsfrage stehen, lassen die Erklärungen des belgischen Außenministers Spaak erkennen, der nach einem viertägigen Aufenthalt in Polen Anfang Dezember vorigen Jahres erklärte, dieser Besuch habe ihm „neue Aspekte" des deutschen Problems deutlich gemacht. Nach einem AP-Bericht der „Welt" vom 11. Dezember erklärten

> „diplomatische Kreise in Warschau, Spaak sei sehr beeindruckt von dem noch aus dem zweiten Weltkrieg herrührenden Mißtrauen gegenüber Deutschland, von der polnischen Furcht vor der deutschen Wiederaufrüstung sowie von dem polnischen Wunsch nach Anerkennung einer deutsch-polnischen Grenze an der Oder und Neiße. Spaak habe sich auf die Intensität dieser polnischen Gefühle bezogen als er von den neuen Aspekten des deutschen Problems gesprochen habe."

So steht noch immer das Deutschland-Problem im Mittelpunkt der Ost-West-Diskussion. Es zeigt sich, wie unerläßlich konkrete Fortschritte in der Entspannung gerade in Mitteleuropa sind. Und es wird im Jahre 1964 auch auf dem Gebiete der militärpolitischen Entspannung einer überzeugenden Initiative der Bundesrepublik bedürfen, will diese ihren Entspannungswillen glaubhaft machen und einen wirksamen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten. Das Drängen nach einer Beteiligung an der multilateralen Atommacht jedenfalls, zu deren Hauptinitiatoren der Verteidigungsminister der Bundesrepublik zählt, weist in die entgegengesetzte Richtung.

Neben vielem Bestürzenden und Bedrückenden hat das vergangene Jahr politisch doch zumindest zwei Ereignisse gebracht, die weit über ihre unmittelbare Bedeutung hinaus ermutigend und wegweisend sind. Das Atomteststop-Abkommen zwischen Ost und West wird heute schon von den Großmächten als konkreter Anfang einer Periode wirklich ernsthafter Entspannungsverhandlungen verstanden. Das Berliner Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 hat im deutschen Rahmen dieselbe Bedeutung eines positiven Beispiels. Ob diesem ersten und schon großen menschlich-politischen Gewinn weitere gesamtdeutsche menschlich-politische Gewinne folgen werden, hängt zu einem guten Teil davon ab, ob

Westberlin und die Bundesrepublik jetzt dem ersten Schritt den zweiten folgen lassen oder aber einen Rückfall in die „Politik der Stärke" und Intransigenz vorziehen. Die erste Überbrückung des Abgrundes zwischen beiden Teilen Berlins und beiden Teilen Deutschlands wird nur dann keine A u s n a h m e bleiben, wenn auch V e r h a n d l u n g e n zwischen beiden Teilen Deutschlands keine Ausnahme bleiben, sondern zur politischen R e g e l werden.

(Abgeschlossen am 9. 1. 64)

N a c h t r a g

1. Es verdient erwähnt zu werden, daß Präsident Johnson am 21. Dezember eine Regierungskommission zur Prüfung der aus der Abrüstung sich ergebenden Einsparungen und der Herabsetzung der Verteidigungskosten eingesetzt hat. Der amerikanische Präsident erklärte, „er sei überzeugt, daß die amerikanische Wirtschaft eine Herabsetzung der Verteidigungsausgaben und eine Waffenreduktion ertragen könne". Die Kommission steht unter Leitung von Dr. Walter Heller, der auch Vorsitzender der Wirtschafts-Beratungs-Kommission des Präsidenten ist. — Anfang Januar wurde aus Washington bekannt, daß die Vereinigten Staaten ihr Programm für die Anschaffung von interkontinentalen ballistischen „Minuteman"-Raketen zu reduzieren beabsichtigen. Statt wie bisher vorgesehen 150, sollen nur noch 50 dieser Raketen angeschafft werden.

(Nach: Basler Nachrichten v. 23. 12. 63)

2. Der kanadische Premierminister Pearson erklärte am 5. Januar, Kanada werde sich bei der Planung der zukünftigen westlichen Verteidigungspolitik aus dem Bereich der atomaren Bewaffnung zurückziehen. Pearson versicherte, die Regierung werde eine Rolle, welche Kanada zu einer Atommacht mache, die Nuklearwaffen produziere oder eine internationale Kontrolle über Nuklearwaffen ausübe, nicht akzeptieren. „Die zukünftige Aufgabe Kanadas werde nicht die Vermehrung, sondern die Verminderung jeglicher Art von nuklearen Waffen sein".

(Nach: NZZ v. 7. 1. 64)

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Juristische Legenden

I

Die Älteren unter uns erinnern sich noch der berüchtigten „Dolchstoßlegende", die nach dem Ersten Weltkrieg das innerpolitische Leben in Deutschland vergiftete. Das Deutsche Reich, so hieß es damals, habe den Krieg militärisch gar nicht verloren, es sei „im Felde unbesiegt" geblieben. Nur Verrat im Innern, nur ein Dolchstoß aus dem Hinterhalt in den Rücken der kämpfenden Front habe den Zusammenbruch des Reichs verursacht. Wer diesen Dolchstoß geführt haben soll, das zu ergründen blieb der Phantasie jedes Einzelnen überlassen, denn die echt Völkischen boten die verschiedensten Versionen an: die Juden, die Freimaurer, die Sozialdemokraten, das international verflochtene Finanzkapital oder ganz einfach die „Novemberverbrecher".

So unsinnig die Dolchstoßlegende war, so eindeutig die geschichtlichen Tatsachen gegen sie sprachen, so hat sie selbst leider sehr wohl Geschichte gemacht. Lieferte sie doch allen denen, die unsere Niederlage im Jahre 1918 nicht wahrhaben wollten und aus irgendeinem Grunde mit sich und der Umwelt unzufrieden waren, einen bequemen Vorwand dafür, auf eigenes Nachdenken zu verzichten. Für die nationalsozialistische Bewegung war sie daher ein vorzügliches Mittel, die geistige Trägheit der Massen auszunutzen und den eigenen Zielen dienstbar zu machen. Wie dieses Mittel gewirkt hat, braucht hier nicht dargestellt zu werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte eine neue Dolchstoßlegende als Massenpsychose schlechterdings nicht aufkommen. Wohl gab und gibt es auch heute noch einige Gruppen, die aus der Erhebung des 20. Juli 1944 gegen die nationalsozialistische Schreckensherrschaft gern wieder eine Dolchstoßlegende entwickelt hätten. Aber sie haben damit über eng begrenzte Zirkel hinaus bisher keinen Anklang gefunden und werden ihn, so ist zu hoffen, auch in Zukunft nicht finden.

Dennoch erleben wir heute in mancher Hinsicht Ähnliches wie in unserer Jugend. Auch heute wieder gibt es weite Kreise, die die Niederlage von 1945 nicht wahrhaben wollen. Sie flüchten sich erneut in einen Nebel unklarer Vorstellungen, die den Blick für die geschichtliche und politische Wirklichkeit trüben. Sie tragen zu neuer Mythenbildung bei, die auf einer anderen Ebene liegt und von anderen Kräften propagiert wird als die Geschichtsklitterung der zwanziger und dreißiger Jahre, aber nicht weniger gefährlich ist als die Dolchstoßlegende von damals. Die Rolle der historischen hat in unseren Tagen die juristische Legende übernommen.

II

1. Nach dem Ersten Weltkrieg gelangte die Lehre vom „Selbstbestimmungsrecht" der Völker zu einiger Bedeutung. Das berühmte 14-Punkte-Programm, das Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8. Januar 1918 vorgetragen hatte, und sonstige Äußerungen von amerikanischer Seite waren weitgehend von der Absicht bestimmt gewesen, eine ideologische Rechtfertigung für die Ansprüche der nichtdeutschen Nationen der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, insbesondere der Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Kroaten, auf nationale Selbständigkeit zu liefern. Vielfach knüpfte sich an dieses Programm die weitergehende Hoffnung, daß in Zukunft Gebietsveränderungen im Verhältnis zwischen

den Staaten nur noch mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden würden. Diese Hoffnung ging freilich nur teilweise in Erfüllung. Die Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon sahen zwar für eine Reihe strittiger Gebiete Volksabstimmungen vor. Andere umfangreiche Gebietsabtretungen (sog. polnischer Korridor, Danzig, Memel, Elsaß-Lothringen, Südtirol, Abtretungen von Bulgarien und Ungarn an die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Italien) dagegen wurden ohne Befragung der Bewohner dieser Gebiete durchgeführt. Die bisher abgeschlossenen Friedensverträge zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs (Verträge von 1947 mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Finnland, von 1951 mit Japan) haben erhebliche Gebietsveränderungen sanktioniert, jedoch in keinem Fall eine Volksbefragung angeordnet. Andererseits wurde in den Jahren zwischen den beiden Kriegen der Schutz der Minderheiten, namentlich in den national gemischten Gebieten Ost- und Südosteuropas, die Gewährung mehr oder minder weitgehender kultureller Autonomie und sonstiger Rechte an die Volksgruppen außerhalb der jeweiligen nationalen Mehrheit in zahlreichen innerstaatlichen Rechtsnormen und völkerrechtlichen Abmachungen verankert. Man denke besonders an die Stellung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakischen Republik, der Siebenbürger Sachsen in Rumänien und der deutschen Bevölkerung von Südtirol.

2. Im politischen Leben der Bundesrepublik spielt die Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht" der Völker eine wichtige Rolle. Nicht nur wird in unzähligen amtlichen Verlautbarungen die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Bürger der DDR gefordert. Auch die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten des Deutschen Reichs jenseits der Oder-Neiße-Grenze und die Inbesitznahme dieser Gebiete durch Polen wird als ein Verstoß gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung betrachtet. Am deutlichsten kommen diese Gedanken in den „30 Thesen zur Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere zum Oder-Neiße-Problem", zum Ausdruck, die der Göttinger Arbeitskreis E. V., eine Vereinigung ostdeutscher Wissenschaftler, veröffentlicht hat[1]). Hier heißt es im Anschluß an Ausführungen über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" unter Ziff. 4 wie folgt:

> „Der gegenwärtige Zustand im östlichen Deutschland ist ein Unrechtstatbestand. Zum Wesen allen Rechts gehört seine Wiederherstellung durch Beseitigung des Unrechts. Dies kann nur durch Wiedervereinigung des deutschen Staatsgebiets, Durchführung der Selbstbestimmung der betroffenen ost- und mitteldeutschen Bevölkerung und Beseitigung der durch die Massenaustreibungen verursachten Verletzung von Menschenrechten geschehen."

Im folgenden soll versucht werden, darzulegen, daß die Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nicht nur nicht geeignet ist, die wirklichen deutschen Interessen zu fördern, sondern daß sie im Gegenteil diesen Interessen nur schaden kann.

3. In seinem ausgezeichneten Studienbuch „Völkerrecht" (1962) legt Eberhard Menzel, Professor an der Universität Kiel und von 1951 bis 1960 Leiter von Kursen über Völkerrecht im Rahmen der Attaché-Ausbildung des Auswärtigen Amts — also gewiß ein besonders unverdächtiger Sachverständiger — dar, daß der Begriff des „Selbstbestimmungsrechts" eine sehr unterschiedliche Ausdeutung erfährt.[2]) Im kontinental-europäischen Bereich „ist eine typisch europäische Ausgestaltung des nationalen Selbstbestimmungsrechts entstanden, die in der Rechtsstellung der Minderheiten sowie in den technischen Mitteln des Plebiszits und der Option ihren Niederschlag gefunden hat"[3]). „Aber auch im

europäischen Bereich darf der Grundsatz des nationalen Selbstbestimungsrechts nicht überfordert werden"[4]). Für die anglo-amerikanische Auffassung andererseits gewinnt der Begriff der „self-determination" „einen mehr verfassungsstrukturellen Sinn"[5]). Der farbigen Welt endlich ist das Selbstbestimmungsrecht „zum Schlachtruf der sich gegen die alten kolonialen Herrschaftsformen richtenden Bestrebungen geworden"[6]).

„Bei dieser Sachlage kann daher nicht behauptet werden, daß die völkerrechtliche Ordnung Gebietsveränderungen nur dann als legitim betrachtet, wenn sie durch eine Volksabstimmung bestätigt sind. Auch für den engeren europäischen Bereich kann das Vorhandensein einer solchen Norm nicht angenommen werden"[7]).

Ähnlich liegt es übrigens mit dem sog. „Recht auf Heimat", das in den Auslassungen der Vertriebenenverbände häufig vorkommt. „Dieses gegen die Zwangsumsiedlung und Zwangsaustreibung gerichtete ‚Recht auf Heimat' hat bislang eine rechtliche Teilanerkennung nur in Deutschland gefunden . . . Für das Völkerrecht hat das Recht auf Heimat zunächst noch den Charakter einer rein politischen Forderung"[8]).

4. Es ist ein überaus undankbares Beginnen, gegen Legenden anzukämpfen, die den Anspruch darauf erheben, vaterländischen Interessen zu dienen. Der junge Masaryk galt vielen seiner Landsleute jahrelang als ein Verräter an der nationalen Sache, als er neben anderen Gelehrten die Fälschung der sog. Königinhofer Handschriften aufdeckte, die eine Blütezeit tschechischer Kultur schon im 9. und 10. Jahrhundert beweisen sollten. Welchen Muts bedurfte es, um öffentlich gegen die Legende von der Schuld des Hauptmanns Dreyfus anzugehen, die die militärische Führung Frankreichs aufrechtzuerhalten und gegen alle Bemühungen um eine objektive Klärung der Sache verteidigen zu müssen glaubte, auch nachdem den Einsichtigen längst zum mindesten Zweifel an dessen Schuld gekommen waren. Wer konnte es wagen, die Dolchstoßlegende der zwanziger und dreißiger Jahre zu zerstören, ohne das Wutgeheul der „nationalen" Kreise auf sich zu ziehen.

Auch wer das Selbstbestimmungsrecht der Völker als völkerrechtliche Grundlage von Forderungen, die im Osten unseres Vaterlandes geschehenen Gebietsveränderungen, politischen und sozialen Umwälzungen rückgängig zu machen, in den Bereich der Legende verweist, muß des Zorns vieler seiner Mitbürger gewärtig sein. Aber das darf ihn nicht hindern, seine Überzeugung auszusprechen. Er darf es um so eher tun, wenn er Lösungen anzubieten hat, die unseren wirklichen Interessen besser dienen als die Konstruktion fragwürdiger „Rechtsansprüche".

III

„Die Regeln des Völkerrechts", heißt es in den Thesen des Göttinger Arbeitskreises zu 5, „sind nach Artikel 25 des Grundgesetzes Bestandteile des Bundesrechts", und zu diesen Regeln wird auch „die Selbstbestimmung" gezählt.

Indessen kann eine ernsthafte völkerrechtliche Arbeit nicht an der Tatsache vorübergehen, daß es ein in jeder Hinsicht einheitliches Völkerrecht nicht gibt. „Sieht man von rein nationalen Besonderheiten ab und verfolgt man die Einwirkung der großen Rechtssysteme auf die zwischenstaatliche Ordnung, so ergeben sich drei Rechtskreise, die sich durch . . . eigenständige Auffassungen von einander abheben und die bestrebt sind, ihre Grundkonzeption vom Wesen des Völkerrechts zur allgemeinen Anerkennung zu bringen: der kontinental-europäische, der anglo-amerikanische und der sowjetische Rechtskreis"[9]).

„Während ... die europäisch-kontinentale Konzeption das Recht — soweit nicht ein flacher Positivismus vorherrschte — stets als eng mit sittlichen und ethischen Anschauungen verbunden ansah und daher den Sollens-Charakter des Rechts betont, ist das Recht für die amerikanische Lehre in einem viel unmittelbareren Sinn Ausdruck der gesellschaftlich-politischen Gegebenheiten. Damit tritt eine Soziologisierung des Rechtsdenkens ein"[10]). Der sowjetische Rechtskreis endlich zeichnet sich „durch den Versuch aus, die sowjetische Staats- und Rechtslehre auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu übertragen"[11]).

Man weiß, daß der Gedanke des „Selbstbestimmungsrechts", wie er in der farbigen Welt Asiens und Afrikas vertreten wird, von Seiten der Sowjetunion eifrige Förderung erfährt. Da es sich hier um eine ideologische Rechtfertigung von Ansprüchen auf Befreiung von „kapitalistischer Ausbeutung" handelt, ist das vollauf verständlich. Andererseits ist es schwer vorstellbar, daß die Sowjetunion ein „Selbstbestimmungsrecht" anerkennen könnte, wenn es dazu dienen soll, die kommunistische Gesellschafts- und Rechtsordnung aus den Angeln zu heben. Nach der Unionsverfassung stellt die Sowjetunion einen durch freiwilligen Zusammenschluß gebildeten Bundesstaat gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken dar. Dennoch kann niemand annehmen, daß es einer etwa aufkommenden politischen Bewegung in Tiflis oder Teheran gestattet sein könnte, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine Abtrennung der Georgischen oder Armenischen Sowjetrepublik von der Sowjetunion und die Errichtung selbständiger Staaten mit einer „kapitalistischen" Rechtsordnung zu betreiben. Darin kann einen Widerspruch oder gar Zynismus nur finden, wer sich nicht darüber im klaren ist, daß nach sowjetischer Auffassung die für diese höhere kommunistische Gesellschaftsordnung unmöglich durch Berufung auf andere Rechtsprinzipien in Frage gestellt werden darf. „Die Beseitigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zugunsten einer sozialistischen gilt nach wie vor als ein legitimes Anliegen der sowjetischen Politik"[16]).

Es ist weder die Aufgabe deutscher Völkerrechtswissenschaft noch hat sie die Möglichkeit, die Interessen- und Meinungskämpfe, wie sie in den drei großen Völkerrechtskreisen der Erde zum Ausdruck kommen, aus der Welt zu schaffen. Wohl aber ist es ihre Pflicht, das internationale geistige Ringen auf ihrem Arbeitsgebiet gewissenhaft zur Kenntnis zu nehmen und ihrerseits ihren Beitrag zu möglichst fruchtbarer Überwindung der Gegegnsätze zu leisten. Wer sich heute unbesehen auf „die Regeln des Völkerrechts" beruft — ohne zu beachten, daß es zwar gewisse allgemein anerkannte Regeln gibt, aber auch zahlreiche andere, die keineswegs allgemein anerkannt sind —, wer den Anschein zu erwecken sucht, als gehöre „die Selbstbestimmung" zu den derart allgemein anerkannten Regeln — obwohl das Selbstbestimmungsrecht nicht einmal im kontinental-europäischen Rechtskreis einen eindeutigen Inhalt hat —, der muß sich den Vorwurf unwissenschaftlichen Vorgehens gefallen lassen. Er diskreditiert nicht nur die deutsche Wissenschaft, sondern leistet auch den politischen Bestrebungen, die er zu fördern bemüht ist, einen schlechten Dienst.

IV

In den Bereich der juristischen Legenden gehört auch die These 2 des Göttinger Arbeitskreises, daß „das nach Staats- und Völkerrecht bestehende Staatsgebiet ... Deutschland in seine Grenzen vom 31. Dezember 1937" umfaßt. Nicht daß hier die viel erörterte Frage nach der Fortdauer oder dem Untergang des früheren Reichs im einzelnen nochmals behandelt werden sollte, — wer sich dafür interessiert, mag das einschlägige Schrifttum nachlesen.[17]) Auch der Rechtscharakter der DDR, das Problem ihrer völkerrechtlichen Souveränität oder

Nicht-Souveränität soll uns nicht näher beschäftigen. Wir begnügen uns auch hier mit einigen Zitaten aus Eberhard Menzels „Völkerrecht":

„Die Feststellung, daß kein Grund für den Untergang des deutschen Staates ersichtlich ist, reicht . . . für eine rechtliche Kennzeichnung des gegenwärtigen Zustandes nicht aus. Da es sich um einen völlig anomalen Fall handelt, würde es eine Überforderung der völkerrechtlichen Ordnung darstellen, wollte man von ihr eine eindeutige Charakterisierung dieser Situation verlangen. Das Völkerrecht kennt Schwebezustände, die sich einer präzisen rechtlichen Kennzeichnung entziehen . . . Tatsache ist jedenfalls, daß eine deutsche Zentralgewalt nicht sichtbar ist".[18])

Und ferner:

„Der Begriff der Souveränität erweist sich . . . in zunehmendem Maße als untauglich, in der Frage der Völkerrechtssubjektivität ein Unterscheidungskriterium abzugeben . . . Die völkerrechtliche Praxis ist . . . längst über die durch den dogmatischen Souveränitätsbegriff gesetzten Grenzen hinweggegangen".[19]) Außerdem kennt die Staaten-Praxis so zahlreiche Nuancierungen politischer Abhängigkeitsverhältnisse, daß die Anwendung dieses Begriffs ohnehin wenig sinnvoll erscheint."[20])

Man mag für die politische Entscheidung der Bundesregierung, an der Fiktion der Grenzen des Deutschen Reichs vom 31. Dezember 1937 festzuhalten und auch der Deutschen Demokratischen Republik die Anerkennung zu verweigern, ein gewisses Verständnis aufbringen. Aber es sollte nicht versucht werden, hierfür juristische, insbesondere völkerrechtliche Argumente ins Feld zu führen. Fast zwanzig Jahre unerhörter politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen im Zentrum und im Osten unseres früheren Vaterlandes lassen sich nicht „nach Staats- und Völkerrecht", d. h. nach den überkommenen Maßstäben der westlichen oder gar der kontinental-europäischen Völkerrechtsgemeinschaft erfassen und unter irgend einen uns geläufigen Oberbegriff subsumieren. Wer das tut, treibt nichts als formale Gedankenspielerei. Er würdigt das Völkerrecht — eine Materie, die wie kaum ein anderes Rechtsgebiet in ständiger Entwicklung und Bewegung ist — zu einem Sammelsurium mehr oder weniger überholter Theorien, mehr oder weniger absoleter Staatspraktiken aus dem 19. Jahrhundert herab. Er macht sich zugleich der juristischen Legendenbildung schuldig, die nicht nur sinnlos ist, weil sie uns praktisch keinen Schritt vorwärts bringt, sondern schädlich, weil sie den Blick von den eigentlich wesentlichen Problemen ablenkt.

V

Wir Deutsche haben ein merkwürdiges Verhältnis zu M a c h t u n d R e c h t. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft hieß es: „Recht ist, was dem deutschen Volk nützt", wobei der „Führer" selbst bestimmte, was nützlich sei. Von den dreißig Thesen des Göttinger Arbeitskreises „Zur Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere zum Oder-Neiße-Problem", einem höchst aktuellen, eminent wichtigen praktischen Problem also, ist genau die Hälfte dem Abschnitt „Ethik" gewidmet, in die andere Hälfte müssen sich „Recht" und „Politik" teilen. Ich habe diesen Wandel der Anschauungen und Maximen, den man auch sonst vielfach beobachten kann, in meiner soben erschienenen kleinen Schrift „Die Bundesrepublik und Osteuropa" wie folgt formuliert:

> „Der Deutsche neigt — soweit derart allgemeine Urteile überhaupt möglich sind — zu Extremen. Er vergöttert die Macht und verachtet die Schwäche, sobald er sich stark fühlt; er ignoriert die politischen Kräfteverhältnisse, zeigt ein „unerschöpfliches Talent zum Selbstmitleid" (Sieburg) und beruft sich auf den „Rechtsstandpunkt", wenn er der Schwächere ist. Die Einsicht, daß jede Macht nach rechtlicher Begründung und Anerkennung drängt, daß aber auch keine Rechtsposition

haltbar ist, wenn sich die Machtverhältnisse grundlegend verändert haben, geht der Mehrzahl unserer Landsleute ab. Wir wählen je nach unserer Interessenlage entweder die „stärkeren Bataillone" oder feierliche Kundgebungen im Namen des Rechts und flammende Proteste gegen Rechtsbrüche anderer. Wenn es um „nationale" Fragen geht, hat das nüchtern abwägende sachliche Argument wenig Aussicht, sich durchzusetzen" [21]).

Mit vollem Recht stellt Menzel gerade für die hier interessierenden Fragen fest: „Zwischen dem Völkerrecht und dem politischen Bereich bestehen einerseits Übergänge . . ., andererseits ergibt sich aber auch ein echtes Spannungsverhältnis. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Bereichen ist jedoch nicht konstant, sondern richtet sich nach der „Völkerrechtsfreundlichkeit" der Staaten oder der Betonung ihrer Souveränität. Damit ändert sich ständig die Grenzlinie, d. h. es kommt zu einer „Juridifizierung" der politischen Sachverhalte oder umgekehrt zu einer „Politisierung" bisher rechtlich geregelter Tatbestände".[22])

Da das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem erheblichen Teil, ja entscheidend den Machtbereich der Sowjetunion berührt, diese aber, wie wir gesehen haben, die „Souveränität der Staaten, insbesondere auch der von ihr abhängigen Staaten, stark betont und zugleich auf vertragliche Regelungen besonderen Wert legt, kann die Lösung der deutschen Frage nur auf der politischen Ebene liegen. Allgemeine völkerrechtliche Erörterungen sind wenig geeignet, die deutschen Interessen zu fördern. Die juristische Legendenbildung vollends kann ihnen nur schaden.

Was nottut, sind konkrete Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Friedensvertrages, selbstverständlich Verhandlungen im engsten Einvernehmen mit unseren Verbündeten im Westen. Wenn wir dabei weder von juristischen Hirngespinsten ausgehen noch im voraus politische Bedingungen stellen, von denen wir wissen, daß der Verhandlungspartner sie nicht annehmen will und auch nicht anzunehmen braucht, haben wir durchaus Chancen, allmählich zu einer Verbesserung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und dadurch zu einer wirklichen Befriedung in Mitteleuropa zu gelangen. Zum mindesten ist es niemand erlaubt, das Gegenteil zu behaupten, solange ernsthafte Verhandlungen dieser Art nicht einmal versucht worden sind.

Anmerkungen

[1]) Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichungs-Nr. 272 (1963).
[2]) a.a.O. S. 180 ff.
[3]) S. 182.
[4]) S. 183.
[5]) S. 183.
[6]) S. 183.
[7]) S. 184.
[8]) S. 187.
[9]) Menzel a.a.O. S. 79.
[10]) S. 83.
[11]) S. 84.
[12]) S. 86.
[13]) S. 89.
[14]) S. 86/7.
[15]) S. 88.
[16]) Menzel a.a.O. S. 88.
[17]) Angaben bei Menzel a.a.O. S. 169 ff., 218 ff., 223 ff.
[18]) S. 222.
[19]) S. 109.
[20]) S. 138/9.
[21]) Harold Rasch, Die Bundesrepublik und Osteuropa. Köln 1963, S. 104.
[22]) a.a.O. S. 6.

Atomwaffen verfügen, die uns ein Übergewicht über unsere zentraleuropäischen Nachbarn, zu denen auch die DDR gehört, geben.

7. Der Abzug aller nicht-zentraleuropäischen Truppen aus Zentraleuropa aber ist Voraussetzung der Wiedervereinigung unseres Volkes und der Lösung der deutschen Frage.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es geht nicht um die Neutralisierung Deutschlands und Liquidierung dieses oder jenes deutschen Staates. Weder West noch Ost stimmen hier zu, noch kann Deutschland sich aus den Händeln dieser Welt auf eine friedliche neutrale Insel der Glückseligkeit zurückziehen und dort „abrahmen". Nein, die Auseinandersetzung, die eine Weltauseinandersetzung um die Form eines neuen Zusammenlebens aller Völker ist, wird bleiben. Sie wird sich (genau wie unterhalb des thermonuklearen Patt begrenzte militärische Konflikte möglich werden) nach Ausschaltung auch dieser Möglichkeit in Zentraleuropa durch eine realistische und Opfer fordernde Sicherheitspolitik auf andere nicht-militärische Gebiete verlagern. Und daß das nicht eine bloße andere Fortsetzung des Kalten Krieges und der Verhärtungen wird, dafür müssen wir selbst sorgen. Es geht darum, daß unser Volk und der ganze zentraleuropäische Raum mit seinen Völkern eine Friedensfunktion gewinnt. Darin liegt unsere größte Sicherheit und auch die anderer Völker.

Das heißt, daß wir uns öffnen für das Wort auch der anderen Seite, solange dieses ehrlich gemeint ist und im Raume der Wahrheit bleibt, uns aber ebenso hart verschließen, wo es nur um Täuschung und Betrug geht.

Zu einer solchen Politik gehört ein mündiges Volk. Es zu dieser Mündigkeit zu erziehen, wäre die große Aufgabe einer wirklichen Führung. Geschehen kann dies nicht durch Reden, Ermahnungen, Deklamationen, sondern nur durch Handeln, durch den Mut zu solchen, durchaus risikoreichen Entschlüssen, unter Darlegung der wahren Lage. Dieses mündige Volk wäre dann unüberwindlich.

Der Auftrag aber für unsere Soldaten muß klar und erfüllbar sein. Seine Ausführung muß dem Volk und dem Land Schutz geben, nicht aber es vernichten, wie es heute der Fall wäre, wenn der Verteidigungsfall einträte.

Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest

Ungarn als Handelspartner

Der Verfasser dieses Beitrages war lange Jahre Staatssekretär in seinem Lande und als solcher mit dem Außenhandel befaßt. Prof. Dr. Vajda ist heute einer der führenden Wirtschaftstheoretiker an der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Budapest. Er ist Vorsitzender der Britischen Sektion der Ungarischen Handelskammer. Seine Gedanken und Anregungen veröffentlichen wir zu Beginn einer Phase engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland in der Hoffnung, daß westdeutsche Wirtschaftskreise diesen Ausführungen ihre Aufmerksamkeit nicht versagen werden. D. Red.

Im Zuge der fortschreitenden internationalen Entspannung und beflügelt von dem bedeutsamen Erfolg des Atomteststop-Abkommens hat sich in West und Ost eine erhöhte Aufmerksamkeit den Fragen und Möglichkeiten der internationalen

wirtschaftlichen Zusammenarbeit zugewandt. Die Industriestaaten sehen sich dabei gemeinsam einer Reihe von entscheidenden Gegenwartsproblemen gegenübergestellt, vor allem den Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den frei gewordenen Völkern, der Wirtschaftskooperation zwischen Ost und West, der Ergänzung und Harmonisierung der großen regionalen Wirtschaftsverbände im Rahmen einer Weltorganisation der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung. Dazu ist von verschiedenen kompetenten Seiten bereits mehrfach die Forderung erhoben — wie sie auch aus dem großen UN-Bericht über die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung zu entnehmen ist —, durch beschleunigte und umfassende Abrüstung und Beschränkung der Militäretats Mittel auch für wirtschaftliche Zwecke freizustellen.

Für alle Menschen, die an gesellschaftlichen Prozessen in ihren Völkern und zwischen den Völkern mitwirken, ergibt sich auf diesen Gebieten eine mit hoher Verantwortung erfüllte Aufgabe. Und es ist wohl nicht verwunderlich, wenn so Beteiligte, zu denen auch der Verfasser dieser Zeilen sich zählt, ihr Gewissen prüfen und erforschen, wie und wo sie am nützlichsten an der Verwirklichung der Prinzipien einer solchen friedlichen und dem Wohle aller Beteiligten dienenden Zusammenarbeit mitwirken können.

Als Hochschullehrer und Publizist sind mir die Felder des Wirkens von selbst gegeben, und ich werde den erkannten Zielen und Aufgaben nachzugehen trachten; aber der Nationalökonom in mir verlangt von sich eine Aktivität auf dem besonderen Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, zumal er sie vom Standpunkt der eigenen Nation und ihres Wohlergehens für ungemein wichtig und jeder Anstrengung wert erachtet. Denn er weiß: diese unsere Welt, an der wir, die Generation heute schaffender Menschen, im guten und im bösen, wie in einem Labyrinth voll selbstgeschaffener Dornen und verlegter Ausgänge herumirrend, mitgewirkt haben, gibt uns heute dennoch die Möglichkeit, beides, sowohl Völkerfreundschaft als auch Wohlergehen aller, zu verwirklichen! Das Wohlergehen eines Volkes hängt nicht von der Unterjochung anderer ab; Lebensraum in ausreichender Fülle kann es für jede Nation geben, wenn sie sich ihrer potentiellen Kräfte bewußt wird und sie im Verein mit der Schaffensmacht anderer Nationen einzusetzen versteht. Und da ich, ein ungarischer Nationalökonom, in einer in der Deutschen Bundesrepublik erscheinenden Zeitschrift um Publizität meiner Gedanken werbe, wäre es müßig, darüber zu räsonnieren, wie weit sich diese Regel der Bedeutung internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf die größten Staatsgebilde unserer Erde anwenden läßt, bzw. wo ihre Grenzen liegen; gewiß ist es, daß sich unsere beiden Länder innerhalb dieser Grenzen befinden. Wir müssen diese Erkenntnis festhalten, ihre Wirkung auf unser Handeln prüfen.

Es sei mir noch gestattet, einen weiteren Gedanken zu entwickeln. Die naturwissenschaftlichen Entdeckungen der jüngsten Jahrzehnte haben unseren Wissensbereich ungemein erweitert, und so scheint es nicht mehr eine Verwegenheit, sondern eine naheliegende Konsequenz des menschlichen Verantwortungsgefühls zu sein, daß Probleme der Kosmologie und der Kosmogonie ihren Platz im Bereich wissenschaftlichen Denkens wieder erobert haben. Und hier sind sich die hervorragendsten Vertreter dieser Forschungsgebiete einig, daß die Welt als eine geschichtliche Erscheinung betrachtet werden muß, deren einzelne Elemente mit Begriffen von Entstehen und Vergehen, von Anfang und Ende — als Prozeß — verbunden sind. Ich glaube, daß wir nun Zeugen eines Prozesses wurden, der einem uralten Element des Weltgeschehens — soweit wir „Welt" und „Mensch" als für unser Denken begriffsverwandt betrachten —, das Ende bringt. Es ist dies das militärische Denken, das Denken in Begriffen von Kriegsmacht, als der kon-

zentriertesten Form der gesellschaftlichen Willensdurchsetzung. Die ungemein sprunghafte Entwicklung der Kriegstechnik hat auch ihr Ende gebracht, sie hat ihren eigentlichen Sinn bereits verloren und kann, ohne in ihr Gegenteil umzuschlagen, nicht angewendet werden. Es mag sein, daß es noch einiger Jahrzehnte bedarf, um diesen Tatbestand im Weltbewußtsein endgültig zu verankern und zu institutionalisieren; jedoch sollten wir, Menschen der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, uns nicht darüber täuschen, daß wir Zeugen eines welthistorischen Geschehens sind. Auch daraus müssen die Konsequenzen gezogen werden.

*

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sollten eigentlich keine besondere Nachhilfe benötigen. Diese Beziehungen sind seit jeher relativ umfangreich, wenn sie auch nicht in allem den modernen Strukturerfordernissen entsprechen. Die Bundesrepublik zählt zu Ungarns bedeutendsten Handelspartnern; in der Liste seiner Lieferanten nimmt sie die 5. Stelle, als Abnehmer ebenfalls die 5. Stelle ein. Unter den westeuropäischen Ländern hält sie seit mehreren Jahren die Spitze. Die Rolle Ungarns im Außenhandel der Bundesrepublik ist — den Größenverhältnissen, aber auch der verschiedenen Kopfquote des Außenhandels in den beiden Ländern entsprechend — weit bescheidener; aber in einer Anzahl von Produktionszweigen wohl nicht von untergeordneter Bedeutung. Dennoch kann nicht behauptet werden, daß diese Beziehungen nicht noch einer weiteren Intensivierung bedürften. Es ist nun ein entsprechender Rahmen für den gegenseitigen Handel geschaffen worden, indem jüngst die beiden Staaten übereingekommen sind, gegenseitig offizielle Handelsmissionen einzurichten. Dieser begrüßenswerte Schritt sollte nicht vereinzelt bleiben. Es wäre wünschenswert, wenn er den Auftakt zu weitergehenden Vereinbarungen bilden würde, die nicht notwendigerweise von Staat zu Staat, sondern zwischen den einzelnen unabhängigen Wirtschaftskörpern zustandekommen könnten. Freilich: in Ungarn ist die in Betracht kommende Großindustrie und der Außenhandel verstaatlicht, der Staat übt ein ausschließliches Monopol in diesen Gebieten der Wirtschaftstätigkeit aus. Dennoch verfügen die einzelnen Unternehmen innerhalb des Monopols über genügend Autonomie, um Verhandlungen über konkrete Vereinbarungen zu führen und diese auch abzuschließen.

Ich möchte auch gleich hinzufügen, daß mir in erster Linie Kooperationsvereinbarungen vorschweben, die die unerläßliche Spezialisierung der ungarischen Industrie auf einzelnen Gebieten fördern und ihr zugleich auch Möglichkeiten bieten, sich mit entsprechenden Lieferungen in den bundesdeutschen Güterkreislauf einzuschalten. Das Problem der Spezialisierung in ungarischer Sicht bedarf jedoch einer eingehenderen Erörterung; es hängt mit der Industrialisierung schlechthin und mit der Einordnung in die internationale Arbeitsteilung zusammen.

Die Industrialisierung Ungarns ging vor allem seit Einführung der Planwirtschaft mit bedeutenden Schritten voran; und wenn auch im Zuge ihrer Verwirklichung manche Fehler begangen, Fehlinvestitionen vorgenommen, manche Opfer dem Lande zugemutet wurden, schuf sie letzten Endes doch die Basis zur weiteren Entwicklung. Diese moderne Phase der Industrialisierung ging im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) vor sich und stützte sich sehr weitgehend auf die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern.

Unser Export nach den sozialistischen Ländern ist in der Zeit zwischen 1955 und 1962 um 115 % gestiegen; der Löwenanteil an dieser Zunahme ist dem Fer-

tigwarensektor zu verdanken, der viel rascher als der Gesamtexport zunahm. Der Anteil der Fertigwaren ist in diesem Zeitraum von 58 auf rund 70 v. H. gestiegen. Allein der Export von Maschinen und Industrieausrüstungen stieg zwischen 1959 und 1962 um 51 v. H. Dies läßt sich schon sehen, wenn man bedenkt, daß der Weltexport an „Manufactures" zwischen 1959 und 1962, nach den Angaben des Board of Trade, bloß um 29 % zunahm und Ungarn in der Rangliste der Steigerung Länder wie das Vereinigte Königreich, Belgien-Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Vereinigte Staaten, Kanada, hinter sich ließ — allerdings das Tempo der Bundesrepublik, Italiens, Schwedens oder Japans nicht erreichen konnte. Der sich in der Exportzunahme manifestierende Aufstieg hatte zur Basis den Aufbau einer Maschinenindustrie, deren Errichtung letzten Endes als erfolgreich betrachtet werden kann, wenn auch ihre Mängel nicht übersehen werden dürfen.

Im Zuge dieses Neuaufbaus entstand eine neue Struktur; neue Industriezweige wurden geschaffen, von früher her bestehende Keime weiterentwickelt. Einzelne Zweige wurden besonders begünstigt, so vor allem der Bau von Werkzeug- und Elektromaschinen, Fernmeldetechnik, Instrumenten- und Apparatebau. Als Beispiel dieser Entwicklung möchte ich hier lediglich auf die Fernmeldetechnik verweisen; dieser Zweig umfaßt in Ungarn die Erzeugung von Fernsprech-, Rundfunk- und Fernsehzentralen, elektroakustischen Einrichtungen, Mikrowelleneinrichtungen, vakuumtechnischen und fernmeldetechnischen Spezialmaschinen u. a. m. Wenn man den Semesterdurchschnitt von 1960 der Nettoproduktion dieses Industriezweiges mit 100 bezeichnet, so stieg sie im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1963 auf 155, bei einer bedeutenden Steigerung der Produktivität, die dennoch nicht ganz zufriedenstellend war.

Die Tendenz, einzelnen Industriezweigen eine vorrangige Entwicklung zu sichern und diesen Prozeß in der internationalen Arbeitsteilung und in der Koordination der Produktionspläne zu verankern, führt zur Spezialisierung in der Industrieerzeugung — vorerst und vor allem auf dem Gebiet der Produktionsinstrumente. Das ist das Feld der bisher erfolgreichsten Zusammenarbeit. Indessen ist die Koordinierung der Erzeugung in den übrigen Industriesektoren, insbesondere in den verschiedenen Zweigen der Konsumgüter, innerhalb des RGW noch relativ zurückgeblieben.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß die Spezialisierung der ungarischen Industrieerzeugung und besonders des Exports bisher nicht den gewünschten Stand erreicht hat. Der Umbau der Struktur geht nur relativ langsam vor sich, die Schaffung neuer „pôles de développement", um einen von Prof. François Perroux so glücklich geprägten Begriff zu nennen, kostet Zeit und bedeutende Anstrengungen. Der notwendige Grad der Spezialisierung im Export von Industriegütern stieß jedoch in den letzten Jahren auf Schwierigkeiten, die von anderswoher kamen; als Ursprung dieser Lage kann die sehr gesteigerte Importsensibilität unserer Wirtschaft bezeichnet werden. Die Einfuhr der Ungarischen Volksrepublik hob sich innerhalb der letzten vier Jahre um mehr als 50 %; verglichen mit einer Zunahme des Sozialprodukts von 21 % ergibt dies ein Verhältnis von 1 zu 2,5, also weit mehr als im Falle der EWG oder Großbritanniens, mehr auch als im Falle von Schweden oder Dänemark. Da Ungarn keine bedeutenden Deviseneinnahmen aus dem außerkommerziellen, „unsichtbaren" Verkehr aufzuweisen hat, zieht die rasche Steigerung des Imports das Verlangen nach einer möglichst ebenso raschen Ausdehnung des Exports nach sich. Dies führt aber, unter den gegebenen Verhältnissen, unausweichlich zu einer zunehmenden Auflockerung der Warenkonzentration, und der Exportumsatz wird künftig neben den spezialisierten Produkten mehr und mehr solche Waren umfassen, die außerhalb dieses Kreises liegen: d. h. die Warenstreuung der Ausfuhr nimmt zu.

Der Verfasser hat vor kurzem eine Untersuchung der Warenkonzentration der ungarischen Ausfuhr des Jahres 1961 durchgeführt und dabei zum Vergleich eine sich auf 50 Länder erstreckende Studie herangezogen. Es war überraschend zu sehen, daß der Koeffizient der Konzentration im Export, der hier wie dort mit der gleichen Methode berechnet wurde, in Ungarn nahezu den gleichen Zahlenwert hat wie der der Vereinigten Staaten oder Frankreichs, jedoch von einer weit geringeren Konzentration zeugt, als sie in den kleineren, Ungarns Größe mehr entsprechenden westeuropäischen Ländern nachgewiesen wurde. Bei dieser Differenz handelt es sich offenbar darum, daß in den fraglichen westeuropäischen Ländern (Schweden, Schweiz, Österreich) der Marktmechanismus die Spezialisierung im Laufe einer längeren historischen Entwicklungsperiode e r z w u n g e n hat, während dies in Ungarn — in der zur Verfügung stehenden relativ kurzen Frist — der Planwirtschaft und der internationalen Kooperation noch nicht restlos gelungen ist. Ihre Verwirklichung ist jedoch unaufschiebbar, von ihr hängt der weitere Fortschritt des Wohlstandes ab.

Dem aufmerksamen Leser dürfte es bereits aufgefallen sein, daß der Aufsatz keinen Hinweis auf die Gestaltung der Landwirtschaft und des Agrarexportes enthält. Ihm mag dies um so merkwürdiger erscheinen, als er — von der Vergangenheit her — Ungarn als ein typisches Agrarland vor Augen hat. Dies ist aber heute nicht mehr der Fall. Und obwohl nicht geleugnet werden kann, daß die Agrarwirtschaft in der Gesamtökonomie des Landes auch gegenwärtig noch eine bedeutende Rolle spielt, so kommt doch das einstige Primat ihr längst nicht mehr zu. Ihre Probleme erfordern jedoch eine ganz besondere Behandlung, die in dieser Studie keinen Platz haben kann.

*

Anknüpfend an die Konzeption von einem dauerhaften friedlichen Zusammenleben von Ländern mit unterschiedlichem Gesellschaftsaufbau und im festen Glauben daran, daß die Zeit bereits herangereift ist, dieser Konzeption auch auf dem Gebiete der Wirtschaft uneingeschränkte Gültigkeit zu sichern, schwebt dem Verfasser eine Ordnung vor, in der eine Kooperation sowohl zwischen Ländern, wie auch zwischen wirtschaftlichen Regionalverbänden möglich und nützlich erscheint. Es ist offenkundig, daß dies bei gegenseitig bestem Willen — den wir voraussetzen wollen — ein langwieriger Prozeß ist. Je später jedoch die ersten Schritte erfolgen, desto länger wird die Dauer dieses Prozesses sein. Wir haben in den letzten Jahren mit der Bildung von parallelen Sektionen der führenden Handelskammern sehr positive Erfahrungen gemacht. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die freundschaftliche, sehr fruchtbare und sich bereits auf mehrere Jahre erstreckende Verbindung zwischen der London Chamber of Commerce, die eine Sektion für Ungarn, und der Ungarischen Handelskammer, die eine Britische Sektion errichtet hat. Diesem Vorbild ist man auch in anderen Ländern, so z. B. vor kurzem in den Niederlanden gefolgt. Es kann angenommen werden, daß ähnliche Vereinbarungen auch den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn zugutekommen würden. Insbesondere, wenn man das Hauptgewicht nicht allein auf die Steigerung des gegenseitigen Handels, sondern auch auf die weiter oben erwähnten und der Spezialisierung dienenden Vereinbarungen legt. Standortvorteile sind durch die relative Nähe und die damit zusammenhängenden geringeren Transportkosten zweifellos zu erreichen. Und wenn außerdem noch in Betracht gezogen wird, daß die Spezialisierung der Industrieerzeugung in Ungarn im Rahmen der Wirtschaftskooperation der sozialistischen Länder und ihrer bedeutenden Märkte vor sich geht, dürfte die Perspektive,

daran vorteilhaft beteiligt zu sein, manchem Interessenten anziehend und einer Anstrengung wert erscheinen. Dabei könnte die angedeutete Kammer-Verbindung von großem Nutzen sein.

Uns allen sind heute Verantwortungen auf vielen Gebieten des politischen und sozialen Lebens auferlegt. Ich glaube im Sinne dieser Verantwortung zu handeln, indem ich meine Stimme für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern erhebe. Es wäre eine Tat, die dem Frieden dient.

Dr. Eugen Koller

Die Not unserer Schulen (II) *

II

„Die Schule soll bei der Kirche bleiben!" So argumentiert man gegen Mittelpunktschulen. Als ob es an größeren Zentralorten keine Kirche gäbe! Im Gegenteil: Nur die kleinsten entlegensten Schuldörfer, also die ungeteilten Schulen, haben nicht immer eine Kirche.

Hinter dem Vorwand, das Christentum zu retten, steckt Parteipolitik: Je abgelegener das Dörfchen, desto sicherer der Stamm der CSU-Wähler. Je größer und zentraler der Ort, desto größer die Angst der CSU vor „Roten" und Liberalen.

Darum preist man die „Nestwärme" der Zwergschulen, als ob es nur in Kraglfing und Zeidlhaching gutes Erziehungsklima gäbe. Darum warnt man vor den „sittlichen Gefahren" einer Schulbusfahrt von 10 km. Und darum verdächtigt man jede Mittelpunktschule als „schematisch". So nannte man vor 100 Jahren die ersten Eisenbahnlinien, weil sie nicht um jedes Misthäufle und jedes Wiesenzipfelche sich herumschlängelten. Großräumige Planung sieht aus der Froschperspektive schematisch und unbegreiflich aus.

Man verspricht uns zum Trost „Ausbau der Volksschuloberstufe". Aber Schulen mit weniger als vier Lehrern könnten nur dann einigermaßen am „Ausbau" teilnehmen, wenn sich mehrere Schuldörfer zum Kursunterricht der Oberklassen zusammenschließen. Dieser überörtliche Kursunterricht scheitert in vielen Fällen am Bekenntnisschulsystem. Denn die Belange der Bekenntnisschule müssen gewahrt bleiben, d. h. katholische Kinder dürfen an keinem evangelischen Physikkurs teilnehmen. Fast siebzig Prozent aller bayerischen Volksschulen sind ein- bis dreiklassig, haben weniger als vier Lehrer. In einigen Landkreisen umfassen die ein- bis dreiklassigen Schulen bis zu 85%. Der Landkreis G. hat 59 Schulen, aber nur 9 Schulen mit vier oder mehr Lehrern. Und das sind nicht etwa neun Schulorte, sondern nur sieben. Sieben Schulorte im ganzen Landkreis könnten den „Ausbau" der Oberstufe selbständig durchführen. Ist das noch Landschulreform?

Die Zahl der Lehrer wird sinken, schon deshalb, weil die Zahl der Abiturienten in den nächsten Jahren zurückgeht. Aber die Zahl der Volksschüler steigt von Jahr zu Jahr. Trotzdem will man in Bayern den Stoff von neun Jahren in acht Schuljahre pressen, neue Fächer und mehr Stunden einführen? Die Lehrer rechnen sich heute schon aus, daß an größeren Schulen sieben Lehrer acht Klassen führen

*) „Vgl. Blätter", Heft 11/63.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich bin nicht abergläubisch. Am Freitag, dem 13., würde ich mich nicht scheuen, ein Stück von mir uraufführen zulassen, und wieviel Zigarren an einem Streichholz angezündet werden, interessiert mich als Nichtnikotiner ebensowenig wie als Nichtabergläubigen. Ein Nationalist bereitet mir mehr Sorgen als der Butzemann, und Nymphen entpuppen sich doch höchstens als Nymphomaninnen.

Dennoch: ein Geist geht um!

Der Kastengeist!

Ich spreche hier nicht vom Männchen, das aus dem Kasten springt, im Gegenteil, von Menschen, die sich in Kasten etablieren.

Die Gesellschaft, zu der wir uns alle zählen sollten, soll mehr und mehr von denen hinter sich gelassen werden, die sich zu der Gesellschaft rechnen wollen.

So sprach man anläßlich der Münchener Theaterbombastikation vom „Adel des Geistes" und vom „Adel des Geldes", der sich sorgsam getrennt in den beiden ersten Vorstellungen des antiken Umbaues versammelte. An anderer Stelle las ich von „geistiger High Society". Was soll dieses gefährliche Züchten von Dünkel und Selbstgefälligkeit? Kastengeist-Zuchtstation.

Auch aus einer Demokratie sollen und müssen Menschen „hervorragen", doch sie in einer Kaste Privilegierter abzusondern wie die Creme vom Teig des Kuchens, ist nicht Rückschritt, sondern schon Rücklauf.

Mit welchem leerköpfigen Leichtsinn wecken schizophrene Illustriertenmacher bei unbedarften Lesern den Bedarf nach Wissen um irgendeine Pipapo-Prinzessin? Der nächste bereits realisierte Schritt: die Bundeswehreskorte für Bürger Prinz Louis Ferdinand!

Übrigens ist der Etat für die Stipendien unbemittelter Studenten halbiert worden. Nur 2% aller Studenten kommen aus Arbeiterfamilien. Die verschwindende Minorität aus der Majorität. Sind wir so reich, uns den Luxus von Hunderttausenden zwar talentierter, doch halbausgebildeter Bürger leisten zu können?

Nur etwas kann die Kastengrenzen verwischen: das Geld. Es ersetzt demokratischen Bürgersinn, der, sollte er noch irgendwo vorhanden sein, emsig zugeschaufelt wird.

Meine städtische Sparkasse propagiert: Mit einem Konto bist Du wer!

Intensives Bemühen, an unsere primitivsten Charaktereigenschaften zu appellieren. Sei nicht Bürger, sei „wer"! Wie wenig du bist, suggeriert die Fürstenhochzeitreportage und der Filmballbericht, die Bonzenparty und die genüßliche Dolce-vita-Beschreibung. Luxusbedarfweckende Inserate sind Stolperdraht für infizierte Idolhörige.

Die Pseudoelite unseres Volkes ist Fliegenleim für Demokraten. Wer sich hoch aufstellt, ist deshalb noch nicht größer! Man lasse sich nicht blenden von denen, welche die Figuren auf der Bühne effektvoll beleuchten.

Und wo es heißt: einer unserer Politiker gibt einen Empfang, und man sieht ihn und „sein" „Luxusbuffett: Lüge! Es ist deins! Und diese ordenausstaffierten, diese brokatdrapierten weiblichen Museen, diese pfauigen Frackuniformierten, sie sind alle unsere Gäste!

Sie sind Gäste auf Kosten auch der Zwölf-Mark-Einkommensteuer-Vorauszahlung, welche das Finanzamt von mir erst nach der zweiten Mahnung bekam.

Bestaunen sie nicht die geschicktesten Geschäftemacher, die raffiniertesten Profiteure, die adeligen Gänse, die rücksichtslosesten Karrieristen, welche sich anmaßen, die Gesellschaft zu sein!

Wir alle, die Gesellschaft, sollten denen krankhaft mißtrauen, die sich schmarotzend in unserer Demokratie anmaßen, die Gesellschaft zu sein!

Prof. Linus Pauling

Wissenschaft und Frieden (I)

Die Welt hat nun begonnen, sich von ihrer primitiven Geschichtsperiode, in der Streit zwischen Nationen durch Krieg ausgetragen wurde, in ihre Reifezeit zu verwandeln, in der der Krieg abgeschafft werden und an seine Stelle ein Weltrecht treten wird. Der erste große Schritt dieser Verwandlung geschah erst vor wenigen Monaten: die Formulierung des Abkommens über die Einstellung der Atombombentests durch die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion, das nach jahrelangen Diskussionen und Verhandlungen die Versuche auf der Erdoberfläche, in den Weltmeeren und im Weltraum verbietet und dem fast alle Nationen der Erde beigetreten sind.

Ich glaube, daß die zukünftigen Historiker dieses Vertragswerk als die wohl wichtigste Aktion beschreiben werden, die jemals von den Regierungen der Nationen unternommen wurde, insofern es den ersten von einer Reihe von Verträgen darstellt, die zu einer neuen Welt führen werden, aus der der Krieg für immer verschwunden sein wird.

Wir sehen, daß Wissenschaft und Frieden zusamemnhängen. Die Welt wurde, besonders während des letzten Jahrhunderts, durch die Entdeckungen der Wissenschaftler sehr verändert. Unsere vermehrten Kenntnisse gestatten es nun, Armut und Hunger zu beseitigen, das durch Krankheit verursachte Leiden zu vermindern und die Hilfsquellen der Welt wirksam zum Wohle der Menschheit einzusetzen. Aber die größte Veränderung wurde hinsichtlich der Natur des Krieges geschaffen — die millionenfache Steigerung der Explosionskraft und die entsprechenden Veränderungen in den Mitteln, die Bomben zum Einsatz zu bringen.

Diese Veränderungen entstanden infolge wissenschaftlicher Entdeckungen, und während der letzten beiden Jahrzehnte haben Wissenschaftler führend daran teilgenommen, sie ihren Mitmenschen zu Bewußtsein zu bringen und darauf zu drängen, daß alles unternommen werden müsse, die Anwendung dieser Waffen zu verhindern und den Krieg aus der Welt zu schaffen ...

Ein sehr folgenreiches Dokument, der Russell-Einstein-Aufruf, wurde von Bertrand Russell am 9. Juli 1955 veröffentlicht. Russell, der seit Jahren zu den aktivsten und wirksamsten Verfechtern des Friedens gehört, hatte dieses Dokument einige Monate zuvor entworfen, und es wurde von Einstein zwei Tage vor seinem Tode und noch von neun anderen Wissenschaftlern unterzeichnet. Der Aufruf begann mit dem Satz:

> „In der tragischen Situation, vor der die Menschheit steht, sind wir der Meinung, daß die Wissenschaftler sich in einer Konferenz vereinigen sollten, um die Gefahren abzuschätzen, die auf Grund der Entwicklung der Massenvernichtungswaffen entstanden sind ...",

und endete mit der Mahnung:

> „Vor uns liegt, wenn wir so wählen, ständiger Fortschritt in Glück, Wissen und Weisheit. Werden wir statt dessen den Tod wählen, weil wir unseren Streit nicht vergessen können? Wir wenden uns als Menschen an Menschen: Denkt an Euer Menschsein und laßt alles andere. Wenn Ihr das könnt, öffnet sich der Weg in ein neues Paradies; könnt Ihr das nicht, liegt vor Euch die Gefahr des allumfassenden Todes."

Dieser Aufruf führte zur Gründung des Ständigen Pugwash-Komitees mit Bertrand Russell als Vorsitzendem und zur Abhaltung einer Reihe von Pugwash-

Konferenzen (elf von 1957 bis 1963). Die ersten Konferenzen wurden von Mr. Cyrus Eaton finanziert, und die erste Konferenz trat an seinem Geburtsort, dem Dorf Pugwash in Neuschottland, zusammen.

Unter den Teilnehmern einiger Pugwash-Konferenzen waren sowohl Wissenschaftler, die den Regierungen ihrer Länder eng verbunden waren, als auch solche ohne diesen Zusammenhang. Die Konferenzen haben es ermöglicht, die wissenschaftlichen und praktischen Aspekte der Abrüstung zwanglos in gründlicher, durchdringender und ergiebiger Weise zu diskutieren, und haben zu einigen wertvollen Vorschlägen geführt. Ich bin der Meinung, daß die Pugwash-Konferenzen besonders zur Formulierung und Ratifizierung des Vertrages über den Atomversuchsstop des Jahres 1963 beigetragen haben.

In der Zeit nach dem ersten thermonuklearen Bombentest auf Bikini am 1. März 1954 wurde mit immer größerem Nachdruck die Sorge bezüglich der durch die Kernwaffentests erzeugten radioaktiven Substanzen und ihrer schädlichen Einwirkungen auf die Menschen und die menschliche Rasse insgesamt zur Sprache gebracht. Im Russell-Einstein-Aufruf und auch in der Erklärung der ersten Pugwash-Konferenz wurde die radioaktive Ausschüttung erwähnt. Dr. Albert Schweitzer beschrieb in seiner Deklaration des Gewissens in Oslo am 24. April 1957 die Schäden, die von dieser Ausschüttung verursacht werden, und forderte, daß die großen Nationen ihre Atomwaffentests einstellen mögen. Dann am 15. Mai 1957 schrieb ich mit Hilfe einiger Wissenschaftler der Washingtoner Universität in St. Louis den Atombombentest-Aufruf der Wissenschaftler, der innerhalb zweier Wochen von über zweitausend amerikanischen Wissenschaftlern unterzeichnet wurde, denen sich in wenigen Monaten 11 021 Wissenschaftler aus 49 Ländern anschlossen. Als ich den Aufruf am 15. Januar 1958 Dag Hammarskjöld in Form einer Petition an die Vereinten Nationen übergab, sagte ich ihm, daß dieser Appell nach meiner Meinung die Auffassung der großen Mehrheit der Wissenschaftler der Welt repräsentierte.

Der Atombombentest-Aufruf besteht aus fünf Abschnitten. Die ersten beiden lauten:

> „Wir, die unterzeichneten Wissenschaftler, bitten dringend, daß man zu einer internationalen Vereinbarung kommen möge, die ab sofort das Testen von Atombomben einstellt.
>
> Jeder Atombombentest verbreitet ein zusätzliches Quantum radioaktiver Elemente über jeden Teil der Welt. Jede zusätzliche Erhöhung der Strahlung schädigt die Gesundheit der Menschen überall in der Welt, gleichfalls den Bestand der menschlichen Vererbungsfaktoren, so daß den künftigen Generationen immer mehr Kinder mit ernsthaften Schäden geboren werden."

Gestatten Sie mir nun ein paar Worte zur Verdeutlichung dieser letzten Erklärung, über die es Meinungsverschiedenheiten gab. Von den ungefähr 100 Millionen Kindern, die jedes Jahr in der Welt geboren werden, haben ca. 4 Millionen ernsthafte körperliche oder geistige Schäden, die ihnen und ihren Eltern großes Leid und der Gesellschaft eine wesentliche Last aufbürden. Die Vererbungsforscher schätzen, daß ungefähr fünf Prozent, d. h. 200 000 im Jahr, dieser Kinder ihre Schäden den Mutationen von Genen verdanken, die auf die natürliche Strahlung — kosmische Strahlen und natürliche Radioaktivität — vor der wir unsere reproduktiven Organe nicht schützen können, zurückzuführen sind. Diese numerische Schätzung ist ziemlich ungenau, aber die Genetiker stimmen darin überein, daß es sich um die richtige Größenordnung handelt.

Außerdem sind die Vererbungsforscher übereinstimmend der Ansicht, daß jede weitere hochenergetische Bestrahlung der menschlichen reproduktiven Zellen die Anzahl der Mutationen und die Anzahl der mit Schäden geborenen Kinder der

künftigen Jahre vermehrt und daß diese Vermehrung ungefähr proportional ist der Höhe der Strahlenaussetzung.

Die Explosion der Kernwaffen in der Atmosphäre setzt radioaktive Spaltprodukte — Cesium 137, Strontium 90, Jod 131 und viele andere — frei. Dazu kommt, daß die aus der Explosion stammenden Neutronen sich mit Stickstoffkernen in der Atmosphäre verbinden, um eine große Anzahl radioaktiver Isotope des Kohlenstoffs, Kohlenstoff 14, zu bilden, der dann in die organischen Moleküle jedes menschlichen Wesens aufgenommen wird. Diese radioaktiven Spaltprodukte schädigen heute die Gesamtheit der menschlichen Erbfaktoren und verursachen ein Anwachsen der Zahl der mit Schäden geborenen Kinder.

Kohlenstoff 14 verdient unsere besondere Beachtung. Es wurde vom sowjetischen Wissenschaftler O. I. Leipunsky im Jahre 1957 darauf hingewiesen, daß dieses radioaktive Produkt der Atombombentests der menschlichen Rasse mehr genetischen Schaden zufügen wird als die radioaktive Ausschüttung (Cesium 137 und andere Spaltprodukte), falls die menschliche Rasse die 8000jährige durchschnittliche Lebensdauer des Kohlenstoff 14 überlebt. Weitgehend übereinstimmende zahlenmäßige Schätzungen der genetischen Wirkungen des aus Bombentests stammenden Kohlenstoff 14 wurden unabhängig voneinander von mir und den Doktoren Totter, Zelle und Hollister von der US Atomic Energy Commission vorgenommen. Besonders bezeichnend ist dabei die Tatsache, daß die sogenannten „sauberen" Bomben, die hauptsächlich auf der Kernverschmelzung beruhen, beim Versuch per Megatonne mehr Kohlenstoff 14 erzeugen als die normalen Bomben auf Grund der Kernspaltung oder die Bomben des Spalt-Verschmelzung-Spalt-Prozesses.

Eine vor kurzem gemachte Studie von Reidar Nydal vom Norwegischen Institut für Technologie in Trondheim zeigt das Ausmaß der Veränderungen der Erde durch die Kernwaffentests. Kohlenstoff 14, der von den kosmischen Strahlen erzeugt wird, ist normalerweise in der Atmosphäre, den Meeren und in der Biosphäre in einem Umfang enthalten, der ihn für ein bis zwei Prozent der von der hochenergetischen Strahlung verursachten genetischen Schäden verantwortlich macht. Nydal berichtet, daß sich der Kohlenstoff 14 in der Atmosphäre auf Grund der Atomwaffentests der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt hat und daß in wenigen Jahren der von den Menschen aufgenommene Kohlenstoff 14 zwei- oder dreifach über dem Normalwert liegen wird, mit einer dementsprechenden Erhöhung in der Mutationsrate der Gene und der Anzahl der mit Schäden geborenen Kinder.

Einige Leute haben darauf hingewiesen, daß die Zahl der auf Grund der Bombenversuche mit ernsten Schäden geborenen Kinder klein ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der mit Schäden behafteten Kinder, und haben vorgeschlagen, die genetischen Schäden der Bombenversuche außer Acht zu lassen. Ich jedoch habe, ebenso wie Dr. Schweitzer und viele andere, entgegnet, daß jeder einzelne Mensch wichtig ist und daß uns jedes zusätzliche Kind angeht, das durch unsere Taten in ein Leben des Leidens und des Elends hineingeboren wird. Präsident Kennedy sagte am 26. Juli 1963 in seiner Rundfunkansprache an das amerikanische Volk:

> „Der Verlust auch nur eines menschlichen Lebens oder die Mißbildung auch nur eines Kindes, das auf die Welt kommt, nachdem wir sie schon lange verlassen haben, sollte uns alle angehen. Unsere Kinder und Enkel sind nicht nur statistische Zahlen, denen gegenüber wir gleichgültig bleiben können."

Wir sollten wissen, wieviel mit Schäden behaftete Kinder auf Grund der Bombenversuche geboren werden. Während der letzten sechs Jahre habe ich mehrere

Versuche gemacht, diese Zahl zu schätzen. Meine Schätzungen haben sich von Jahr zu Jahr etwas verändert, soweit neue Informationen verfügbar wurden und die Fortsetzung der Bombenversuche die radioaktive Vergiftung der Erde erhöhte. Eine grundsätzliche Revision der Schätzungen wurde jedoch nicht nötig.

Ich schätze, daß ungefähr 100 000 lebensfähige Kinder mit starken physischen oder geistigen Schäden geboren werden, die von Cesium 137 und anderen Spaltprodukten der Bombenversuche von 1952 bis 1963 herrühren, und 1,5 Millionen mehr, falls die Menschheit überlebt, auf Grund des Kohlenstoff 14 dieser Atombombenversuche. Dazu kommt, daß die Todesrate von Embryos, Neugeborenen und in der frühen Kindheit wahrscheinlich auf das Zehnfache anwächst — ungefähr 1 Million durch Spaltprodukte und 15 Millionen durch Kohlenstoff 14. Eine noch größere Anzahl Kinder mag geringere Schäden durch die Bombentests davontragen. Diese geringeren Schäden, die, anstatt durch genetischen Tod zu verschwinden, von Generation zu Generation weitergegeben werden, mögen zusammengenommen mehr Leid verursachen als die wesentlicheren Schäden. Ungefähr fünf Prozent der Wirkungen der Spaltprodukte und 0,3 Prozent der Wirkung des Kohlenstoff 14 werden in der ersten Generation in Erscheinung treten. Das heißt, ungefähr 10 000 lebensfähige Kinder mit wesentlichen physischen oder geistigen Schäden und 100 000 Todesfälle in früher Kindheit, bei Neugeborenen oder im Embryonalstadium.

Diese Schätzungen stimmen im wesentlichen mit denen anderer Wissenschaftler und nationaler und internationaler Komitees überein. Sie sind alle sehr ungenau, infolge der Mangelhaftigkeit unserer Kenntnisse. Die Ungenauigkeit wird meistens damit ausgedrückt, daß man sagt, die tatsächlichen Zahlen mögen vielleicht nur ein Fünftel betragen oder auch fünfmal so groß sein. Aber die Fehlschätzungen können noch größer sein.

Außerdem ist bekannt, daß die hochenergetische Strahlung Leukämie, Knochenkrebs und einige andere Krankheiten verursachen kann. Die Wissenschaftler haben verschiedene Ansichten über die krebserzeugende Aktivität kleiner Bestrahlungsmengen, wie sie von der radioaktiven Ausschüttung und dem Kohlenstoff 14 erzeugt werden. Ich bin der Meinung, daß das aus Bombenversuchen stammende Strontium 90 Leukämie und Knochenkrebs hervorrufen kann, daß durch das Jod 131 Schilddrüsenkrebs und durch Cesium 137 und Kohlenstoff 14 diese und andere Krankheiten auftreten können. Ich schätze grob, daß auf Grund der Gesamtwirkung dieser radioaktiven Substanzen, die heute die Erde vergiften, ungefähr 2 Millionen Menschen fünf oder zehn oder fünfzehn Jahre früher sterben werden, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Atomversuche nicht stattgefunden hätten. Die Schätzung des US Federal Radiation Council aus dem Jahre 1962 gibt von 0 bis 100 000 Todesfälle infolge Leukämie und Knochenkrebs an, die allein in den Vereinigten Staaten durch die Bombentests bis Ende 1961 verursacht wurden.

Wir können dankbar dafür sein, daß durch Unterzeichnung des Vertrages von 1963 die meisten Nationen der Welt sich verpflichtet haben, keine Tests in der Atmosphäre durchzuführen. Aber welche Tragödie, daß dieser Vertrag nicht zwei Jahre früher abgeschlossen wurde! Von der bisherigen Gesamtzahl von 600 Megatonnen Atomtests sind drei Viertel, 450 Megatonnen, allein in den Jahren 1961 und 1962 zur Explosion gebracht worden. Die Unmöglichkeit, in den Jahren 1959, 1960 oder 1961 einen Vertrag abzuschließen, führen die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion auf die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Inspektionsmethoden von Untergrundtests zurück. Diese Meinungsverschiedenheiten wurden 1963 nicht gelöst, aber es wurde ein Vertrag über den Teststop in der Atmosphäre abgeschlossen. Welche Tragödie

für die Menschheit, daß die Regierungen diese Lösung nicht angenommen hatten, bevor sie den schrecklichen Schritt zur Wiederaufnahme der Versuche im Jahre 1961 machten!

Ich werde nun die übrigen Teile der Petition zur Einstellung der Kernwaffenversuche vor sechs Jahren zitieren und besprechen:

> „Solange diese Waffen nur in den Händen von drei Mächten sind, erscheint eine Kontrollvereinbarung möglich. Falls die Bombentests fortgesetzt werden und weitere Regierungen in den Besitz dieser Waffen kommen, wird die Gefahr einer atomaren Kriegskatastrophe durch die rücksichtslose Aktion eines verantwortungslosen nationalen Führers rasch anwachsen.
>
> Eine internationale Vereinbarung, die Kernwaffenversuche jetzt einzustellen, könnte als erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung und der schließlichen wirksamen Abschaffung der Kernwaffen dienen und dabei die Möglichkeit eines Atomkrieges abwenden, der für die ganze Menschheit zur Katastrophe würde.
>
> Gemeinsam mit unseren Mitmenschen sorgen wir uns um das Wohl aller Menschen. Als Wissenschaftler kennen wir die vorhandenen Gefahren und haben deshalb eine besondere Verantwortung, diese Gefahren bewußt zu machen. Wir halten es für unerläßlich, daß in sofortiger Aktion eine internationale Vereinbarung erreicht wird, um alle Kernwaffenversuche einzustellen."

Wie zwingend ist dieses Argument? Würde ein großer, mit den vorhandenen Kernwaffen geführter Krieg für die gesamte Menschheit zur Katastrophe werden?

Ein Blick auf das Wesen der Kernwaffen und das Ausmaß der Vorräte gibt uns die Antwort: Sie heißt Ja.

Eine einzige 25-Megatonnenbombe kann im wesentlichen jede Stadt auf dieser Erde zerstören und die meisten ihrer Einwohner töten. Tausende dieser großen Bomben wurden hergestellt, zusätzlich die Träger, sie zum Einsatz zu bringen.

Eine genaue Information über die vorhandenen Kernwaffenvorräte gibt es nicht. Die Teilnehmer der 6. Pugwash-Konferenz im Jahre 1960 schätzten sie auf 60 000 Megatonnen. Das ist 10 000mal mehr als alle Sprengkörper, die während des Zweiten Weltkrieges benutzt wurden. Das heißt, daß der Weltvorrat an militärischen Sprengkörpern sich seit 1945 im Durchschnitt jedes Jahr verdoppelt hat. Meine Schätzung für das Jahr 1963, die eine ständige Weitererzeugung von Atomwaffen während der vergangenen drei Jahre in Rechnung stellt, beläuft sich auf 320 000 Megatonnen.

Glaubwürdig wird sie durch die folgenden Tatsachen. Am 12. November 1961 berichtete der US-Verteidigungsminister, daß das US Strategic Air Command zu dieser Zeit über 630 B-52, 55 B-58 und 1000 B-47, zusammen 1685 Großbomber verfügte. Diese Bomber können im Durchschnitt 50 Megatonnen tragen — zwei 25-Megatonnen-Bomben für jedes Bombenflugzeug. Demgemäß tragen diese 1685 Interkontinentalbomber eine Bombenlast von 84 000 Megatonnen. Ich glaube nicht, daß man damit kommen kann, daß für diese Bomber die Bomben nicht existieren. Der Verteidigungsminister erklärte weiter, daß die Vereinigten Staaten noch über 10 000 andere Flugzeuge und Raketen besäßen, die in der Lage sind, Atombomben in Megatonnengröße zu tragen. Die Gesamtziffer der von der Sowjetunion getesteten Atombomben in Megatonnengröße ist doppelt so hoch wie die der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, und so haben wahrscheinlich auch die Sowjets einen riesigen Bombenvorrat, vielleicht beläuft er sich auf ein Drittel oder die Hälfte des amerikanischen.

Die Bedeutung der Gesamtziffer von 320 000 Megatonnen an Kernwaffen möge durch folgendes zu Bewußtsein gebracht werden: Wenn morgen ein 6-Megatonnen-Krieg stattfinden würde(das ist an Explosivkraft gleich dem Zweiten Weltkrieg) und den darauf folgenden Tag ein Zusammenstoß in der gleichen Größe

und so weiter Tag für Tag, dann würden in 146 Jahren die gegenwärtigen Atomvorräte aufgebraucht sein. Tatsächlich aber ist es möglich, daß diese Vorräte an einem einzigen Tag eingesetzt werden, dem Tag des Dritten Weltkrieges.

Viele Untersuchungen sind von Wissenschaftlern über die wahrscheinlichen Folgen hypothetischer Atomangriffe gemacht worden. Eine davon, von der die 1957er Hearings vor dem Special Subcommittee on Radiation des Joint Committee on Atomic Energy des US-Kongresses berichten, geht davon aus, daß die Bevölkerung, die Industriezentren und militärischen Einrichtungen der Vereinigten Staaten mit 250 Bomben in der Gesamtstärke von 2500 Megatonnen angegriffen werden. Die dabei geschätzten Ausfälle, die hinsichtlich des Bevölkerungswachstums seit 1957 korrigiert wurden, belaufen sich 60 Tage nach dem Angriff auf 98 Millionen Tote (von einer Bevölkerungszahl von 190 Millionen Amerikaner), 28 Millionen Schwerverletzte, von den übrigen 70 Millionen würden viele kleinere Verletzungen und Strahlenschäden davontragen.

Das ist ein kleiner Atomangriff, bei dem ungefähr nur ein Prozent der vorhandenen Waffen benützt würde. Ein größerer Atomkrieg könnte ohne weiteres bedeuten, daß insgesamt 30 000 Megatonnen, also ein Zehntel der geschätzten Vorräte, über den Siedlungsgebieten der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der größeren europäischen Länder zur Explosion kommen. Die Studien von Hugh Everett II und George E. Pugh von der Abteilung für Auswertung der Waffensysteme des Instituts für Verteidigungsanalysen in Washington D. C., die in den 1959er Hearings vor dem Special Subcommittee on Radiation vorgelegt wurden, erlauben uns, die Ausfälle eines solchen Krieges abzuschätzen. Danach sind 60 Tage nach diesem Angriff von 800 Millionen Menschen dieser Länder 720 Millionen tot, 60 Millionen schwerverletzt und 20 Millionen andere Überlebende. Das Schicksal der Überlebenden beschreibt die folgende Erklärung von Everett und Pugh:

> „Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Gesamtzahl der Ausfälle nach 60 Tagen kein Hinweis auf die endgültige Todesziffer zu sein braucht. Solche verzögerte Auswirkungen, wie sie durch die Auflösung der Gesellschaft, den Zusammenbruch der Verkehrsverbindungen, die Vernichtung der Nahrungsmittel, durch genetische Schäden und die langsame Entwicklung der Strahlenvergiftung durch die Aufnahme radioaktiver Stoffe in den Körper eintreten, können die endgültige Verlustziffer bedeutend erhöhen."

Kein Streit zwischen den Nationen kann den Atomkrieg rechtfertigen. Es gibt keine Verteidigung gegen Kernwaffen, die nicht durch eine Steigerung des Angriffes überwunden werden könnte. Es wäre gegen die Natur des Krieges selbst, wenn sich die Nationen darauf einigen würden, nur „begrenzte" Kriege zu führen, nur „kleine" Kernwaffen zu verwenden. Selbst kleine Kriege sind heute gefährlich, weil die Wahrscheinlichkeit besteht, daß aus einem kleinen Krieg eine Weltkatastrophe erwächst.

Die einzige richtige Politik für die Welt ist die der Abschaffung des Krieges.

Das ist heute das erklärte Ziel der Atommächte und aller anderen Nationen.

(Schluß folgt)

Aus dem Amerikanischen von Dr. Rudolf Hilf

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer

Staatsschutz im Rechtsstaat (I)

Die Gedankengänge des folgenden Aufsatzes hat der Verfasser, Ordinarius für Strafrecht, Rechts- und Sozialphilosophie an der Universität Saarbrücken, u. a. auf der 10. Arbeitstagung des erweiterten Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen am 9./10. November 1963 in Frankfurt am Main vorgetragen.
D. Red.

Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich in Artikel 20 unseres Grundgesetzes als „demokratischer und sozialer Bundesstaat", oder wie es in Artikel 28 verdeutlichend heißt: als „republikanischer, demokratischer und sozialer Rechtsstaat".

Um zu bestimmen, welche Stellung und Aufgabe dem Politischen Strafrecht nach dem Leitbild eines solchen demokratischen Staates zukommt, müssen wir einleitend zunächst uns das Gegenbild der Stellung und Aufgabe des Politischen Strafrechts im autoritären Staat vergegenwärtigen, von dessen dunklem Hintergrund unsere eigene rechtsstaatliche Verfassung sich für alle Zeiten abheben und absetzen will.

I.

Im Unterschied zum demokratischen Staat, wie er in den freiheitlichen Demokratien des Westens die Treuebindung seiner Bürger ausschließlich auf den freigewählten und aufrechterhaltenen juristischen Status der Staatsangehörigkeit gründet, glaubt der autoritäre Staat, wie wir ihn selbst im Nationalsozialismus als alltägliche Wirklichkeit erlebt haben, daß der Bürger, oder besser Untertan dieses Staates ihm unbedingte Treue, ohne jede freie Wahl, als Angehöriger eines bestimmten Volkes oder gar einer bestimmten Rasse schulde; in totale Pflicht genommen schon durch die Tatsache, daß er äußerlich auf dem Boden dieses Volkes lebt, oder gar, daß innerlich Blut dieses Volkes in seinen Adern fließt.

So ist es nur folgerichtig, wenn dieser autoritäre Volksstaat oder Nationalstaat, der sich als Zweck an sich selbst: als autonom und autark, als Gesellschaft an sich in einer Welt für sich begreift, keinerlei Treuebindungen des einzelnen (Zwangs-) Untertanen dieses „über alles in der Welt" gesetzten Staates an außerstaatliche Normen oder überstaatliche Instanzen anerkennt. Treue schuldet der Untertan hier allein seinem Volke oder seiner Nation; weder wird demgegenüber so etwas wie die Treue des Einzelnen gegenüber seinem eigenen Gewissen, noch die Treue gegenüber irgendwelchen über das eigene Volk hinausweisenden allgemeinen Menschenrechten und -pflichten anerkannt.

Folgerichtig ahndet dieser sich absolut setzende, nach außen wie nach innen autoritär sich gebärdende Staat jede Verletzung dieser ausschließlichen Treuebindung an den eigenen Staat nicht nur dann als Verrat, wenn dadurch die äußere Sicherheit dieses Staates gegenüber der als „fremd" und „feindlich" vorausgesetzten Außenwelt gefährdet wird,, sondern auch dann, wenn dadurch die innere Ordnung dieses Staates gestört wird. Diese innere Ordnung eines autoritär: als Gewalt- und Willkürherrschaft errichteten Systems beruht in den autoritären Staaten der Gegenwart nicht mehr auf einer juristisch fixierten Verfassung, sondern auf dem politisch fixierten Bekenntnis einer bestimmten Partei, die, legal oder illegal „an die Macht gekommen", den gesamten Staatsapparat ausschließlich als Mittel zur Durchsetzung der nach dem Programm (: der Ideologie) dieser Partei vorgesetzten Zwecke gebraucht und mißbraucht, sei es auf legalem, not-

Der Verlag der unbequemen Literatur

Nonkonformismus: das kann ein blühendes Geschäft sein. Bei uns nicht. Wir bemühen uns nämlich seit 40 Jahren, ohne Deckung im Schußfeld der vordersten Frontlinie zu bleiben – ohne finanzielle Zuschüsse. Als Beweis mögen die folgenden Veröffentlichungen (vgl. nächste Seite) gelten:

GLOCK und LUTZ · NÜRNBERG

Hans Kühner
Index Romanus (DM 4,80)

Rolf Denecke
Und keiner sagt ihm seinen Weg (DM 12,80)

Léon Bloy
Tagebücher II / III (je DM 15,–)

Friedrich W. Foerster
Deutsche Geschichte (DM 25,–)

F. S. Grosshut
Staatsnot, Recht und Gewalt (DM 16,80)

Adolf Grote
Unangenehme Geschichtstatsachen (DM 8,50)

Friedrich Heer
Geschichte des Schreckens (DM 11,50)

Friedrich Kuhn
Berlin, Deutschland u. d. Konföderation
(DM 15,–)

Peter Nellen
Der Preis der Freiheit (DM 7,50)

Erich Przywara
Christ und Obrigkeit (DM 7,50)

Hans Rost
Fehlwege deutscher Geschichte (DM 15,–)

Karl Anton Rohan
Heiße Eisen (DM 19,80)

GLOCK und LUTZ · NÜRNBERG

unterwegs

eine evangelische Zeitbuchreihe

15 Erich Hoffmann

Hunger und Überfluß
Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Entwicklungsländern
und die Entwicklungshilfe
84 Seiten, geb. DM 4,50

16 Karl Kupisch

Ein Bischof meutert
Nicht in Deutschland, sondern Thomas Becket im englischen Mittelalter.
68 Seiten, geb. DM 4,–

17 Martin Schröter

Mut zur Liebe
Liebe - Ehe - Partnerschaft
120 Seiten, geb. DM 5,60

18 Dietrich Ritschl

Nur Menschen
Zur Negerfrage in den amerikanischen Südstaaten
112 Seiten, geb. DM 5,40

19 Ernst Wolf

Ordnung und Freiheit
Zur politischen Ethik des Christen
100 Seiten, geb. DM 5,40

20 Albertz, Lanzenstiel, Suchan, Fischer, Simon, Poelchau, Symanowski, Kloppenburg, Weckerling

via viatorum
Aufsätze zur Standortsbestimmung des Christen in der Öffentlichkeit
120 Seiten, geb. DM 5,80

21 Heinz-Dietrich Ortlieb

Die Legende vom Volkskapitalismus
Der bekannte Hamburger Volkswirt trägt bei zur aktuellen Diskussion über die Eigentumsbildung
76 Seiten, geb. DM 4,80

22 Fred Blum, Gerd Hirschauer, Heinz Raspini

Friede, Demokratie und Wirtschaft
Herausgegeben von dem bekannten ev. „Arbeiterpriester" Horst Symanowski
120 Seiten, geb. DM 5,80

23 Schalom Ben-Chorin

Der unbekannte Gott
Ein jüdischer Beitrag zum Atheismus heute.
70 Seiten, geb. DM 4,60

Käthe Vogt Verlag · 1 Berlin 19

Soeben erschienen!

Indisches Bilderbuch

Von **Gerhard Gollwitzer**
(Professor an der Staatlichen Akademie der bildenden Künste Stuttgart.)

Es geschieht nicht oft, daß ein Künstler zu fremden Völkern reist, um sich in deren Eigenarten, in fremde Bräuche und – wie es hier vor allem geschieht – in deren Seele zu vertiefen. Gerhard Gollwitzer hielt nicht als reisender Fotograf an den sonst üblichen Haltepunkten oberflächliche Bilder und Eindrücke fest, er mengte sich vielmehr unter das Volk, so wie es leibt und lebt, und belauschte die geheimen Kräfte dieses mit der Natur so verwurzelten Volkes. Die europäische, aber auch eine schwärmerische Brille ließ er zu Hause. Für ihn war in erster Linie der indische Mensch, seine Religion, seine Kunst und sein Land von Interesse. Gerhard Gollwitzer hat all das, was ihm begegnete, festgehalten, nicht mit der Kamera, sondern mit dem Skizzenbuch. Hier zeigt er sich als Künstler, der es versteht, tiefer zu sehen, reichhaltiger zu erfassen, die zwar oft beschriebenen, aber so selten beachteten Schwingungen von Mensch zu Mensch, von Kreatur zu Kreatur, in kraftvollen Zeichnungen lebendig werden zu lassen.
Die reizvollen Bilder werden durch einen leicht verständlichen Text, der zugleich als Erläuterung und Beschreibung dient, in ihrer einmaligen Wirkung vertieft. Dadurch wird das Buch zu einem Indienführer besonderer Art.
136 Seiten mit über 70 Zeichnungen, Format 20,5 × 21,5 cm, gebunden 19,80 DM.

J. FINK VERLAG · 7 STUTTGART W
REINSBURGSTRASSE 35 B.

falls aber auch auf dem illegalen Wege reiner Gewalt- und Willkürmaßnahmen, unter Ausschließung aller anderen möglichen politischen Bekenntnisse und Anschauungen. Es ist darum nur folgerichtig, wenn dieser nicht auf eine allgemeine juristische Verfassung, sondern auf ein bestimmtes politisches Bekenntnis sich gründende autoritäre Staat der Gegenwart, ebenso wie der frühere, auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis sich gründende klerikale Staat des Mittelalters, auch die staatliche Justiz, wie jener die kirchliche Justiz, als ein Mittel versteht, wie früher ein bestimmtes religiöses, so jetzt ein bestimmtes politisches Bekenntnis seiner Untertanen durchzusetzen.

Genau entsprechend zu den Erscheinungen der mittelalterlichen religiösen Inquisition gegen Ketzer und Andersgläubige wird im autoritären Staat der Gegenwart somit das Politische Strafrecht, über seine klassische Funktion als Schutz gegen Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates hinaus, zum Instrument der politischen Inquisition gegen Ketzer und Andersgläubige schlechthin, gegen jeden Untertan also, der sich dem durch die machthabende Partei als allgemein verbindlich behaupteten und geforderten Credo äußerlich oder auch nur innerlich widersetzt. Damit aber wird die Politische Justiz in allen autoritären Staaten zu einem unter dem Schein der äußeren Legalität gehandhabten Instrument zur Vernichtung oder zumindest Einschüchterung des politischen Gegners, mit Mitteln des Gewissenszwangs und des Gesinnungsterrors gegen jeden, der sich dem von der Partei-Ideologie geforderten Bekenntnis nicht von selbst innerlich unterwirft oder doch zumindest äußerlich, ohne aufzufallen, in allem was er tut und läßt, anbequemt. In solchen autoritären Staaten hat somit nicht nur der das sogenannte Licht der Öffentlichkeit zu scheuen, der der Verfassung oder den Gesetzen des Landes zuwiderhandelt, sondern schon der, der mit der öffentlichen „politischen Linie" nicht übereinstimmt; der nicht, wo immer dies von ihm in Worten oder Taten gefordert wird, in das offizielle politische Bekenntnis mit einstimmt. Ein solcher Staat wird darum über kurz oder lang, wie wir dies im nationalsozialistischen Staat beobachten konnten, nicht nur die klassischen Staatsschutzdelikte: den Hoch- und Landesverrat, immer entschiedener nicht mehr nur gegen den wirklichen Feind des eigenen Staates gebrauchen, sondern auch gegen den bloßen Gegner der eigenen Politik, den „Feind" der Partei, ja auch nur den Zweifler an der über jeden Zweifel erhabenen, für sakrosankt erklärten und mit dem Staatswohl gleichgesetzten Ideologie.

Nicht zufällig erlangt darum in den Gesetzgebungsarbeiten der nationalsozialistischen Zeit der Hochverrat wie der Landesverrat als innerer oder äußerer Angriff auf die „materielle Lebensordnung des Volkes" einen veränderten Inhalt. Eine „zwangsläufige Entwicklung", wie gesagt wird, „die sich daraus ergibt, daß im Mittelpunkt der Lebensordnung des Volkes nicht mehr eine Staatsapparatur, sondern eine deutsche Weltanschauung, der Nationalsozialismus, steht."

Nach dem damaligen Entwurf sollte sich daher wegen Hochverrat strafbar machen nicht nur, „wer gewaltsam die organisatorischen Grundpfeiler des Reiches zu erschüttern sucht," sondern ebenso, wer „die zentrale und entscheidende einzigartige materielle Stellung der Bewegung in Volk und Staat, wer die Grundlagen der Rassenpolitik, wer die Politik der Verankerung des Bauern am Boden, wer die Arbeitsgemeinschaft im Arbeitsleben des Volkes gewaltsam zu erschüttern und etwa durch die Politik einer Mehr-Parteien-Grundlage des Staates, einer Leugnung rassischer Staats- und Volksaufgaben, einer Merkantilisierung des Bauerntums durch Lösung der Bindung von Blut und Boden, einer Klassenkampfpropaganda im Arbeitskampf der Nationen gewaltsam zu ersetzen sucht."

Wie hier, können wir in allen autoritären Staaten, in Ost und West, dieselbe allmähliche Ausweitung, ja Ausuferung des Politischen Strafrechts, über den

klassischen Staatsschutz hinaus, in eine immer schrankenlosere und hemmungslosere allgemeine politische Inquisition beobachten, die jeden tätlichen oder auch nur wörtlichen Angriff auf die offizielle Ideologie dieser Gesellschaft als ideologische Zersetzung von innen (sog. Diversion) oder ideologische Unterwanderung von außen (sog. Subversion) mit schwersten kriminellen Strafen belegt.

An die Stelle des früheren Treuebruchselements im „Verrat" tritt darum auch im Politischen Strafrecht des nationalsozialistischen Staates nicht zufällig ganz allmählich und unmerklich der Gedanke der „weltanschaulichen Zersetzung", die — wie es heißt —: „Volk und Reich in der Wurzel bedroht."

Ein Hochverräter ist nun nicht mehr nur „der Staatsfeind, der den Staat offen bekämpft", sondern auch der „staatsfeindliche Agent, der ... Partei, Polizei und Wehrmacht von innen her zu zersetzen sucht". Ein Landesverräter ist nicht mehr nur „der Helfershelfer fremder Spione", sondern auch „der Emigrant, der das deutsche Volk in der ausländischen Presse beschimpft", der „Miesmacher, der in den entscheidenden Augenblicken unserer Geschichte eine Panikstimmung zu erzeugen versucht".

Es ist einleuchtend, daß in einem solchen „sozial-autoritären" Strafrecht, dem es als „Rüstzeug der Volksgemeinschaft" ausschließlich auf das „Reinigungs- und Schutzbedürfnis des deutschen Volkes" ankommt, die Eindeutigkeit der gesetzlichen Bestimmungen vor allem auf dem Gebiete des Politischen Strafrechts allenfalls als ein Übel empfunden wird. Folgerichtig tritt darum an die Stelle des rechtsstaatlichen Prinzips: „nulla poena sine lege" (: keine Strafe ohne Gesetz) die Parole: „Dem Volke sein Recht!", gehobener ausgedrückt der Grundsatz: „nullum crimen sine poena" (: kein Verbrechen ohne Strafe). Aus dieser gewandelten Grundauffassung von der reinen „Schutz- und Reinigungsfunktion des Strafrechts" wird ausdrücklich nun auch eine andere Tatbestandstechnik unserer Gesetze gefordert, als deren Leitgedanken Freisler, auch hier unübertroffen deutlich, formuliert: „Normative Tatbestände, Generalklauseln, Zulassung der Analogie, Anerkennung des gesunden Volksempfindens als Rechtsquelle neben dem Gesetz." Darum werden von den konsequenten Verfechtern eines solchen sozialautoritären Strafrechts für das Gebiet des Politischen Strafrechts schlechthin nur mehr Generalklauseln gefordert und wird dem Richter bis zu ihrer Einführung einstweilen geraten, „sich schon jetzt gegebenenfalls über den Wortlaut des Gesetzes hinwegzusetzen". Als Formel einer solchen Generalklausel für den Landesverrat etwa wird von einem der prominentesten Vertreter der Strafrechtswissenschaft jener Zeit allen Ernstes vorgeschlagen: Jeder Deutsche macht sich des Landesverrats schuldig, „wenn er durch sein Verhalten die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde des deutschen Volkes gefährdet".

Wir tun heute gut daran, uns gerade im Politischen Strafrecht der Herkunft solcher Forderungen wie der des absoluten Vorrangs der Schutzfunktion der Strafgesetze vor der Garantiefunktion, der Forderung nach normativer Fassung der Tatbestände oder gar der Einführung von Generalklauseln, aber auch des Ursprungs eines Denkens zu erinnern, das den Begriff der „weltanschaulichen": der ideologischen „Zersetzung" zum Leitgedanken allen Politischen Strafrechts erklärt. Wir werden vor diesem düsteren Hintergrund besser verstehen, warum 1957 der Abgeordnete Dr. Bucher, unser heutiger Justizminister, bei der Lesung des inzwischen Gesetz gewordenen 4. Strafrechtsänderungsgesetzes sich gegen den damit fortgesetzten Abbau des Rechtsstaates und der Rechtsstaatlichkeit unseres Politischen Strafrechts auflehnt und mit leidenschaftlichen Worten gegen diesen Gesetzentwurf angeht:

> „Wir lesen hier von ‚gröblich entstellten Behauptungen', von der ‚Untergrabung der pflichtgemäßen Bereitschaft', von der ‚Gefährdung der Schlag-

kraft der Truppe' usw., — alles Redewendungen, die doch ein Unlustgefühl bei uns hervorrufen. Der jetzige und frühere Herr Bundesjustizminister haben versichert, daß man hier keineswegs, wie es teilweise behauptet wurde, etwa aus dem Heimtückegesetz oder aus dem Gesetz gegen die Wehrkraftzersetzung unseligen Angedenkens abgeschrieben habe ... Aber diese ganze Art der Terminologie ist uns nun einmal widerwärtig geworden und sie gefährdet vor allem die Entwicklung und das System unseres Strafrechts ... Von dieser Knochenerweichung des Strafrechts sollten wir wieder abkommen und uns an den Satz ‚keine Strafe ohne Gesetz', nicht nur in formellem Sinne, sondern auch in dem materiellen Sinne halten, daß wir klare Straftatbestände schaffen, so wie es früher der Fall war. Ich gebe zu, daß dieser Gesetzentwurf nicht etwa der erste Schritt auf dem Wege zu einer solchen Knochenerweichung seit 1945 ist, sondern leider Gottes haben wir auf diesem Wege schon einige Schritte zurückgelegt; aber ich nehme einmal die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen und zur Umkehr zu mahnen, solange es noch Zeit ist."

Diese Mahnungen können wir mit Blick auf das gegenwärtige wie das künftige Politische Strafrecht unserer Bundesrepublik Deutschland auch heute nicht ernst genug nehmen.

Das hiermit einleitend in knappem Umriß gezeichnete Gegenbild der autoritären Entartung des Staates zur „Gewalt- und Willkürherrschaft", in dem auch das Politische Strafrecht zum bloßen Mittel des psychischen Terrors und der physischen Liquidation der Andersdenkenden und Andersgläubigen pervertiert, ist gleichsam das negative Leitbild, gegen das die Verfassung unseres Staates, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, nach der Absicht ihrer Väter ein für allemal sich abheben und absetzen will.

Wie aber ist, so haben wir nun zu fragen, positiv die Stellung und Aufgabe des Politischen Strafrechts in einem Staat wie dem unseren zu bestimmen, der sich als „demokratischer" Staat im Sinne der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie des Westens bekennt? Kurz, was heißt das positiv: „Staatsschutz im Rechtsstaat", als der unser neuer Staat mit einer letzten Entschiedenheit und Unbedingtheit gegen den Unrechtsstaat, aus dem wir herkommen, für alle Zeiten in seiner Verfassung sich abzusichern trachtet?

II.

Rechtsstaat heißt weder der einfach auf Gesetze (im formellen oder materiellen Sinne) gegründete Staat: der Gesetzesstaat; noch der einfach auf die Justiz (als sog. dritte Gewalt) gegründete Staat: der Justizstaat (oder wie wir heute polemisch auch sagen: der Rechtswegestaat), sondern der in allen seinen Gewalten materiell wie formell durch das Recht begründete und begrenzte Staat. Nur dieser Staat, dessen sämtliche Gewalten: die Legislative, die Exekutive wie die Justiz dem Recht unterworfen sind, verdient nach unserem heutigen Verständnis den Namen Rechtsstaat.

Nach einer solchen Auffassung sind nicht einfach Exekutive und Justiz an das von der Legislative geschaffene Gesetz und das in diesem Rahmen selbstgeschaffene (etwa Verordnungs-) Recht gebunden, sondern ist selbst die Legislative an bestimmtes, ihrer Verfügung entzogenes Recht gebunden, wie dies in unserer Verfassung etwa in Hinsicht auf die nach Artikel 79 für unabänderbar erklärten Verfassungsgrundsätze der Artikel 1 und 20 GG bestimmt ist, aber auch in bezug auf die nach Artikel 25 zum Bestandteil des Bundesrechts erklärten „allgemeinen Regeln des Völkerrechts" angenommen werden muß. In einem solchen, selbst in seiner gesetzgebenden Gewalt bestimmten, seiner Verfügung entzogenen Grund-

sätzen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Rechts unterworfenen Rechtsstaat ist der Staat, im Unterschied zum Nationalstaat einer vergangenen Zeit (wie dem Gesetzesstaat der Weimarer Republik oder dem Machtstaat des sog. Dritten Reiches) nicht mehr in der Lage, in absoluter Souveränität durch seine Legislative selbst das Recht sich zu schaffen, wie immer es der von ihm berufene Gesetzgeber, sei er ein Parlament, sei er ein von diesem ermächtigter Diktator, will.

Entsprechend ist auch der Bürger eines solchen Rechtsstaates nicht mehr zum bedingungslosen und ausschließlichen Gehorsam verpflichtet gegenüber dem Staat als solchem, ohne Rücksicht darauf, ob die Staatsmacht sich als Rechtsstaat betätigt oder aber selbst zur reinen „Gewalt- und Willkürherrschaft" entartet; auch er ist vor allem anderen an das Recht, und das heißt, mit Vorrang vor allem bloß innerstaatlichen Gesetzes- und Gewohnheitsrecht, an die fundamentalen Rechtsgrundsätze unserer Verfassung selbst, wie die elementaren Regeln des Völkerrechts gebunden, welche nach Artikel 25 unseres Grundgesetzes allen innerstaatlichen Gesetzen vorgehen und „Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes" erzeugen. Im Unterschied zum autoritären Staat aller Schattierungen schuldet der Bürger in unserem als freiheitliche Demokratie verbürgten Rechtsstaat Gehorsam so vor allem andern dem Recht, auch und gerade dann, wenn der Staat in seinen Gewalten rechtswidrig handelt. Die Loyalität, die so von ihm gefordert wird, ist niemals mehr eine ausschließliche und alle anderen Loyalitätsbindungen ausschließende gegenüber dem eigenen Staat, sondern ist, wo immer der Staat mit dem für ihn selbst verbindlichen vorstaatlichen und zwischenstaatlichen Recht, auf das er als Rechtsstaat gründet, sich in Widerspruch setzt, die Loyalität gegenüber dem Recht, notfalls gegen den eigenen, zum Unrechtsstaat sich verkehrenden Staat. Die Treue, die der Bürger im Rechtsstaat schuldet, ist so, kurz gesagt, vor allem andern die Rechtstreue, durch die er zur Staatstreue nur so lange und so weit verpflichtet ist, als dieser Staat selbst sich Rechtsstaat nicht nur nennt, sondern ist.

Aus dieser Ausweitung der bisherigen einseitigen Loyalitätsbindung des Untertanen an den autoritären Staat, zur umfassenden Loyalitätsbindung des Bürgers im freiheitlich-demokratischen Staat auch an das der Verfügung der staatlichen Obrigkeit entzogene Verfassungsrecht und Völkerrecht, ergeben sich überaus weitreichende Folgerungen schon für die klassischen Staatsschutzdelikte des Politischen Strafrechts, den Hoch- und Landesverrat, wie sich etwa in unserer heutigen, gegenüber der so verhängnisvollen Gerichtspraxis der Weimarer Republik völlig veränderten Rechtsauffassung zur damals heiß umstrittenen Frage einer Strafbarkeit des Verrats sogenannter illegaler Staatsgeheimnisse als Landesverrat beispielhaft zeigt.

Nehmen wir einmal an, um dies an einem Beispiel anschaulich zu machen, es würden in unserer Bundesrepublik Deutschland von bestimmten Kreisen oder Stellen, sei es innerhalb oder außerhalb der Regierung, Vorbereitungen zu einer kriegerischen „Lösung" der Frage der Wiedervereinigung oder zur Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete durch einen Grenzkrieg getroffen. Da beides Handlungen wären, die (wie das Grundgesetz in Artikel 26 sagt): „geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören", ja „die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten", womit sie eindeutig gegen unsere Verfassung verstießen, könnten alle zur Vorbereitung und Durchführung solcher nach unserem Grundgesetz verfassungswidrigen Handlungen erlassenen Befehle und Anordnungen nicht nur keine Rechtskraft für den einzelnen Staatsbürger erlangen; er handelte im Gegenteil selbst rechtsmäßig, wenn er, notfalls durch Flucht in die Öffentlichkeit, gegen solche Maßnahmen unseres Staates mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sich zur Wehr setzte. Kann doch das „Staatswohl"

eines Rechtsstaates niemals durch die Abwehr völkerrechtswidriger Staatshandlungen getroffen, sondern allenfalls dadurch der Staat als Rechtsstaat wieder hergestellt werden, weshalb heute nach fast einhelliger Meinung ein Verrat illegaler Staatsgeheimnisse in unserem auf das Recht gegründeten Staat schon dem Begriffe nach nicht als Verrat von Staatsgeheimnissen bezeichnet und als Landesverrat bestraft werden kann. Insoweit gibt es in der Tat, um ein Wort Hannovers aufzunehmen, so etwas wie „loyalen Landesverrat".

III.

Über diesen klassischen Staatsschutz gegen Hoch- und Landesverrat hinaus, der auch, ja gerade in einem demokratischen Rechtsstaat gewährleistet sein muß, um jede gewaltsame Errichtung einer Gewalt- und Willkürherrschaft, damit seine Verkehrung in einen autoritären Machtstaat auszuschließen, gewinnt das Politische Strafrecht mit dem Ausbruch des sogenannten Kalten Krieges auch im demokratischen Staat eine ihm bisher unbekannte Funktion. Es wird, wie der Sprecher der Parlamentsmehrheit zu den Bestimmungen über die Staatsgefährdung durch das Erste Strafrechtsänderungsgesetz 1951 sagte: zur „Waffe, die geschmiedet wurde, um im Kalten Krieg zu bestehen". Unversehens wird damit auch in kostitutionellen Demokratien des Westens die Politische Justiz zu einem ideologischen Instrument in jenem „Kriege", der zwischen den zu Blöcken erstarrten Weltsystemen hin und her geht, die beide zwar der im Atomzeitalter selbstmörderisch gewordenen militärischen Auseinandersetzung des heißen Krieges ausweichen, jedoch von beiden Seiten, über die traditionelle Spionage- und Agententätigkeit hinaus, auf die lautlose und gewaltlose Unterwanderung der ideologischen Bastion des Gegners hinarbeiten, sei es, um von innen einen Umsturz des gegnerischen Systems vorzubereiten, sei es, um den Vorwand zu einem Eingreifen von außen zumindest da zu gewinnen, wo eine solche Verschiebung der Interessensphäre nicht unmittelbar zum atomaren Engagement der anderen Seite führen muß. Durch diesen Kalten Krieg zwischen den heutigen Weltsystemen in Ost und West, in den auch die freiheitlichen Demokratien des Westens hineingezogen sind, entstehen für diese Gefahren einer Ausuferung und Entartung der Politischen Justiz, die eine nicht geringere Bedrohung unserer freiheitlichen Ordnung darstellen als die durch den ideologischen Gegner von außen. Entsteht damit doch selbst in den alten Demokratien, wie die Ketzerverfolgung des MacCarthianismus in Amerika erschreckend deutlich machte, eine doppelte Verführung und Versuchung, die zur Anwendung autoritärer Mittel und zur Setzung totalitärer Ziele im Übereifer der Verteidigung der Freiheit mit Waffen der Unfreiheit führen kann.

Sie liegt einmal in der Verführung zur Imitation der autoritären Methoden des ideologischen Gegners, nach dem vordergründig so hilfreich erscheinenden Rat der Leute, die meinen, „man könnte den Kampf mit den totalitären Mächten nur bestehen, indem man, wie sie sagen, noch härter sei als jene". Solchen rein aus der Staatsräson argumentierenden Köpfen ist auch in der Politischen Justiz jede Gewalt und Willkür recht, ohne Rücksicht darauf, ob sie, wie bereits Kant für jede auf „Prinzipien des Rechts gegründete Politik" fordert, mit der Moral und dem Recht „in Einklang" steht, die mit solchen Mitteln verteidigt werden sollen. Schon Güde hat in seinem mutigen Vortrag über „Probleme des politischen Strafrechts" (1957) gegenüber dieser rein der Macht vertrauenden Haltung und Gesinnung erklärt: „Ich für meinen Teil glaube nicht an die Möglichkeit solcher Konkurrenz im Bösen, auch nicht an ihren Erfolg. Nicht nur die Ehre unseres Staates, sondern seine Chance im Werben um die freie Zustimmung seiner Bürger besteht darin, daß er sich von der Unfreiheit so deutlich wie möglich unterscheidet".

Über diese Verführung zur Nachahmung der autoritären Methoden des ideologischen Gegners hinaus droht damit zugleich aber auch die Gefahr einer allmählichen und unmerklichen Übernahme der totalitären Ziele gleichsam unter umgekehrtem Vorzeichen.

Entsteht doch, entgegen dem Wesen der freiheitlichen pluralistischen Demokratie, die den Staat nicht als bloßes Mittel zum Zwecke der Verwirklichung einer einzigen ausschließlichen und alle anderen durch ihren Totalitätsanspruch ausschließenden Ideologie begreift, sondern grundsätzlich allen Ideologien zumindest insoweit im politischen Leben Raum gibt, wie diese sich mit der Verfassung vereinbaren lassen, durch den Zwang zur ideologischen Auseinandersetzung im Kalten Kriege die ständige Versuchung, das gesamte öffentliche Leben im Aufbau einer militanten Antiideologie gegen den politischen Gegner zu ideologisieren und dazu auch das Instrument der Politischen Justiz einzusetzen, um diese negative Ideologie (im Westen: die anti-kommunistische) auch gegenüber den andersdenkenden Mitgliedern der eigenen Gesellschaft durchzusetzen. Auf diese Weise entsteht auch in den freiheitlichen Demokratien des Westens, soweit sie an diesem Kalten Kriege, wie wir, teilnehmen, die Gefahr einer latenten und permanenten politischen Inquisition gleichsam mit negativem Vorzeichen. Im Unterschied zu den autoritären Staaten, die ihre Politische Justiz als Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten positiven Ideologie der an die Macht gelangten (Ein-) Partei benutzen, geraten damit die nach ihrer Verfassung demokratischen Staaten in den Sog einer Entwicklung, die sie dazu verführt, ihre Politische Justiz zumindest als Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten negativen Ideologie zu gebrauchen, nicht nur gegen wirklich verfassungsfeindliche und staatsgefährdende Bestrebungen und Strömungen, sondern auch gegen verfassungstreue Bürger dieses Staates, die sich dieser Politik des Kalten Krieges widersetzen und als überzeugte Christen oder Sozialisten an Vereinigungen sich beteiligen und Bestrebungen fördern, die eine von unserer Verfassung nicht verbotene, sondern durch Artikel 26 allenfalls gebotene pazifistische oder auch nur neutralistische Politik verfolgen.

Zu dieser für jede freiheitliche Demokratie unverzichtbaren Freiheit zum Nonkonformismus auch in der politischen Überzeugung und Betätigung ihrer Bürger, ohne Rücksicht auf deren Opportunität vom Standpunkt einer bestimmten Regierungs- oder Parteipolitik, erklärt unmißverständlich schon Güde: „Daß im Non-konformismus eine Gefahr enthalten sein, daß er Ansatzpunkte für ‚fünfte Kolonnen' bieten, daß er im Vergleich zu totalitären Systemen sich auch als Schwäche darstellen kann — das alles ist offenkundig, aber ebenso evident ist die Entscheidung unserer Verfassung für den Nonkonformismus. Erzwungener Konformismus ist ja das Kennzeichen totalitärer Staaten. Jede Anwendung des Politischen Strafrechts, welche die in unserem Nonkonformismus zwangsläufig enthaltene Gefahr ausräumen will, indem sie den Nonkonformismus beseitigen oder beschränken will, ist daher falsch, selbst wenn die dabei angewandten Subsumtionen formal zutreffend sein sollten".

Aus dieser auch heute noch fortdauernden Situation des Kalten Krieges ergeben sich für die Gestaltung und Handhabung der Vorschriften des Politischen Strafrechts aus dem Geist unserer vor dem Aufleben dieses ideologischen Krieges entstandenen rechtsstaatlichen Verfassung erhebliche Probleme, von deren verfassungskonformer Lösung nicht nur durch Gesetzgebung und Rechtssprechung, sondern nicht zuletzt auch durch die Rechtswissenschaft es abhängen wird, ob die sich in den vergangenen Jahren abzeichnende Ideologisierung unseres öffentlichen Lebens unter dem Banner einer militanten Antiideologie wieder aufgefangen wird, oder aber unseren Staat in eine zunehmend autoritäre Entwicklung

hineindrängen wird, wie sie unter ähnlichen Vorzeichen schon einmal die Weimarer Republik am Ende in eine antikommunistische Diktatur hineingeführt hat. War doch die ursprüngliche Basis, auf der jene faschistische Diktatur scheinbar legal errichtet wurde, zunächst nicht positiv: die nationalsozialistische Ideologie, sondern rein negativ: die alle „vaterländischen Kräfte" vereinende antikommunistische Ideologie. Auch damals wurden zunehmend, am Ende ohne Unterschied ihrer politischen Färbung, auch rein neutralistische oder pazifistische Strömungen und Bestrebungen als „kommunistisch" oder doch „vaterlandslos" diffamiert und so ihr Widerstand gegen die heraufkommende „Politik der Stärke" mit Mitteln des Politischen Strafrechts unterdrückt und am Ende ausgeschaltet.

Die Wiederkehr auch nur feinster Spuren solchen Ungeistes muß jeden, dem es mit der Verteidigung unserer Ordnung der Freiheit ernst ist, schrecken und uns alle heute, die wir wissen, was „danach kam", hellsichtig machen für die Gefahren, die hier lauern. Ihnen werden wir nur, wie schon der damalige Abgeordnete Dr. Bucher so beredt gefordert hat, durch eine entschlossene „Umkehr" auf dem seit 1951 mit den Strafrechtsänderungsgesetzen eingeschlagenen Weg entgehen, dadurch, daß wir jene schon viel zu vielen unbedachten Schritte in eine falsche Richtung rückgängig machen, in der wir uns zwangsläufig immer weiter von eben jener Gesellschaftsordnung entfernen, die wir so entschieden zu verteidigen gesonnen sind: unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

(II. Teil folgt)

* Zur wehrpolitischen Situation der Bundesrepublik

Die NATO steht vor der Aufgabe, eine neue strategische Konzeption zu erarbeiten. Damit beschäftigt sich seit geraumer Zeit der atlantische Militärausschuß in Washington, ohne bislang zu befriedigenden und abschließenden Ergebnissen kommen zu können. Ursprünglich sollten dem NATO-Ministerrat zur Dezembertagung in Paris bereits Empfehlungen zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage wäre dann ein Militärprogramm für die Jahre 1966—1970 den Verbündeten zur endgültigen Entscheidung übermittelt worden.

Nicht nur der tragische Tod des amerikanischen Präsidenten Kennedy und der in diesem Jahr bevorstehende amerikanische Wahlkampf werden den Zeitplan durcheinanderbringen, die Meinungsverschiedenheiten im Bündnis sind auch ohnedies groß genug, um eine rasche Entscheidung unwahrscheinlich zu machen.

Vielleicht ist das für uns Deutsche eine Pause der Besinnung, in der wir uns noch einmal überlegen können, wohin dieser oder jener Entschluß führen kann oder sogar muß. Es geht darum, Klarheit zu gewinnen über die Lage, in der wir uns befinden. Es geht darum, die Grundtatsachen bloßzulegen und die Schlagwörter bloßzustellen. Es gilt die Fakten zu sehen, dann die Probleme, vor die sie uns stellen, schließlich die möglichen Folgen unserer Entschlüsse.

Warum braucht die NATO eine neue strategische Konzeption? Was stimmt nicht mehr mit der alten? Die Strategie der NATO ist wesentlich abhängig von den strategischen Vorstellungen der stärksten Macht dieser Allianz, der Macht,

die allein über die gesamte Skala der Atomwaffen und ihrer Trägersysteme verfügt, den Vereinigten Staaten von Amerika. Ändern sich die strategischen Auffassungen in Washington, sind alle Bündnispartner gezwungen, daraus Folgerungen zu ziehen.

Die alte Grundstrategie der Amerikaner und damit der NATO war die der massiven Vergeltung. Das heißt, die amerikanische Atommacht sollte durch die Drohung mit massiver Vergeltung „on places of our choice" (J. F. Dulles) jede Aktion, jede Grenzüberschreitung der östlichen Gegenwelt verhindern. Insofern wirkte diese Doktrin als eine Art kollektiver Sicherheit. Abgesehen davon, daß auch diese Konzeption selbst in den Zeiten ihrer Blüte nicht voll wirksam war (sie konnte z. B. kein Unterlaufen der Verteidigung durch subversive Kriegführung verhindern), die europäischen Bündnispartner fühlten sich darin irgendwie geborgen. Es war so bequem, zu wissen, daß im Hintergrund der amerikanische „Knüppel aus dem Sack" zur angeblich sofortigen Verfügung stand, sobald man (und sei es auch auf Grund eigenen Nichthandelns) in Gefahr geraten sollte. Die Bundeswehr als Stolperdraht — das war die Übersetzung ins Deutsche. Hohe deutsche Verteidigungsexperten verstiegen sich sogar zur Auffassung, daß der erste Gewehrschuß am Eisernen Vorhang das atomare Eingreifen der Amerikaner auslösen müsse.

Ein solches kollektives Sicherheitssystem ist jedoch nur solange wirksam, als es keine Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten über die Art der Bedrohung und die gegen sie anzuwendenden Mittel gibt. Genau das ist aber heute der Fall. Warum? Zugrunde liegt nicht etwa die Experimentiersucht einiger Harvardprofessoren oder die ‚Unfähigkeit" amerikanischer Militärs, die strategischen Probleme durchzudenken, geschweige denn die Absicht der amerikanischen Politik, Europa oder die Bundesrepublik im Stich zu lassen; zugrunde liegt eine harte militärische Tatsache: das thermonukleare Patt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Patt heißt in diesem Fall, daß keine der beiden Weltmächte ihren weltpolitischen Gegner vernichten kann, ohne gleichzeitig die selbe Vernichtung zu erleiden. Das ist die Grundtatsache der strategischen Lage zwischen West und Ost. Beide Seiten arbeiten daran, dieses Gleichgewicht zu stabilisieren, indem sie durch verschiedene Mittel ihre nuklearen Vergeltungswaffensysteme soweit unverwundbar machen, als ihnen selbst nach einem vernichtenden Überraschungsangriff noch die Fähigkeit zu einem „second strike" verbleiben soll, der den Gegner auslöscht. Angriff und Selbstmord sollen zusammenfallen. Ob sich dieses Gleichgewicht dauerhaft stabilisieren läßt, ist hier nicht unser Problem. Zur Zeit ist es Tatsache.

Damit begrenzt sich die Abschreckungswirkung, die Drohung mit der massiven Vergeltung. Sie bleibt wirksam im Falle eines totalen Kernwaffenangriffes gegen die nationale Substanz der USA oder der Sowjetunion. Alles Darunterliegende ist den Selbstmord nicht wert. Daran ändern auch noch so viele Erklärungen, Dementis oder feierliche Versicherungen nichts, die das Gegenteil behaupten. Sie sind im Ernstfall uneinlösbar.

Das atomare Patt hat nun Folgen sowohl auf militärischem als politischem Gebiet, die in ihrer Tiefe noch gar nicht ausgelotet sind, und die die Verhältnisse, wie sie bisher bestanden, grundlegend verändern können. M i l i t ä r i s c h : der Zustand des Patt bedeutet nicht, daß nun der Frieden zwischen beiden Weltmächten ausbricht, sondern nur, daß sich die Konflikte auf ein anderes Gebiet verlagern. In diesem Fall unterhalb des atomaren Patt. Damit werden begrenzte militärische Aktionen mit begrenzten Zielsetzungen und begrenzten Mitteln wieder möglich. Das trifft nicht nur für die Dschungel und Wüsten der heißen Zonen zu, sondern auch für Europa. P o l i t i s c h : Da das Bündnis nicht mehr

volle Sicherheit für alle Partner gewähren kann, ist es einer steigenden Belastung ausgesetzt. Die Partner verlangen, um den alten Zustand wenigstens annähernd wieder zu erneuern, Beteiligung an Planung und Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen, bzw. sie drohen mit dem Aufbau einer eigenen nationalen Abschreckung, die verhindern soll, daß man sie im Entscheidungsfall im Stich läßt; die also den atomaren Einsatz des Bündnisses zu erzwingen hat.

Die Aufgabe des atlantischen Militärausschusses ähnelt daher der Quadratur des Zirkels. Die neue Strategie muß von der realen Situation des atomaren Patt ausgehen (was der Auflösung der bisherigen kollektiven Sicherheit des Bündnisses gleichkommt) und sie soll allen Partnern Sicherheit geben (um den Bestand des Bündnisses zu garantieren).

Das Problem ist unlösbar. Allen Partnern volle Sicherheit durch die Aufrechterhaltung der Drohung mit der massiven Vergeltung gegen jede begrenzte Aktion des Ostens zu geben, ist ganz einfach nicht mehr möglich. Faktisch wäre es nur der Weg in eine Kette blamabler Rückzüge. Bekannt ist die Äußerung Kennedys: „Wir wollen einen größeren Spielraum haben, als die Wahl zwischen Demütigung und totalem Kernwaffeneinsatz." Der gleichen Ansicht ist der führende amerikanische Soldat, General Maxwell Taylor. Er rechnet mit dem Einsatz der amerikanischen Vergeltungsmacht nur im Falle eines direkten Angriffes gegen die USA oder eines allgemeinen Großangriffes auf Europa. Ob das Letztere den Selbstmord lohnt, ist aber bereits fraglich. Prof. Kissinger — einer der wesentlichen amerikanischen Militärtheoretiker — schreibt in seinem Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy":

> „Die qualvollste Entscheidung, vor die ein Staatsmann gestellt werden kann, ist die, ob er es auf einen totalen Krieg ankommen lassen soll oder nicht; aller Druck von außen wird ihn davor zurückscheuen lassen, solange nicht ein direkter Angriff in Frage steht, der die nationale Existenz bedrohen würde . . . Und er wird in seiner zögernden Haltung durch die Überzeugung bestärkt werden, daß keine Verschiebung des territorialen Gleichgewichts von entscheidender Bedeutung ist, solange die Vergeltungsmöglichkeiten intakt bleiben . . . Wer kann sicher sein, daß angesichts der Katastrophe des totalen Krieges selbst Europa — lange Zeit der Schlüssel zu unserer Sicherheit — des Preises wert erscheinen wird?"

Gleichgültig, wer in den USA Präsident, Stabschef oder militärischer Berater ist, diese Grundsituation bleibt bestehen, und die militärischen Schlußfolgerungen daraus sind unabweisbar.

Die amerikanische Theorie versucht nun dieser Lage Rechnung zu tragen. Auf der einen Seite kann sie die Verbündeten nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Das wäre das Ende der Allianz und der Beginn der amerikanischen Selbstisolierung. Auf der anderen muß sie versuchen, etwaiger Konflikte Herr zu werden, ohne sich in den Selbstmord zu stürzen. Die bisherigen Begriffe werden umgekehrt. Sollten früher die konventionellen Streitkräfte „Schild" sein, notdürftig einen Raum zu verteidigen, bis das „Schwert" der atomaren Vergeltungsmacht den Hauptstreich führt, so wird nun aus den nuklearen Waffensystemen der Schild, der einen totalen Krieg verhindern, die Ausweitung eines begrenzten Konfliktes beschränken soll, während die konventionellen Streitkräfte als Schwert den eigentlichen Kampf auszutragen haben. Vor einem Atomwaffeneinsatz soll eine „Pause" liegen, die erneute Verhandlungen ermöglicht, und die „atomare Schwelle" soll möglichst angehoben, der Kernwaffeneinsatz also strukturell und zeitlich weit hinausgeschoben werden. Hand in Hand mit diesen Vorstellungen geht die Forderung an die Verbündeten nach erhöhter konventioneller Aufrüstung. Besonders wird dies von der Bundesrepublik verlangt, der man versuchs-

weise schon eine Erhöhung der Bundeswehr fast um das Doppelte des jetzigen Bestandes zumuten wollte. Die Kernwaffen selbst sollen, um ein Hinaufschaukeln (escalation) eines Konfliktes zu erschweren, ausschließlich in amerikanischer Hand bleiben.

Wie reagiert die B u n d e s r e p u b l i k auf diese veränderte Lage? Um es in einem Satz zu sagen: Sie versucht der Wirklichkeit auszuweichen. Sie ruft weiterhin nach „glaubhafter Sicherheit durch Abschreckung", obwohl es diese in dem gemeinten totalen Sinn nicht mehr geben kann. Diesbezüglich gelten auch heute noch in Bonn die Auffassungen des ehemaligen Bundesverteidigungsminister F. J. Strauß:

> „Das militärische Potential des Westens erfüllt nur dann den Zweck der Abschreckung und der Kriegsverhinderung, wenn es für den Aggressor kein kalkuliertes Risiko mit erträglichem Preis und keine Unklarheit über die Geschlossenheit der Reaktion des NATO-Bündnisses auf eine Aggression zuläßt." — und: „Solange wir den Sowjets glaubhaft machen können, daß wir die Mittel haben — und die Entschlossenheit, sie anzuwenden —, die bei jeder Form eines bewaffneten Konfliktes . . . für sie selbst ein unübersehbares Risiko auslösen werden, so lange werden wir in Sicherheit leben können."

Wie aber will er bzw. die Bundesrepublik verhindern, daß es dieses kalkulierte Risiko gibt? Es existiert nur ein Weg: selbst über Atomwaffen verfügen, um mit ihrem Einsatz im Verteidigungsfall die Verbündeten in jene escalation zu zwingen, die sie fürchten. Genau dies ist der Grund, warum Deutschland n i e Atomwaffen von seinen Bündnispartnern bekommen wird. Die Versuche, zu dieser Erneuerung der Totalabschreckung zurückzufinden, sind bekannt: die Projekte der NATO-Atommacht und der Europäischen Atommacht, zum Schluß nun das Windei der Multilateralen Atommacht.

Mit jeder Variante wird das gleiche Ziel verfolgt: Zurückkriechen unter den Atomschirm. Aber das ist aus den angeführten Gründen des thermonuklearen Patt einfach nicht mehr möglich. Im Ernstfall wird keine Nation wegen der Bedrohung einer anderen Selbstmord begehen wollen. Wer sich darauf verläßt, wird verlassen sein. Nicht irgendwelche integrierten Stäbe entscheiden, kein Paragraphenwerk von Bündnispakten ist Garantie, keine technizistischen Strukturen funktionieren dann automatisch, sondern es entscheidet das Lebensinteresse der Nationen und konkreten Staaten. Insofern ist de Gaulle Realist und sind unsere Integrationisten Träumer.

Der jüngste dieser Versuche, die von den Amerikanern aus politischen, nicht militärischen Gründen kreierte Multilaterale Atommacht, soll uns nicht weniger als 20 Milliarden DM kosten. Dafür dürfen wir einen Teil der Besatzung der Atomfrachter stellen, und das ist auch alles. Der Rest ist die Hoffnung unseres Verteidigungsministers, daß die Amerikaner eines Tages auf ihr Veto verzichten und der Einsatz dieses Waffensystems von einem Mehrheitsbeschluß abhängig gemacht wird. Und wer wird beschließen? Vorläufig zeigt außer der Bundesrepublik überhaupt niemand Lust hier mitzumachen. Die Franzosen bezeichnen das Projekt offen als absurd, und die Briten stehen ihm gelinde gesagt kühl gegenüber. Es steht nicht der malitärische Wert oder Unwert einer multilateralen Polaris- oder Atomfrachterflotte zur Debatte. Sicher ist, daß die Amerikaner auch ohne diese seit geraumer Zeit darangehen, ihre Vergeltungsmacht durch den Ausbau eines beweglichen ozeanischen Systems möglichst unverwundbar zu machen. Uns interessiert hier nur die Frage: Wird dadurch unsere deutsche Verteidigung gestärkt oder nicht? Man kann darauf nur antworten: Es wird sich gar nichts an unserem Verteidigungsproblem ändern. Es bleibt ungelöst. Es werden lediglich Milliarden

für einen Zweck ausgegeben, die besser auf einem anderen militärischen Sektor eingesetzt worden wären. Weder werden die Amerikaner auf ihr Veto verzichten noch wird die Bundesrepublik Einfluß auf die amerikanische atomare Planung oder gar Entscheidung über den Einsatz erhalten.

Es ist ein entschlosenes Wegsehen vor der Wirklichkeit. Die Bundesrepublik ruft nach einer Selbstmordstrategie des gesamten Bündnisses, weil sie sich scheut, realistisch an ihr Verteidigungsproblem heranzugehen. Inzwischen nebeln Schlagworte wie das von der „Vorwärtsverteidigung" das Gelände ein.

Wie sieht es damit aus? Mit den dreiundzwanzig Divisionen, über die die NATO verfügt (die außerdem nur die Kampfkraft von zwanzig Divisionen haben), gibt es keine Vorwärtsverteidigung der Bundesrepublik. Das weiß Herr von Hassel genau, hat er doch selbst in diesem Sommer dem die Bundesrepublik besuchenden amerikanischen Verteidigungsminister an Hand von Planspielen klarzumachen versucht, daß die Norddeutsche Tiefebene und die Ostseeausgänge konventionell nicht verteidigt werden können.

Woraus besteht also diese Vorwärtsverteidigung? Der Name trügt. Die Sache hat weder etwas mit „Vorwärts" noch mit „Verteidigung" zu tun. Es ist der Wunsch der „Vorwärtsverlegung der Abschreckung". Es ist das alte Konzept, die Abschreckung zu erneuern. Es ist das Versagen vor dem Verteidigungsproblem. Der Verteidigungsminister:

> „Ein konventioneller Angriff kann von der NATO nicht allein mit den gleichen Waffen beantwortet werden. Deshalb ist der frühzeitige Einsatz atomarer Waffen erforderlich . . . Ja, ich teile die Auffassung von Herrn Strauß, die Bundeswehr bis in die Divisionen mit taktischen Atomwaffen auszurüsten."

Ebenso der britische Verteidigungsminister, Mr. Thorneycroft:

> „Einen sowjetrussischen Angriff können die atlantischen Verbündeten ohne den sofortigen Einsatz von Atombomben nicht aufhalten . . . Auf dieser Überlegung beruht auch weiterhin die Planung des atlantischen Hauptquartiers bei Paris."

Aber der deutschen Öffentlichkeit wird weisgemacht, es gehe darum, unser Gebiet und Volk möglichst weit vorne am Eisernen Vorhang zu schützen und einen Angriff in den Grenzregionen aufzufangen. Herr von Hassel:

> »Die Vorwärtsverteidigung ist nach wie vor gültig, denn die Bundesrepublik will nicht Millionen Deutsche außerhalb der äußersten Verteidigungslinie der Bedrohung aussetzen."

Jedoch: Diese Verteidigungslinie gibt es überhaupt nicht. Mit den vorhandenen Kräften ist nichts zu halten, deshalb soll beweglich vorwärts verteidigt werden — und zwar mit Einsatz taktischer Atomwaffen. Dazu General Lemnitzer, der Oberbefehlshaber NATO: „Der Einsatz unserer Hauptstreitkräfte in einer beweglichen Verteidigung würde also in weitaus vorgeschobeneren Positionen erfolgen, als dies bisher für möglich gehalten wurde." „Bisher" sollte die ernsthafte Verteidigung nämlich erst hinter dem Rhein beginnen. „Nun" wird die Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit Manövrierfeld der beweglichen Verteidigung mit Einsatz von Atomwaffen. Kann man sich vorstellen, wie Westdeutschland nach einer Woche federnden Zurück- und Vorwärtsgehens unter Einsatz dieser taktischen Kernwaffen (z. B. in 5-KT-Größe, 1 KT = tausend Tonnen normalen Sprengstoffes) aussehen würde, was dann noch von den Millionen Deutschen, die man auf diese Weise verteidigen will, übrig wäre? Herr Weinstein, Militärkritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, gewiß kein Mann, den man pazifistischer Neigungen und übertriebener Schwarzmalerei verdächtigen

könnte, sagt dazu: „Mit dieser Kriegführung würde die Bundesrepublik nicht verteidigt, sondern zerstört.

Es ist der Bankrott der bundesdeutschen Verteidigungspolitik auf der ganzen Linie. Denn: 1. Die Zeiten der Totalabschreckung sind vorbei. Nichts kann sie wieder zurückbringen. Und 2.: für eine andere reale und wirksame Verteidigung der Bundesrepublik wurde keine Sorge getragen.

Der Schrei nach der Glaubwürdigmachung der Abschreckung heißt konkret, daß die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen kommen will, über die sie auch verfügen kann.

Aber das ist völlig irreal. Unsere Verbündeten werden sie uns aus den angegebenen Gründen nicht aushändigen. Zweitens haben wir selbst auf eine Eigenproduktion verzichtet, und drittens würde die Sowjetunion einer solchen Entwicklung nicht bloß zusehen. Wir würden ihr den Vorwand für eine Präventivaktion frei Haus liefern, bevor wir noch etwas von Belang einzusetzen hätten. Aber nehmen wir einmal trotzdem den Fall an, daß wir über die gewünschten Kernwaffen und die Straußschen Mittelstreckenraketen verfügen würden: Wir liegen selbst im Feuerbereich von mehreren hundert sowjetischen Mittelstreckenraketen, gegen die es effektiv keine Verteidigung gibt, nicht einmal eine Warnzeit. In einem Atomduell könnten wir bestenfalls der Sowjetunion einigen Schaden zufügen, müßten aber augenblicklich mit unserer vollständigen Vernichtung bezahlen, weil es unmöglich ist, die gesamte sowjetische Vergeltungsmacht auszuschalten.

Veranschaulichen wir uns die Lage auch an Hand eines konkreten Beispiels: Angenommen, die Sowjetunion riegelt als erste Maßnahme gegen die westdeutsche atomare Bewaffnung Westberlin ab. Sollen wir dann deshalb alle Selbstmord begehen, indem wir Atomwaffen einsetzen? Das wird zweifellos von jedem als absurd empfunden. Also wird auch eine Drohung mit Atomwaffen die Lage nicht wiederherstellen. Keine Drohung mit atomarer Vergeltung ist stärker als die Überzeugung des Gegners, daß sie auch wirklich ausgeführt wird. Wir würden also unterhalb der Atomwaffen mit dieser Frage und allen Entwicklungen, die sich daraus ergeben, fertig werden müssen. Vergessen wir dabei nicht, daß die Sowjets vor Berlin in genau der gleichen günstigen Lage sind, wie die Amerikaner vor Kuba es waren. Die Amerikaner konnten Kuba mit konventionellen Streitkräften (einer Schiffsblockade) abriegeln und den Sowjets, die in diesem Fall konventionell schwächer waren, das Risiko des atomaren Gegenzugs zuschieben. Im Falle Berlin sind diese Rollen vertauscht. Aber selbst bei einem bewaffneten Vorstoß der Sowjets in die Bundesrepublik, als Antwort auf eine westdeutsche atomare Bewaffnung, wäre die Lage nicht anders. Bei der jetzigen Verteidigungsstruktur könnten Verbände der Roten Armee durchaus den Rhein in kürzester Frist erreichen. Nichts hält sie schon im Grenzraum auf. Die Bundesrepublik ist ja Manövrierfeld für die „bewegliche" Verteidigung. Wenn gleichzeitig die sowjetische Politik anbietet (wie die Chinesen in Indien), dieses Territorium binnen weniger Tage wieder zu räumen, wenn a) Deutschland entwaffnet wird, b) ein Friedensvertrag auf der Basis des status quo, wie er vor dem Konflikt bestand, geschlossen werden würde, dann stünden wir und der Westen vor der Wahl: 1. Entweder wegen dieses begrenzten Zieles die Welt in den kollektiven Selbstmord zu stürzen, oder 2. den begrenzten Krieg der ‚beweglichen Verteidigung' zu führen, oder 3. die Bedingungen anzunehmen. Der zweite Fall würde die Vernichtung Deutschlands bedeuten, der dritte eine Kette neuer Pressionen einleiten.

Die Alternative einer echten Verteidigung hat bereits vor zehn Jahren der Generalstabsoberst Bogislav von Bonin gezeigt. Man hat ihn dafür schlicht

fristlos entlassen, weil er es gewagt hat, mit seinen Gedanken an die Öffentlichkeit zutreten, in einer Frage, die wahrhaftig das ganze Volk angeht.

Bonin schlug den Bau einer tiefen Grenzbefestigung vor, eines Panzerriegels von der Ostsee bis nach Passau. Keine Art Westwall oder Maginotlinie, sondern eine mit den modernsten panzerbrechenden Mitteln ausgestattete Tiefenzone, ständig besetzt mit Grenztruppen, dahinter bewegliche Eingreifreserven. Dieses Konzept wäre eine echte Vorwärtsverteidigung, angepaßt den realen Gefahren. Mit begrenzten Mitteln würde man begrenzten Aktionen begegnen können.

Eine realistische Verteidigungsplanung muß von den wirklichen Gegebenheiten, den erkennbaren Entwicklungen und den wahrscheinlichen Gefahren ausgehen. Um ihre Aufgabe zu lösen, darf sie das Objekt, das sie schützen soll, nicht selbst zerstören. Die Gegebenheiten sind: 1. Das thermonukleare Patt, das auf anderer Ebene begrenzte Aktionen wieder möglich macht — ob uns das nun paßt oder nicht. 2. Der Wille unserer Verbündeten, uns Atomwaffen zur freien Verfügung zu verweigern. 3. Die geringe Tiefe der Bundesrepublik, die eine bewegliche Verteidigung unter Einsatz taktischer Atomwaffen selbstzerstörerisch werden läßt.

Es bleibt uns also gar nichts anderes übrig als das von Bonin erstmals angesprochene Konzept. Allerdings würde das unserem Volk wahrscheinlich weit größere Opfer auferlegen, als Oberst von Bonin meint, der glaubt, das Problem noch unterhalb der bisherigen Stärke der Bundeswehr lösen zu können. Wir brauchen aber nicht nur die Grenztruppen, sondern dahinter neben der Eingreifreserve eine Miliz von einfachen Infanterieeinheiten, die etwa durchgebrochenen oder im Hinterland abgesetzten gegnerischen Verbänden den Raum der Bewegung weitgehend verengen. Ohne dieses Milizsystem werden wir auch kaum in der Lage sein, im Ernstfall die mit großen Mühen und Kosten ausgebildeten Reservisten rasch zu mobilisieren und einzusetzen.

Die Verantwortlichen scheuen sich aber sowohl dem Volk die Wahrheit über die „Vorwärtsverteidigung" zu sagen als auch den satten Bürgern der Bundesrepublik wirkliche Opfer aufzuerlegen. Man hat Angst, daß das Volk dann nach einer neuen Politik, die auch Verständigung mit dem Osten einschließt, rufen würde.

Und hier kommen wir zum letzten und wesentlichsten Punkt unserer grob skizzierten Übersicht über die Verteidigungslage unseres westdeutschen Staates. Aufgabe der Streitkräfte ist es, sich auf die voraussichtliche Entwicklung eines bewaffneten Konflikts vorzubereiten. In unserer Zeit, wo Strategie, Technik und Taktik sich so stark gegenseitig durchdringen wie nie zuvor, beginnt dieser Konflikt bereits auf dem Sektor der Rüstung, der Ausrüstung, der Gliederung und Aufstellung der Verbände. Hier kann er bereits verloren werden. Niemand weiß, ob im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Kriegen ein Ernstfall uns noch Zeit zur Korrektur der Versäumnisse lassen würde. Sich auf falsche Auseinandersetzungen vorbereiten, heißt die Niederlage planen. Es ist jedoch gewiß, daß — gerade in unserer Zeit — Sicherheit nicht allein durch diese militärische Vorbereitung gewonnen werden kann. Wichtiger noch ist die entsprechende politische Strategie. Es ist gut, in diesem Zusammenhang auch an Clausewitz zu erinnern, der diese Rangordnung deutlich gemacht hat.

Wir brauchen also nicht nur eine militärische Strategie, die uns möglichst Sicherheit gibt, sondern in erster Linie eine politische, in welcher die militärische nur Teil ist.

Die politische Strategie formt sich nach der zugrundeliegenden Zielsetzung. Welches politische Ziel muß unser Volk — konkret nun die Deutschen der Bundesrepublik — anstreben:

1. Den Schutz dieses Staates. 2. Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes und seine Eingliederung in freier Selbstbestimmung in die Gemeinschaft der Nationen.

Das staatsmännische Versagen liegt darin, in beiden Punkten sich ausschließende Alternativen zu sehen. Die staatsmännische Bewährung wird sein: beides miteinander verbinden zu können.

Über alle Lobpreisungen des Tages hinaus: Nur der deutsche Staatsmann, der beides miteinander in der T a t (nicht wie bisher in Deklamationen) zu vereinigen weiß, wird historischen Rang beanspruchen können und vom ganzen Volke gerne zugebilligt erhalten.

Da wir hier jedoch nur von der wehrpolitischen Lage sprechen, geht die Forderung nach einer militärischen Sicherheitspolitik, die den Weg zur Wiedervereinigung nicht verbaut.

Wie sollte sie aussehen?

1. Beibehaltung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten und unseren europäischen NATO-Partnern bis zur Schaffung eines zwischen West und Ost ausgehandelten europäischen Sicherheitssystems.

2. In Gliederung und Ausrüstung der Bundeswehr: keine Vorbereitungen auf den falschen Krieg. Einen Atomkrieg in Zentraleuropa können wir nicht durchstehen. Politik und Rüstung sollten dazu dienen, ihn möglichst unwahrscheinlich zu machen. Die Aufgabe der Bundeswehr muß real und erfüllbar sein: Grenzverteidigung. Aber nicht als Stolperdraht, sondern die Gegenseite muß aus unseren Vorbereitungen und Opfern Gewißheit gewinnen, daß unsere Soldaten und unser ganzes Volk Widerstand leisten werden, falls man uns angreift.

3. Hand in Hand damit muß eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten gehen. Mit gutem Gewissen kann eine Führung dem Volk nur dann Opfer auferlegen, wenn sie gleichzeitig alles tut, um den Frieden zu erhalten und zu sichern. Und auch nur dann wird unser deutsches Volk bereit sein, Opfer auf sich zu nehmen. Wahrheit tut not!

4. Wenn unsere Nachbarn Gewißheit haben sollen, daß die Deutschen kämpfen, falls sie angegriffen werden, so sollen sie die gleiche Gewißheit darüber gewinnen, daß wir selbst niemals mehr angreifen werden. Dazu dienen keine Beteuerungen guten demokratischen Verhaltens und keine Erklärungen über Gewaltverzichte (die hat Hitler auch mehrmals abgegeben), sondern allein der Mangel an Angriffswaffen. Das Risiko dieses Verzichts müssen wir auf uns nehmen. Zwischen Verteidigungs- und Angriffswaffen war bislang immer sehr schwer zu unterscheiden. Heute ist das insofern möglich, als ohne Atomwaffen ein Angriff gegen eine Atommacht oder Staaten, die von einer Atommacht geschützt werden, unmöglich ist.

5. Der sowjetische Vorschlag, Kontrollen gegen Überraschungsangriffe (konventioneller Art) auf beiden Seiten in Mitteleuropa einzusetzen, liegt im Interesse auch unserer Sicherheit.

6. Ebenso dient es unserer Sicherheit und unserem politischen Interesse, wenn schließlich in einem europäischen Sicherheitssystem alle Atomwaffenträger und alle nicht zentraleuropäischen Truppen aus Mitteleuropa abziehen. Das wird nicht am Anfang der Entwicklung stehen, sollte aber von uns selbst dann gefordert werden, wenn ein ehrlicher Ausgleich mit dem Osten in Greifweite ist. Voraussetzung, daß die Amerikaner sich mit einem solchen Abzug einverstanden erklären, wird unsere Fähigkeit sein, unsere Grenzen selbst ausreichend schützen zu können. Und Voraussetzung, daß die Russen ihre Truppen aus Zentraleuropa abziehen, wird neben dem amerikanischen Abzug sein, daß wir selbst nicht über

Atomwaffen verfügen, die uns ein Übergewicht über unsere zentraleuropäischen Nachbarn, zu denen auch die DDR gehört, geben.

7. Der Abzug aller nicht-zentraleuropäischen Truppen aus Zentraleuropa aber ist Voraussetzung der Wiedervereinigung unseres Volkes und der Lösung der deutschen Frage.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es geht nicht um die Neutralisierung Deutschlands und Liquidierung dieses oder jenes deutschen Staates. Weder West noch Ost stimmen hier zu, noch kann Deutschland sich aus den Händeln dieser Welt auf eine friedliche neutrale Insel der Glückseligkeit zurückziehen und dort „abrahmen". Nein, die Auseinandersetzung, die eine Weltauseinandersetzung um die Form eines neuen Zusammenlebens aller Völker ist, wird bleiben. Sie wird sich (genau wie unterhalb des thermonuklearen Patt begrenzte militärische Konflikte möglich werden) nach Ausschaltung auch dieser Möglichkeit in Zentraleuropa durch eine realistische und Opfer fordernde Sicherheitspolitik auf andere nicht-militärische Gebiete verlagern. Und daß das nicht eine bloße andere Fortsetzung des Kalten Krieges und der Verhärtungen wird, dafür müssen wir selbst sorgen. Es geht darum, daß unser Volk und der ganze zentraleuropäische Raum mit seinen Völkern eine Friedensfunktion gewinnt. Darin liegt unsere größte Sicherheit und auch die anderer Völker.

Das heißt, daß wir uns öffnen für das Wort auch der anderen Seite, solange dieses ehrlich gemeint ist und im Raume der Wahrheit bleibt, uns aber ebenso hart verschließen, wo es nur um Täuschung und Betrug geht.

Zu einer solchen Politik gehört ein mündiges Volk. Es zu dieser Mündigkeit zu erziehen, wäre die große Aufgabe einer wirklichen Führung. Geschehen kann dies nicht durch Reden, Ermahnungen, Deklamationen, sondern nur durch Handeln, durch den Mut zu solchen, durchaus risikoreichen Entschlüssen, unter Darlegung der wahren Lage. Dieses mündige Volk wäre dann unüberwindlich.

Der Auftrag aber für unsere Soldaten muß klar und erfüllbar sein. Seine Ausführung muß dem Volk und dem Land Schutz geben, nicht aber es vernichten, wie es heute der Fall wäre, wenn der Verteidigungsfall einträte.

Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest

Ungarn als Handelspartner

Der Verfasser dieses Beitrages war lange Jahre Staatssekretär in seinem Lande und als solcher mit dem Außenhandel befaßt. Prof. Dr. Vajda ist heute einer der führenden Wirtschaftstheoretiker an der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität in Budapest. Er ist Vorsitzender der Britischen Sektion der Ungarischen Handelskammer. Seine Gedanken und Anregungen veröffentlichen wir zu Beginn einer Phase engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland in der Hoffnung, daß westdeutsche Wirtschaftskreise diesen Ausführungen ihre Aufmerksamkeit nicht versagen werden. D. Red.

Im Zuge der fortschreitenden internationalen Entspannung und beflügelt von dem bedeutsamen Erfolg des Atomteststop-Abkommens hat sich in West und Ost eine erhöhte Aufmerksamkeit den Fragen und Möglichkeiten der internationalen

daran vorteilhaft beteiligt zu sein, manchem Interessenten anziehend und einer Anstrengung wert erscheinen. Dabei könnte die angedeutete Kammer-Verbindung von großem Nutzen sein.

Uns allen sind heute Verantwortungen auf vielen Gebieten des politischen und sozialen Lebens auferlegt. Ich glaube im Sinne dieser Verantwortung zu handeln, indem ich meine Stimme für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern erhebe. Es wäre eine Tat, die dem Frieden dient.

Dr. Eugen Koller

Die Not unserer Schulen (II) *

II

„Die Schule soll bei der Kirche bleiben!" So argumentiert man gegen Mittelpunktschulen. Als ob es an größeren Zentralorten keine Kirche gäbe! Im Gegenteil: Nur die kleinsten entlegensten Schuldörfer, also die ungeteilten Schulen, haben nicht immer eine Kirche.

Hinter dem Vorwand, das Christentum zu retten, steckt Parteipolitik: Je abgelegener das Dörfchen, desto sicherer der Stamm der CSU-Wähler. Je größer und zentraler der Ort, desto größer die Angst der CSU vor „Roten" und Liberalen.

Darum preist man die „Nestwärme" der Zwergschulen, als ob es nur in Kraglfing und Zeidlhaching gutes Erziehungsklima gäbe. Darum warnt man vor den „sittlichen Gefahren" einer Schulbusfahrt von 10 km. Und darum verdächtigt man jede Mittelpunktschule als „schematisch". So nannte man vor 100 Jahren die ersten Eisenbahnlinien, weil sie nicht um jedes Misthäufle und jedes Wiesenzipfelche sich herumschlängelten. Großräumige Planung sieht aus der Froschperspektive schematisch und unbegreiflich aus.

Man verspricht uns zum Trost „Ausbau der Volksschuloberstufe". Aber Schulen mit weniger als vier Lehrern könnten nur dann einigermaßen am „Ausbau" teilnehmen, wenn sich mehrere Schuldörfer zum Kursunterricht der Oberklassen zusammenschließen. Dieser überörtliche Kursunterricht scheitert in vielen Fällen am Bekenntnisschulsystem. Denn die Belange der Bekenntnisschule müssen gewahrt bleiben, d. h. katholische Kinder dürfen an keinem evangelischen Physikkurs teilnehmen. Fast siebzig Prozent aller bayerischen Volksschulen sind ein- bis dreiklassig, haben weniger als vier Lehrer. In einigen Landkreisen umfassen die ein- bis dreiklassigen Schulen bis zu 85%. Der Landkreis G. hat 59 Schulen, aber nur 9 Schulen mit vier oder mehr Lehrern. Und das sind nicht etwa neun Schulorte, sondern nur sieben. Sieben Schulorte im ganzen Landkreis könnten den „Ausbau" der Oberstufe selbständig durchführen. Ist das noch Landschulreform?

Die Zahl der Lehrer wird sinken, schon deshalb, weil die Zahl der Abiturienten in den nächsten Jahren zurückgeht. Aber die Zahl der Volksschüler steigt von Jahr zu Jahr. Trotzdem will man in Bayern den Stoff von neun Jahren in acht Schuljahre pressen, neue Fächer und mehr Stunden einführen? Die Lehrer rechnen sich heute schon aus, daß an größeren Schulen sieben Lehrer acht Klassen führen

*) „Vgl. Blätter", Heft 11/63.

werden. Was wird der Erfolg solchen „Ausbaues" sein? Nicht nur Abiturienten und Junglehrer werden vom Lehrerberuf abgeschreckt, auch der „Volkssturm" der Pensionisten, die heute bis über das 70. Lebensjahr hinaus tapfer in der Schule aushelfen, wird plötzlich den Dienst verlassen.

Nächst der einklassigen ungeteilten Schule ist es das Bekenntnisschulsystem, das den Lehrernachwuchs abschreckt. Als 1962 die Presse berichtete, an der pädagogischen Hochschule in München-Pasing sei sogar der Turnunterricht für evangelische und katholische Studenten getrennt, sanken die Immatrikulationen an den pädagogischen Hochschulen in Bayern um 17,5 %. Die Immatrikulationen männlicher Studenten gingen sogar um 28,7 % zurück.

Abiturienten, die neun Jahre lang mit Andersgläubigen zusammen studierten, sind argwöhnisch gegen konfessionell getrennte „Hochschulen". Ist das eine Hochschule, wenn sie nicht einmal so viel geistige Freiheit garantiert wie ein Gymnasium?

Im Bekenntnisschulsystem sehen Abiturienten und Junglehrer Härten und Gefahren: Ein katholischer Junglehrer heiratet eine evangelische Junglehrerin. Lassen sie sich evangelisch trauen, ist er „untragbar". Heiraten sie katholisch, muß die Frau von ihrer Schule weg. Begnügen sie sich mit standesamtlicher Trauung, sind sie beide an ihren Schulen unmöglich. „Gott ist die Liebe", sagen die Pfarrer. Aber wer hilft dem jungen Ehepaar? Hier können nur Gemeinschaftsschulen helfen. Aber solche haben wir zu wenig.

Ein Junglehrer sagte in seiner Oberklasse, der Andromedanebel sei ein Milchstraßensystem. Der katholische Geistliche warnte ihn: Solche Weltanschauung widerspreche der Bibel und passe nicht in eine katholische Bekenntnisschule. Der Lehrer, obwohl hervorragend qualifiziert, verließ den Volksschullehrerberuf.

Dr. Joseph Müller, einer unserer besten Landschulkenner, behauptet in seinem Buche „Die zeitoffene Dorfschule" (S. 42 und 45), daß Furcht und Mißtrauen in manchen Lehrerhäusern herrsche. Prometheus ist bei manchen Göttern unbeliebt.

Ein Ingenieur kann sicher sein, daß er seine Existenz auch dann nicht gefährdet, wenn er z. B. am päpstlichen Dogma von der l e i b l i c h e n Himmelfahrt Marias zweifelt. Der Lehrer jedoch muß „geeignet und bereit" sein im Sinne der Bekenntnisschule. Wer aber zwölf Jahre studiert hat, möchte wenigstens so viel Freiheit und Sicherheit wie jeder einfache Staatsbürger. Es ist zu befürchten, daß Abiturienten den Beruf eines Bekenntnisschullehrers mehr und mehr meiden werden.

Aus den sogenannten Bekenntnisschulen berichten Fach- und Tagespresse Jahr für Jahr Kuriositäten, die kaum zur Werbung für den Lehrerberuf geeignet sind.

Wie die meisten angeblichen Bekenntnisschulen hatte auch die in Mühlhausen (Oberpfalz) eine starke Minderheit andersgläubiger Kinder: Von den 69 Kindern der evangelischen Schule waren 34 katholisch. Die Schule hatte zwei Lehrer, und alle Eltern waren zufrieden. Trotzdem verlangte der katholische Pfarrer Neuerrichtung einer gesonderten katholischen Schule. Mühlhausen hätte also zwei ungeteilte Zwergschulen bekommen, wo jeder Lehrer alle acht Jahrgänge zugleich unterrichten müßte. Um das zu verhindern, stimmten die Eltern jetzt für die Gemeinschaftsschule. Zum nächsten Schuljahrsanfang waren 50 Kinder für Gemeinschaftsschule gemeldet, 10 für katholische Bekenntnisschule. Obwohl die Errichtung einer Schule mit zehn Kindern gesetzlich nicht zulässig ist, ließ die Regierung der Oberpfalz diese katholische Bekenntnisschule bestehen. Das Verwaltungsgericht hob jedoch diese katholische Schule auf und verurteilte den Freistaat Bayern. Weil aber das Gericht vergessen hatte, die frühere evangelische Schule mit 0 (null) Kindern ebenfalls aufzuheben, dekretierte die Regierung der Oberpfalz in Regensburg: Die zehn k a t h o l i s c h e n Kinder mit ihrem k a t h o l i s c h e n Lehrer existieren jetzt als e v a n g e l i s c h e Bekenntnisschule!

Im bayerischen Landtag fragte damals ein Abgeordneter:

> „Glaubt die Regierung, daß der katholische Lehrer dieser evangelischen Bekenntnisschule geeignet und bereit ist, die katholischen Kinder nach den Grundsätzen des evangelischen Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen?" („Bayerische Schule" 1954, Seiten 74—78 und „Der Spiegel" 1954, Nr. 19, Seite 13.) Der Lehrer, vom Schulstreit hin und her gerissen, verließ den Regierungsbezirk.

Einer seit 1946 im Volksschuldienst bewährten Lehrerin wurde gekündigt, weil sie einen schuldlos geschiedenen Mann heiratete. Vor dem Arbeitsgericht gab das bayerische Kultusministerium an:

> „Die Verwendung der Lehrerin an einer Konfessionsschule ist rechtlich unmöglich, weil die katholische Kirche das Eherecht für sich in Anspruch nimmt und eine Ehescheidung nach bürgerlichem Recht nicht anerkennt ... Dem Schutze der Bekenntnisschule muß gegenüber den angeblich sozialen Gründen in jeder Beziehung der Vorrang eingeräumt werden."

Die Lehrerin hatte nachgewiesen, daß sie den Unterhalt für ihren kriegsversehrten, seit einem Jahr arbeitslosen Mann und seine beiden Kinder von ihrem Gehalt allein bestreiten mußte. Die Rechtsauffassung des bayerischen Kultusministeriums wurde in zwei Instanzen vom Landesarbeitsgericht Bayern verworfen, weil die Kündigung

> „nach Inhalt, Zweck und Beweggrund als gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstoßend angesehen werden muß." („Bayerische Schule" 1952, Seite 107.)

Eine Mutter, die in einem Handarbeitslehrerinnenseminar studiert hatte, bemerkte, daß ihre Tochter in der Volksschule alles falsch lernte. Die Mutter sprach darüber mit der Lehrerin:

> „Von Handarbeit verstehe ich nichts", sagte diese. „Ich bin Volksschullehrerin und in keiner Weise ausgebildet in Mädchenhandarbeit. In unserem Schulhause ist zwar eine Fachlehrerin, eine speziell für Handarbeit ausgebildete Lehrerin, die leicht noch zwei Wochenstunden in ihrem Regelstundenmaß unterbringen könnte. Aber sie ist katholisch, und meine Klasse ist evangelisch."

In einer Stadt gab es eine katholische Schule mit 24 Lehrern und eine evangelische Schule mit zwei Lehrern. In dieser Stadt mit 26 Lehrern bestand also eine Dorfschule mit nur zwei Lehrern, wo jeder Lehrer vier Jahrgänge zugleich unterrichten mußte. Ein evangelischer Vater war nun der Meinung: 1) Daß diese evangelische Zwergschule nicht so leistungsfähig sein könne wie die vollausgebaute katholische Schule. 2) Daß alle Kinder aller Konfessionen gleiches Recht auf gleiche Bildungsmöglichkeiten haben.

Dem Vater wurde bedeutet, es sei gesetzlich nicht möglich, ein evangelisches Kind in eine katholische Schule zu schicken, wenn am Wohnort des Kindes eine evangelische Schule bestehe. Nur für solche Kinder, die keinem der beiden christlichen Bekenntnisse angehören, sei die Wahl zwischen beiden Bekenntnisschulen frei.

Also meldete der Vater den Kirchenaustritt seines Kindes. Und das religionslose Kind durfte nun in die katholische Bekenntnisschule. Das Bekenntnisschulsystem hatte den Vater zum Kirchenaustritt seines Kindes gezwungen. („Regensburger Woche" vom 21. 5. 1954.)

Schwürbitz/Ofr. hat ein katholisches und ein evangelisches Schulhaus. Die Regierung von Oberfranken empfiehlt für beide Bekenntnisschulen einen gemeinsamen Neubau, aber die Mehrheit der Schwürbitzer ist dagegen. Die Regierung erbietet sich, die beiden Bekenntnisschulen durch eine Feuermauer im Neubau zu trennen, um den Eltern zu beweisen, daß man ihnen keine Gemeinschaftsschule aufzwingen will. Trotzdem sagte der katholische Ortsgeistliche:

„Wir sind gegen die Zentralschule, weil sie der erste Schritt auf dem Wege zur Gemeinschaftsschule wäre." („Süddeutsche Zeitung" vom 13. 2. 1963, Seite 6.)

Es gibt bereits neue Schulhäuser, wo infektionssichere Feuermauern quer durch das Haus und quer durch den Pausenhof die katholischen Kinder von den evangelischen absondern. („Der Stern" 1960, Nr. 43, Seite 110.) Eigentlich geht eine solche Mauer, unsichtbar und doch spürbar, durch das ganze Volksschulwesen. Warum protestiert die deutsche Presse nur gegen die Mauer in Berlin? 300 Jahre nach dem Dreißigjährigen Krieg ist es traurig, daß sich Katholiken immer noch von Protestanten absondern wollen.

Die Völker der ganzen Erde verbrüdern sich auf Weltkirchenkonferenzen. Rundfunk und Eurovision vereinen alle Nationen wie in einem Zimmer. Aber deutsche katholische Schulkinder sollen nicht mit deutschen evangelischen Schulkindern in einem Zimmer beisammen sein? Wollen wir ein unteilbares oder ein unheilbares Deutschland?

Wer alle Kuriositäten und Nachteile des Bekenntnisschulsystems aufzählen wollte, müßte ein dickes Buch schreiben: Wird ein Lehrer krank, muß seine Klasse manchmal bis Schuljahrsende verwaist bleiben, obwohl am gleichen Ort eine ehemalige, vollausgebildete Lehrerin wohnt, eine verheiratete Frau, die zu einer Schulaushilfe bereit wäre. Aber diese Lehrerin ist evangelisch, und die Klasse ist katholisch! Niemand kann die ehemalige Lehrerin zwingen, den Dienst in einem entfernten Ort aufzunehmen, wo eine evangelische Klasse verwaist wäre. Nur am Wohnort ihrer Familie übernimmt die Frau eine Schulaushilfe, niemals auswärts.

Das Bekenntnisschulsystem verlängert die Schulwege der Stadtkinder und zwingt sie, gefährliche Autostraßen zu überqueren. Denn das Schulhaus nahe der Wohnung des Kindes ist vom andern Bekenntnis, an diesem Schulhause muß das Kind täglich mehrmals vorbeilaufen.

Gelingt es aber, eine evangelische und eine katholische Bekenntnisschule unter einem Dache zu vereinen, dürfen die Schülerzahlen zwischen Mammutklassen und Zwergklassen nicht ausgeglichen werden: Der katholische 4. Jahrgang hat 56 Kinder, der evangelische 4. Jahrgang im Zimmer nebenan 29 Kinder. Sinkt im nächsten Schuljahr die evangelische Kinderzahl, dann müssen eben zwei oder drei evangelische Jahrgänge zu einer Klasse unter einem einzigen Lehrer zusammengelegt werden. So entsteht eine Dorfschule mitten in der Großstadt. Ebendas, was Jugoslawien sogar auf dem Lande abschafft, wächst bei uns als Neugründung in den Städten. Was sollen die schönen Reden vom „Ausbau der Volksschuloberstufe"?

Wenn das Bekenntnisschulsystem nur Nachteile bringt, warum hält man trotzdem daran fest? Angeblich deswegen, weil das Elterngewissen katholischen Unterricht verlangt. Man sagt uns, es wäre „unerträgliche Gewissenstyrannei", wenn katholische Kinder das Einmaleins evangelisch lernen müßten. Eigenartigerweise ist das Elterngewissen sofort still, wenn der Bub ins Gymnasium kommt. Dem Gymnasialprofessor mutet niemand zu, Algebra, Physik, Chemie „nach den Forderungen des katholischen Elterngewissens" zu gestalten. Warum verlangt man das nur vom Volksschullehrer? Sollten unbewußte Erinnerungen nachwir-

ken an den armen Küster, der vor 200 Jahren den Katechismus einpaukte und nebenbei das Buchstabieren?

Wenn es wahr wäre, daß Gemeinschaftsschulen schlechtere Christen heranbilden, dann müßten alle höher Gebildeten und sogar alle Pfarrer schlechtere Christen sein. Denn sie alle saßen neun Jahre in Gemeinschaftsschulen.

Wer von 1945 bis heute dem Unterricht in katholischen u n d evangelischen Bekenntnisschulen beigewohnt hat, der weiß, daß nirgends katholisch oder evangelisch unterrichtet wird. Es gibt keine Bekenntnisschulen, es gibt nur eine sinnlose Zerreißung unserer Schulen.

Gerade die besten Lehrer fragte ich oft nach einem Schulbesuch: „Wie hätten Sie den heutigen Unterricht anders gestaltet, wenn Sie in der andersgläubigen Schulgattung wären?" Ihre Antwort: Sie lachten. Warum? Weil es ein Kabarett-Sketch wäre, die Biologie des Regenwurms oder die Dampfmaschine oder den Knieumschwung am Reck speziell katholisch oder speziell evangelisch zu gestalten. Nicht einmal die Weihnachtsfeier im ersten Schuljahr ist spezifisch konfessionell, denn noch kein Theologe hat erwiesen, ob das Christkind katholisch ist oder protestantisch.

Jeder richtige Lehrer will mehr sein als nur Lehrstoffvermittlungsbeamter. Es gibt Sternstunden im Unterricht, die nach religiös-sittlicher Vertiefung verlangen. Müssen deswegen alle Unterrichtsfächer der Volksschule getrennt für evangelische und katholische Kinder erteilt werden?

Wir lesen die Ballade „John Maynard". Der Steuermann John Maynard gab sein Leben für seine Passagiere und fragte nicht, ob sie katholisch waren oder evangelisch. Wird es je einem Schulkind einfallen, nach der Konfession John Maynards zu fragen? Vielleicht war er ein Jude oder ein Neger. Wir wissen es nicht. „Er starb für uns. Unsere Liebe sein Lohn." Der erzieherische Wert liegt doch gerade darin, daß wir uns nicht absondern durch konfessionelle Schranken.

Wer vom Lehrer verlangt, die christlichen Tugenden „spezifisch bekenntnismäßig" im Unterricht wirken zu lassen, der muß ihm zuerst erklären: Worin liegen die Unterschiede zwischen katholischer und evangelischer Nächstenliebe, Ehrlichkeit, Wahrheitsliebe usw?

Nicht nur das Einmaleins und die Orthographie, auch die zehn Gebote gelten gleicherweise für beide Konfessionen.

Unsere Kinder sollen nicht lernen, daß z. B. Gerechtigkeit katholisch oder evangelisch geübt werden könnte. Wo eine Konfession, eine Rasse, eine Partei allein oder fast allein herrschte, hat meistens die Gerechtigkeit gelitten.

Mit dem Hinweis auf die „Notwendigkeit einer theonomen Weltbetrachtung in der Erziehung" läßt sich die Trennung unserer Schulen in katholische und evangelische nicht rechtfertigen. Denn beide christlichen Konfessionen haben den gleichen Gott.

„Wissen ohne Gewissen ist wertlos." Dieser Satz soll für die abgesonderte Bekenntnisschule sprechen? Im Gegenteil! Ein abgesondertes konfessionelles Gewissen verirrte sich schon oft in Unmenschlichkeit. In der Bartholomäusnacht am 24. August 1572 wurden mehr als zwanzigtausend Hugenotten, Männer, Frauen und Kinder ermordet, und die katholischen Mörder hielten ihre Tat für gottgefällig.

Jetzt reicht Papst Johannes XXIII. sogar den Sowjets die Hand. Denn es dient dem Frieden, wenn die Verketzerung Andersgläubiger und Ungläubiger aufhört.

Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen schreibt in seinem neuen Gutachten vom März 1963:

> „Die reale Begegnung mit weltanschaulich anders Gegründeten muß schon geschehen, während in den Kindern und Heranwachsenden deren geistige Welt sich

bildet, damit nicht Vorurteile sich festsetzen und Richtungen des Mißtrauens habituell werden, gegen die später nur schwer anzukommen ist. Kinder und junge Menschen dürfen nicht ohne die Erfahrung aufwachsen, daß sie irren, wenn sie Andersgläubige und Andersdenkende nur als abergläubisch oder irrgläubig oder glaubenslos betrachten und die menschliche und geistige Verbindung mit ihnen für unmöglich halten ... Das Zusammenleben mit einer Minderheit anderen Glaubens, die freilich in ihrer Zugehörigkeit voll bejaht und in ihrer Andersartigkeit ritterlich geachtet werden muß, kann die Gefahren der Abschließung vermeiden." („Süddeutsche Zeitung" vom 28. 3. 1963, Seite 6.)

Eine Umfrage der GEW bei den Pädagogikprofessoren westdeutscher Universitäten brachte das Ergebnis: Es wird bestritten, daß Pädagogik an jeder Hochschule doppelt besetzt werden müßte, evangelisch und katholisch. Es wird bestritten, daß es zweierlei Pädagogik gibt. („Volk und Schule" 1961 Seite 93). Ein Beantworter schrieb:

„In der Hitlerzeit wuchs der Unterschied zwischen Deutschen und Juden ins Unermeßliche. Nach dem Kriege ist nun der Unterschied zwischen den beiden christlichen Konfessionen an die Stelle getreten."

An den pädagogischen Hochschulen, obwohl sie konfessionell getrennt sind, werden also die Lehrerstudenten nicht lernen, wie man katholisch oder evangelisch unterrichtet. Wenn aber ein Lehrer die Geheimkunst verstünde, den ganzen Unterricht konfessionell zu gestalten, käme er in Konflikt mit der Verfassung und mit den Eltern. Laut Verfassung müssen in allen Schulen beim Unterricht die religiösen Empfindungen aller Kinder geachtet werden. Trotz aller Neugründungen von Bekenntnisschulen sind aber noch immer die meisten Schulen, auch Bekenntnisschulen, konfessionell gemischt. Vor dem Kriege gab es in Bayern 1475 Gemeinden mit rein katholischer Bevölkerung. Nach dem Kriege zählte man nur noch 27. „Reine" Bekenntnisschulen bleiben, besonders auf dem Lande, für immer Utopie.

Der Lehrer soll im Sinne des Bekenntnisses unterrichten und gleichzeitig muß er (laut Verfassung) die religiösen Empfindungen andersgläubiger Kinder und Eltern achten. Der Bekenntnisschullehrer soll waschen, ohne naßzumachen.

Ein Kuriosum ist, daß der Religionsunterricht oft an Bekenntnisschulen Schwierigkeiten begegnet, aber niemals an Gemeinschaftsschulen. Für den Religionsunterricht der konfessionellen Minderheit hat die Bekenntnisschule keinen Lehrer. Wegen Pfarrermangel ist fast kein Pfarrer imstande, alle Religionsstunden, auch die Bibelstunden, selber zu halten. Schon mancher Landtagsabgeordnete bat bei der Regierung um einen andersgläubigen Lehrer für seine Bekenntnisschule und erfuhr zu seinem Erstaunen, daß er hier die Umgehung von Gesetzen verlangte, die seine Partei gemacht hatte. In der Gemeinschaftsschule sind alle Religions- und Bibelstunden gesichert, weil Lehrer beider Konfessionen vorhanden sind.

III

Man erzählt uns, 90 % der Eltern wollen Bekenntnisschulen. Aber sogar die „Bayerische Staatszeitung" berichtet (Nr. 32 vom 11. 8. 1956, Seite 2), daß sich in Bayern siebzig Prozent der Eltern für Gemeinschaftsschulen mit Religionsunterricht erklärten und acht Prozent für Gemeinschaftsschulen ohne Religionsunterricht. 78 % der bayerischen Eltern wünschen also Gemeinschaftsschulen. Woher stammen diese Zahlen? V o n d e r C D U. Die CDU hatte das EMNID-Institut mit dieser Umfrage beauftragt. Ein Jahr später kam das DIVO-Institut mit einer ähnlichen Umfrage ungefähr zu den gleichen Ergebnissen.

Wie kommt es nun, daß wir nicht 78 % Gemeinschaftsschulen haben? Die „Bayerische Staatszeitung" (a.a.O.) sieht die Ursache darin, „daß Eltern, die ihre wirkliche Meinung über die Schulfrage dem EMNID-Institut gegenüber vertraulich äußern, in der Praxis aus gesellschaftlichen Rücksichten anders entscheiden."

Deutlich gesagt: Offene Wahlen gelten nirgends in der westlichen Welt als demokratische Wahlen.

Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" berichtet (1952, Seite 189), wie die Eltern unter Druck gesetzt wurden:

> „In einem Orte gab sich der Gemeindevorsteher (CDU) dazu her, mit seiner Autorität die von ihm besuchten Eltern zur Unterschrift zu zwingen. In anderen Orten — und diese sind nicht wenige — beschworen die Ortsgeistlichen die Frauen in Abwesenheit ihrer Männer, ja zu unterschreiben, wenn sie es nicht noch auf dem Totenbette bereuen wollten."

Warum wagt man das nur den Volksschuleltern zu sagen, aber niemals den katholischen Eltern der Gymnasiasten? Außerhalb der Bundesrepublik gibt es in keinem demokratischen Staate des Westens öffentliche Volksschulen, die nach Konfessionen getrennt wären. Warum droht dort die katholische Kirche nirgends mit dem Totenbett?

Nur in der Bundesrepublik versucht man es so: Ein katholischer Pfarrer schrieb in einem Rundbrief an alle Eltern:

> „Eltern, die die Möglichkeit haben, ihre Kinder in eine katholische Schule zu schicken, und es nicht tun, versündigen sich nicht nur an der Seele ihrer Kinder, sondern auch durch Ungehorsam gegen die kirchliche Obrigkeit, der gegenüber — das weiß jeder Katholik von der Schule her — wir durch das vierte Gebot ebenso zum Gehorsam verpflichtet sind wie gegen Vater und Mutter." („Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung", Beilage „Wirtschaft und Recht 1954, Nr. 4, Seite 29.)

Die katholische Kirche anerkennt also gar kein Elternrecht. Elternrecht ist ihr nur ein Vorwand, eine Waffe gegen den Staat, um Staatsmacht zu verdrängen durch Kirchenmacht.

Ein staatsbügerliches Anrecht auf ein katholisches Einmaleins geltend zu machen, ist ebenso sinnlos wie ein Anspruch auf einen quadratischen Kreis. Außerhalb des Religionsunterrichts gibt es nirgends konfessionellen Unterricht. Bekenntnisschulen sind wie des Kaisers neue Kleider in Andersens Märchen: Alles Volk redet sich ein, die Kleider zu sehen, obwohl der Kaiser gar nichts anhat.

Letztes Argument: Konfessionalisierung sei angeblich das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus. A b e r : Von den 500 katholischen Bistümern Europas liegen 290 in Italien. Welches Übergewicht an Segen ruht auf diesem Lande! Und dennoch, obwohl es von Don Camillos wimmelt, hat Italien von allen Ländern der sogenannten freien westlichen Welt den höchsten Prozentsatz an Kommunisten.

Gerade der klerikale Einfluß in unserem Schulwesen, die konfessionelle Zersplitterung, die Einklaßschule schädigt und schwächt unser Schulwesen, vergrößert den Vorsprung des Ostens und die Gefahr unserer kulturellen Niederlage. Der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen" hat warnend auf den Vorsprung hingewiesen, den das sowjetische Bildungswesen bereits heute besitzt. („Empfehlungen und Gutachten", V, 35 und 93.)

> „Es wäre eine Illusion, zu meinen, die Verteidigung gegen den Kommunismus sei in erster Linie Sache der Außenpolitik und der Rüstung ... Das öffentliche Bewußtsein hat noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirt-

schaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stande seines Bildungswesens abhängig sind." (Aus dem „Memorandum der acht evangelischen Persönlichkeiten zur Bonner Politik". „Süddeutsche Zeitung" vom 26. 2. 1962.)

„Die Zustände an unseren Schulen werden unerträglich werden, und ihr schon heute so oft kritisierter Bildungserfolg wird unter das Niveau eines Kulturstaates sinken. Das wird sich aber auch sehr bald in einen Rückgang der wirtschaftlichen Produktion übersetzen. Denn das unvermeidliche Absinken des Leistungsstandes unserer Schulen läuft parallel mit einem rapiden Anstieg der Bildungsanforderungen, die sich aus den modernen Produktionsmethoden ergeben. Der Leistungsstand der Schulen bestimmt heute weitgehend die Höhe des Sozialproduktes ... Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß die gesamte internationale Politik in den letzten Jahrzehnten dadurch ein neues Gesicht bekommen hat, daß das Bildungspotential der großen Mächte zum entscheidenden Faktor ihrer Außenpolitik geworden ist. Der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie im Rahmen einer umfassenden Bildungsplanung Ausbildungskader geschaffen hat." (Dr. Gg. Picht in der „Süddeutschen Zeitung" vom 16. 11. 1962, Seite 7.)

Der amerikanische Vizeadmiral Rickover reiste mit dem damaligen Vizepräsidenten Nixon durch Sowjetrußland und sagte dann:

„Unser wirklich großer Wettlauf mit der Sowjetunion erfolgt auf dem Gebiete des Bildungswesens. Die Nation, die dieses Rennen gewinnt, wird die potentiell herrschende Macht sein." („Süddeutsche Zeitung" vom 24. 9. 1960, Seite 63.)

Für das Bildungswesen wird pro Kopf der Bevölkerung in der Sowjetunion fast sechsmal mehr ausgegeben als in der Bundesrepublik. („Bayerische Schule" 1956, Seite 263.) Waldemar von Knöringen sagte am 13. 3. 1962 im bayerischen Landtag:

„Bayern liegt bei einer Prokopfleistung für Schulen und Hochschulen an der letzten Stelle aller Bundesländer." („Volk und Schule" 1962, Seite 116.)

Unser Schulorganisationsgesetz hat andere Sorgen: Wo 25 andersgläubige Kinder aus acht Jahrgängen vorhanden sind, sollen sie aus der leistungsstarken vollausgebauten Schule herausgenommen und in einer leistungsschwachen einklassigen Zwergschule zusammengefaßt werden, alle acht Jahrgänge unter einem einzigen Lehrer.

Das Bekenntnisschulsystem lädt eine historische Schuld auf sich: 1. Weil es gute ausgebaute Schulen zerreißt in leistungsschwache Rumpfschulen, während andere Länder ihre Zwergschulen zusammenfassen zu leistungsstarken Zentralschulen. 2. Weil Bekenntnisschule und Einklaßschule den Lehrernachwuchs abschrecken. 3. Weil die Zerreißung und Schwächung unseres Schulsystems den Vorsprung des Ostens und die Gefahr unserer kulturellen Niederlage vergrößert.

Bekenntnisschule bleibt immer ein leerer Name. Denn nirgends wird konfessionell unterrichtet. Einem Phantom zuliebe zerreißt man unsere Schulen.

Dr. Ernst Hierl

Verständigungsstil — Philosophische Gedanken zu einer Politik der Annäherung

Geschichtliche Voraussetzungen

Da wir alle die Vergangenheit in uns wirksam finden, gehe ich also geschichtlich vor. Was stellt sich für alle, Kopf- wie Handarbeiter, als der wahrscheinlich brauchbarste Verständigungsstil heraus (wie innenpolitisch, so auch zur Sicherung des Völkerfriedens)?

Die älteste Intellektuellenklasse ist die priesterliche. Wir stoßen überall darauf, daß sie Trägerin ursprünglichen Wissens und Könnens war. Das verband sie durch Jahrtausende, in denen der Daseinskampf noch nicht durch verarbeitete Erfahrung milderbar war, mit den Männern der zerstörenden Handarbeit, den Kriegern. Die gaben den Kanonen die Aufschrift: ultima ratio, letzte Beweisführung. Für die Kanonen brauchten sie schon naturwissenschaftlich-technische Fachleute, und für die gesamte Menschenbehandlung, einbegriffen das Schlachten in den Schlachten, wünschten sie keine flau machende Geistlichkeit. Die beiden alten obersten Stände arbeiteten zusammen in der Ausnützung derer, die „einfach" Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. zu erstellen hatten. Es war eine große Entdeckung gewesen, daß Kriegsunterlegene als Sklaven nützlicher für die Sieger wurden, denn als Tote oder allenfalls Versehrte.

So reicht die mannigfach sich verwickelnde, bald vorpreschende, bald rückläufige Entwicklung vom Feudalismus zur Bürger- und Bauernbefreiung und weiter bis zur Übermacht des Großbetriebs. Immer unentbehrlicher dabei wurde die naturwissenschaftliche Intelligenz.

Dagegen die andere, ebenso unentbehrliche Intelligenz, die die Erfahrung hervorbringt, daß Verständigung der Menschen über Recht und Pflicht im Zusammenwirken nicht nur mehr Güter, sondern auch mehr menschliche Begegnungsfreude schafft (wie einst etwa im Gemeinschafts-, im Kulttanz der Primitiven), diese Intelligenz blieb zurück. „Daß sich das größte Werk vollende, genügt ein Geist für hundert Hände."

Hier erwuchsen Not und rettendes Selbstbewußtsein, Selbsthilfe der „arbeitenden Klassen". Getrennt von bäuerlichem und bürgerlichem Selbstbesitz an Produktionsmitteln, eine grundlagen- und haltlose Masse, fanden sie sich (und später auch mehr Angestellte und Beamte) dahin gedrängt, das Bestimmungsrecht über den Ertrag der eigenen Arbeit zurückzuverlangen. Den Geist zur Hand hinzu. Diese Wiedervermenschlichung hatte schon Hegel nahegelegt, und Marx und alle die andern propagierten sie aus aller Kraft. So steht am Ursprung der Arbeiterbewegung der Bund von Massenbedürfnis und Intelligenz. Solidarisch sollte die g e m e i n s a m e Verwaltung, sollte der Arbeits f r i e d e erkämpft werden. Auch außenpolitisch zeigte sich dem Nachdenkenden dauernder Friede nur zu sichern durch die Internationale, letzten Endes durch „Gemeineigentum an der Erde". Und die sozialistische Persönlichkeit sollte sich in die technische Verflechtung einordnen, doch mit „Selbstverwendung" (Marx). Dem damaligen Amerika sprach Engels zu, daß dort, „im letzten Bourgeoisparadies", jeder „ein unabhängiger Mann" werden könne. Dies ist also auch für Sozialisten ein unabdingbarer Bestandteil der Verständigung.

Mit dem ersten internationalen Krieg fiel die internationale Solidaritätsbewe-

gung auseinander. Doch nicht nach Handarbeitern hier und Kopfarbeitern dort, sondern nach den alten, biologisch, geographisch, geschichtlich, sprachlich befestigten Gruppen, den Nationen. Arbeiter und Intellektuelle kämpften für die „eigene" Firma.

Nur im noch feudal-absolutistischen Zarenreich trafen bürgerliche, aber vor allem bäuerliche und proletarische Revolution mit intellektueller zusammen: Lenin und Genossen, marxistische Intellektuelle an der Führung, ergriffen die Staatsmacht und behaupteten sie. Behaupteten sie so, wie es die Bedingungen des Landes möglich machten. Die technische Verflechtung als „dingliche Grundlage für den Sozialismus", die anderwärts schon „unter dem Kapitalismus im allgemeinen gelegt", wurde unter Stalin und unter so abschreckenden Menschenopfern durchgesetzt. Dagegen blieb das wesentlich Sozialistische, die bewußt denkende „Selbstverwendung" und nur so gelingende gegenseitige Einordnung, weit zurück. Es entstand, was Chrustschow einmal als die neue „sowjetische Bourgeoisie" signalisiert hat: die aufgestiegenen Funktionäre begünstigten, bei aller sozialistischen Absicht, nach kapitalistischer Überlieferung sich selbst. Im Westen hatten das die, die nicht mit dem Sieg einer Revolution, sondern mit der Niederschlagung der Arbeiterrevolution aufgestiegen waren, weniger grausam erreicht. Was an Verbesserung blieb, das blieb hauptsächlich infolge der Furcht der Besitzenden und Herrschenden, wie schon Bismarck das einst erklärt hatte.

Allmählich, in jahrzehntelanger Kampfberührung von West- und Osteuropa, entstand eine gewisse Annäherung der tatsächlichen Zustände, bei allem Widerspruch der Meinungen und Absichten.

Doch die Annäherung überall an eine technisch bestimmte Menschheitskultur führte vorerst mehr zu einer zynischen, erschöpften, unfruchtbaren Gleichgültigkeit gegenüber den Gegensätzen im Gang der Geschichte (was mache es schon aus, ob man „kapitalistisch gebraten oder sozialistisch gesotten" werde, meinte Sombart) als zu der Belebung aller menschlichen Kräfte in der tatsächlich gegebenen Aussicht auf die Zusammenarbeit der ganzen Menschheit und ihre wunderhaften Möglichkeiten.

In dem Kampf zwischen Vergangenheitsgebundenheit und dem Willen zur Zukunft erlagen gerade wir Deutschen der wilden Wut einer geistig-sittlichen Rückständigkeit, die sich für revolutionär ausgab. Das bereitete sich so vor: Hatte Marx den unternehmerischen Individualismus, den Kapitalisten als „Fanatiker der Produktion respektabel" gefunden, so zeigte das produktionsfördernde kapitalistische Prinzip der Konkurrenz seine Vergänglichkeit an mit den Monopolen. Hatte sich der unternehmerische Individualismus des neuen, des mobilen Besitzes schon im Ursprung, in den bürgerlichen Revolutionen, mit der national überlieferten Staatsmacht verbunden, so geschah dies jetzt in der Konkurrenz am Weltmarkt und durch die Weltkriege. Staat, das hieß vom Absolutismus her militärisches (und bürokratisches) Oben und Unten. Solcher Staat hatte sich in Deutschland infolge seiner auch geographisch bedingten geschichtlichen Lage kräftiger, und bald lastender, erhalten als im Westen. Anderwärts hatte sich das alte nationalstaatlich funktionierende Obrigkeitswesen zusammen mit dem Kapitalismus Luft im Kolonialismus gemacht (und grausig genug). Und der deutsche Imperialismus fand sich in der Wahl und Entscheidung: Ließen wir das Übergewicht den herkömmlichen Lebens-, Gefühls- und Denkgewohnheiten — der Vergangenheits t r e u e nicht mehr, sondern Vergangenheits v e r f a l l e n h e i t —, oder entbanden wir, das Lebensfähige möglichst behutsam bewahrend, geschichtlich längst Fälliges, Nötiges, Mögliches?

Deutschland hatte eine sozialistische Überlieferung, die theoretisch und organisatorisch stark, doch auch von der Untertänigkeitsbereitschaft durchsetzt war.

So konnte sich der deutsche Imperialismus — jener Teil des Bürgertums, der, „weder des Rechts noch der Freiheit bedürftig", sich in einer „pomphaften Unterwürfigkeit" gefiel (so der liberale Reichstagsabgeordnete Bamberger schon zur Bismarckzeit) — als „Nationalsozialismus" tarnen. Da gab es für fügsame Massen Belohnungen, wie Reisen mit „Kraft durch Freude" („die beste Sache, die sie haben", nannte es ein kommunistischer Funktionär, der für seine Treue zu seiner Partei den Tod erlitt). Diktatur hat eben ihre Möglichkeiten. Aber auch im Samthandschuh muß Diktatur der eisernen eigenen Faust gewiß bleiben. Die Untertanen müssen in einer Gläubigkeit an obrigkeitliches Besserwissen gehalten werden und müssen alle Vorteile derer oben für Recht halten. Aber zugleich werden diese selbst durch ihre Vorteilslage entweder träge, besonders im Geistig-Sittlichen, oder sie werden von Argwohn, Tücke und Gewalttat überreizt und auf diese Art dumm. Die egoistisch sich verengenden Mittel verschütten schließlich den geschichtlich gebotenen Zweck, der der Diktatur ihre Möglichkeiten zufließen ließ. So brachte die Diktatur für Deutschland zuletzt noch den Krieg. Deutschland war, schon als Industrieland, zu allseitig empfindlich, als daß die Verbrechen auf die Innenpolitik beschränkt bleiben konnten. Und Krieg ist der Zustand, in dem Tücke und Gewalttat nicht mehr das Vorrecht der einen, einer Partei bleiben, sondern allgemein werden: sie werden sozusagen demokratisiert, sozialisiert und zu nationalem, rassischem, erdteilspatriotischem Ruhm. So wurde Deutschland, früher „der arme Bursche unter den Nationen", zum „Ungeheuer mit dem Ingenieurgehirn" (Upton Sinclair).

Wie weit sind die Staaten gerüstet, die Verständigung innenpolitisch so zu lernen, daß sie außenpolitisch gekonnt wird? Die Sowjetunion ist den Nachwirkungen von dreißig Jahren Stalinismus ausgesetzt, China in dieser Spur, Frankreich regiert von einer kultivierteren Nachahmung des Nationalsozialismus, Amerika weit ab von jener Zeit, als, ungefähr gleich, Farmer und Gewerbetreibende der Lincolngesellschaft „ihre Interessen mit Kraft und Vernunft ausbalancierten" (Tocqueville), England, das Land mit der liberalsten Überlieferung, geschichtlich fast überfordert — wie können wir Deutschen einen besseren Beitrag zum Weltfrieden leisten, als indem wir herkömmlich machtmäßig mitschlittern?

Was drängt aus den deutschen Voraussetzungen am dringendsten auf Entbindung?

Seit den Waffen, die in Minuten Millionen Menschen vernichten, steht die Menschheit vor der Wahl, die bekannt sein könnte: gegenseitige Einordnung oder gegenseitige Tötung und Verseuchung. Wir Deutschen, die wir bis dahin unerhörte Massenverbrechen bei uns haben geschehen lassen, wir haben am meisten Grund, Frieden nicht zu beteuern, sondern etwas Faßbares für den Frieden zu leisten — was selbstverständlich auch die Gefahr und das mögliche Opfer in sich schließt.

Soll der Weltfriede gesichert werden, so müssen die herkömmlichen gegeneinander stehenden Staaten, heute Staatenbünde, den gemeinsamen Nenner für ihre noch widerstreitenden Interessen finden. Sie müssen bei sich selbst Verhandlungsführer an die Spitze bringen, die bei aller Selbstbehauptung (auch durch eine neue Wahrhaftigkeit, die im Ernst nur als Verteidigung wirksam werden kann) die geschichtlich durchdachten, dynamisch haltbaren Kompromisse finden, anstatt der sonst unvermeidlichen Katastrophen. Solche Verhandlungsführer werden von den Völkern aber nur hervorgebracht und getragen, wenn in diesen Völkern das entsprechende geistige und sittliche Klima vorherrscht. Und es herrscht am ehesten bei denen vor (siehe Gewerkschaftsbeschlüsse in Deutschland und erst recht in England), die, sozialistisch beeinflußt, der altherkömmlichen obrig-

keitlich-kriegerischen Gesinnung von jeher das Ärgernis waren. Nun sind von der Technik her seit den bürgerlichen Revolutionen und nicht zuletzt in Deutschland mit seiner 1848 gescheiterten bürgerlichen Revolution so große wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Veränderungen geschehen, daß nicht mehr der wirtschaftlich Selbständige das allgemeine Ziel sein kann, sondern der „Arbeitnehmer". Als eine ratlose Bürgerlichkeit, gefangen in ihren Lebens-, Gefühls- und Denkgewohnheiten, mit der vielleicht entscheidenden Reichstagsabstimmung den Nationlsozialismus und die verzweifelt rückläufigen Kräfte bejahte, die romantisch selbstbetrügerisch und verlogen Monopolkapitalismus mit Ostlandkolonisation im herrenhaften Stil aus dem Jahr 1200 verbinden sollten, zeigte sich um einmal mehr, daß, wie die dauerhaften christlichen Errungenschaften, so auch die dauerhaften bürgerlichen — Gleichheit vor Gott und Chancengleichheit in der Gesellschaft — erhalten oder auch nachgeholt werden können nur in Verbindung mit dem Sozialismus.

Was aber ist „der" Sozialismus? Dazu denke ich, daß sich jede Art Sozialdemokratie, Kommunismus usw. aus der marxistischen Wurzel und aus der hundertjährigen Erfahrung seither erneuern muß. Die Massenvernichtungsmittel lassen alle Erfahrungen der Menschheit, sich zusammenfassen zu der Aufgabe einer politisch bis auf die Personen organisatorisch durchreichenden und ebenso selbsterzieherisch - erzieherisch nur von den Personen und ihrer Lebenswahrheit her realen und reellen gegenseitigen Verständigung. Darin können sich die „Intellektuellen", die ja auch nur mehr „Arbeitnehmer" sind, mit den „Arbeitern" begegnen. Wir haben das gemeinsame Interesse, nicht von einigen wenigen Individuen oben, Kapitalisten, Staats-, Kirchen-, Parteifunktionären, unserer Individualität im wesentlichen, in der aufs Ganze des Zusammenlebens gerichteten Mitbestimmung, enteignet zu werden — verwiesen auf eine Auftragserfüllung, die vor dem Zusammenhang erblindet, auf ein Familienleben, das die Entscheidung über die Tod- und Verseuchungsgefahr denen oben überläßt, auf Hobbies, die schließlich Heilung, Lebenssinn im Läppischen suchen. Natürlich, es gibt die Bestechung mit augenblicklichen Vorteilen, mit einem Anteil gerade an jenen Lebens-, Gefühls- und Denkgewohnheiten, die den Krieg als unvermeidliche „Tragik" enthalten.

Das herkömmliche Vertrauen auf gegenseitige Abschreckung und das Mißtrauen in jeden Schritt kontrollierter Abrüstung grenzt nachgerade an Geisteskrankheit. Denn es bleibt die gebietende Lage, daß das menschheitsgeschichtlich grundlegend Neue, die technische Verflechtung, zu ihrer eigenen Führung den neuen geistig-sittlichen Überbau nötig hat. In den Zeiten der wirtschaftlich, politisch, kulturell voneinander getrennten Einheiten des Zusammenlebens — Schlüsselfigur der selbständige Bauer und Handwerker — konnte von Zeit zu Zeit der Krieg, der „Einbruch in fremdes Eigentum" (Hitler), die Eigentums- und Machtverhältnisse neu ausbilancieren, einer aufs höchste gestiegenen Spannung des einander Belauerns ein Ende machen; Lebensentscheidung, „Gottesgericht". Heute ist die bewährte Routine aus Jahrtausenden Wahnsinn, und die neue äußere Politik brauchte eine innere, die an der Verzahnungsstelle von Politik und Erziehung den Mut zu einer (dabei sehr genau bestimmbaren) Volkserziehung großen Stils hat. Anstatt einer Schule, die sich fortschrittlich vorkommt, wenn sie nächstens Technik nachholt, und bewahrend, weil sie das christlich-humanistische Kulturgut vermitteln will, zum Kummer der besten Lehrer aber unfruchtbar vermittelt.

Dabei kommt die Linie, die wir hier zu ziehen suchen, deutlich genug aus der Vergangenheit; von der Lebensleidenschaft des Sokrates, „über mich und andere nachzudenken", über die Lebensbeichte des Augustinus (nur seinen Wil-

len zur Macht konnte er begreiflicherweise nicht wahrnehmen) zu der großen Institution der Gewissenskultur in der feudalen Gesellschaft, der Ohrenbeichte. Diese suchte ihre Fortsetzung in all den Autobiographien der bürgerlichen Gesellschaft, die sich von Cellini über Montaigne zu Rousseau und Goethe häuften. Konnten wir nicht „das, was bisher im Beichtstuhl dem Priester ängstlich anvertraut wurde, mit einer Art kühnem Zutrauen der ganzen Welt vorlegen"? (Goethe) „Laut denken"! (Kant und mit den gleichen Worten Gandhi.) Marx erkannte „das Befreiende der echten Beichte" an, und Engels führte aus: „Wir müssen vom Ich, vom empirischen leibhaftigen Individuum ausgehen, nicht um darin stecken zu bleiben, sondern uns von da aus zu dem Menschen zu erheben." Doch warum resignierte Goethe? —: „Ziemet Stärke dem Mann und freies mutiges Wesen, so ziemet ihm fast tiefes Geheimnis noch mehr." Und Kant: „Von uns selbst schweigen wir!" Und Gandhi riet, schlechte Gedanken überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Aber erstens können das Gedanken sein, die nur in der gerade geschichtlich sich überlebenden Ordnung für schlecht gelten, und zweitens, wenn ich wirklich Schlechtes ersticke, anstatt die zu verständigen, die es angeht, so kann das ins Unbewußte Verdrängte im Dunkel anwachsen und eines Tages noch mich selbst mit seinem Ausbruch böse überraschen.

Der bürgerliche Individualismus hatte die objektive Ordnung des Feudalismus zersetzt. Das war zunächst produktiv auf allen Gebieten gewesen. Bis die bürgerliche Gesellschaft bei ihrer Hauptleistung erstarrte, der Aufmerksamkeit auf das Dingliche. Die Frage nach „der ganzen Welt" (Goethe) und nach „dem Menschen" (Engels) blieb in der Zersetzung, die mit einem gegenwärtigen Modewort für Individualismus, für Subjektivismus ausweichend Pluralismus genannt wird. Jede Gruppe, jeder einzelne deckt die eigene Blöße, die Angst und Gier der Isoliertheit gegenüber allen anderen, mit irgend einem Fetzen Kulturüberlieferung, gegebenenfalls einem sehr wertvollen, und doch traurig selbstzufrieden vor der alles überragenden Forderung der menschheitsgeschichtlichen Lage: schafft der Verflechtung, die alle mit den Vernichtungswaffen bedroht, den Verständigungsstil, der für alle und jeden praktizierbar ist!

Und warum dringt die neue „Beichte" nicht rasch durch? Die Antwort ist so einfach, ja einfältig, wie schwerwiegend: da ist die Furcht vor der Selbstentblößung, die dem Gegner die schwache Stelle verrät. So begegnet dann die Mahnung, nicht nur zu Klugheit, sondern auch zu Scham, den gesellschaftlich assistierenden Begriffen Takt und Geschmack. Die Dreiheit entstand als positiver Wert zu dem furchtsamen oder bösen Einander-Belauern aus den Zeiten vor der technischen Verflechtung. Wer wird den Rückhalt so leicht (oder aber mit schweren Opfern) aufgeben? Welche Interessen hängen nicht an Geschäfts- und Staatsgeheimnis, am Militärpatriotischen! Noch das Bankgeheimnis wurde vom obersten Finanzgerichtshof der zwanziger Jahre so verteidigt: „das Leben" vertrage nicht diese „Offenlegung innerster Belange" ... Gewiß drängt heute sehr vieles pervertiert — vom Lächerlichen bis zum Verbrecherischen — nach Öffentlichkeit, und man ist versucht, mit sehr anständigen Leuten nach Schutz für die Intimsphäre zu rufen, — geriete man damit nicht in den so mächtigen Sog derer, die recht viel zu verbergen haben und nicht zuletzt, wie sie eben um der Vorteile willen die „gute einfältige Masse" und „die liebe Schuljugend zurichten lassen, damit niemand ... den Mut habe", die „Lügen" der „sehr gut Bezahlten" „zu bemerken". (Goethe vertraulich zu seiner Zeit und auch für die unsere.) Kurz: unsere Sittlichkeit muß den Offenlegungs- und Zurechtrückungsgedanken als obersten Richtungspunkt in sich aufnehmen, oder sie erstickt in Heuchelei. Auch die Moralen sind endliche („relative") Erscheinungen, können nicht dem geschichtlichen Wandel entzogen, verabsolutiert, zu einem Götzengott gemacht werden.

Das heißt praktisch: in der Zeit der technischen Verflechtung wird es sittlicher, eigenes Beschämendes, und zu eigenem Schaden, aufzudecken, als andere über den bisherigen — und gegebenenfalls soweit „belasteten" — Lebensgang dieses Menschen zu täuschen.

Genau so haben die frühen Sozialisten ihren Schritt zur Präzisierung des Verständigungsstils getan. Als die Handarbeiter der Pariser Commune 1871 ihre Führer wirtschaftlich der Masse nahe hielten, da erklärte Marx das für die große politische Entdeckung. Noch 1905 erinnerte Bebel seine Sozialdemokraten nachdrücklich daran. Und Lenin erklärte 1917 in „Staat und Revolution" diese Maßregel für die „wichtigste" „Scheidung ... von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen", lehnte es ab, darin eine „Naivität vergangener Tage" zu sehen — wie der frühen Christen, ehe „ihr Glaube zur Staatsreligion ... wurde" — und machte praktisch damit Ernst. Das Übel für Staat und Kirche, das schon Goethe so zusammengefaßt hatte: „Man muß sehr gut bezahlt sein, um so zu lügen", sollte an der Wurzel gefaßt werden. Lenin: „Wir haben einen Felsblock moralischer Unbeweglichkeit in Bewegung gesetzt". Der Felsblock bekam dann die Inschrift: Stalin. Ein Unverdächtiger, der Feldmarschall des Bismarckreiches, Moltke, hatte als reifer Mann den Kommunismus „ein Ideal" genannt; aber „mit dem Begriff des Eigentums hört die ganze bisherige sittliche Weltordnung auf", auf die das „praktische Leben" gegründet ist, Geld, Macht, Ansehen. Moltke entschied sich für den praktischen, eigenen lebensgeschichtlichen Erfolg, und „ohne Kriege wird der Militärstand ein trauriger sein". Lenin wollte mit der wirtschaftlichen auch die „politische Biographie" offen haben. Wie ensteht politische Überzeugung? Auf „Hunger und Liebe" hatte der junge und noch revolutionäre Schiller erst das aufgebaut gesehen, „was ein Professor spricht"; und wie die nicht gelungene Umwandlung der materiell geschlechtlichen Liebe in Menschenliebe intellektuell zur „Lüge der sehr gut Bezahlten" pevertierte, so handgreiflich zu „des Kampfes kühner Wollust" (so der Kriegsfreiwillige von 1813 Th. Körner). Mit dem Verzicht auf die gesetzliche Anähnlichung der Lebenshaltung ging auch das Interesse an der — gegenseitigen! — Offenlegung der Biographie zurück. Ein Sowjetaußenminister sagte amerikanischen Reportern: „Für meine Person interessiere ich mich am wenigsten". Aber gerade so, unbelichtet, kann die Selbstdurchsetzung die Gegenseitigkeit überwachen, und es können „Banden von Strebern" (Engels schon 1893) schließlich im nationalistischen Strebertum ihre Einigung und Befriedigung finden. Aber der „staatliche Egoismus" als „die einzig gesunde Grundlage eines jeden großen Staates" (Bismarck) wurde ja zunehmend ungesund.

Das alles heißt nun nicht, daß Offenlegung und gegenseitige Einordnung fanatisch und dumm betrieben werden müßten und könnten. Jeder kann die neue Beichte mit dem Augenmaß praktizieren, das ihm eben die Bedingungen und Möglichkeiten seines Lebens angeben, die offengelegt werden sollen. Es geht um Annäherung, und die Grade von Aufrichtigkeit müssen noch recht verschieden ausfallen. Zur Volkserziehung kann die praktische Utopie nur werden Hand in Hand mit einer Politik, die das Neue so erkennt und anerkennt, wie einst die Sozialdemokratie mit dem ursprünglichen Marxismus zusammenging (und zunächst gegen Bismarck verlor). Übrigens geht vielleicht die — unerläßliche! — Umarbeitung der wirtschaftlichen Grundlagen einen anderen Weg als den marxistisch seinerzeit eingeschlagenen. B. Russell, E. Fromm, wahrscheinlich auch noch andere, haben eine Mindestrente vorgeschlagen, die es jedem schon in der Jugend möglich machen soll, sich dem Druck der Verflechtung und des trägen und feigen „Conformismus" zu entziehen — unter großen Opfern; aber doch sich selbständig produktiv zu machen. Immer gehört die „Kontrolle von unten" (Hegel

und dann Lenin) durch die Unzufriedenen jeder Art zum Kern der Politik wie der Volkserziehung. Haben alle Erzieher in ihrer eigenen Erziehung die gegenseitige Offenlegung der Lebensgeschichten freudig erlebt, als Aufsprengung eigener Enge, als seelische und geistige Bereicherung, so werden sie das — mit dem Augenmaß — in ihre Lebensarbeit übertragen. Und da alle Menschen viele Jahre lang und während der empfänglichsten Jahre täglich so viele Stunden zur Schule gehen (mit Kirche, Gericht, Arzt haben die Massen diese Berührung nicht), so wird die Gewohnheit der gegenseitigen Verständigung auf alle und alles übergehen: die sittliche Kultur, die „allgemeine Bildung" in der technisch verflochtenen Menschheit. Anders ist die Suche vergeblich nach dem „Gemeinsamen" für „Bischof und Professor, Bankdirektor und Handarbeiter" (so der Harvard-Direktor und frühere Botschafter in der Bundesrepublik Conant). Der Präsident Hoover hatte gefragt: „Wie sollen ... auf dem Gebiet der Sittlichkeit, der Religion, der Staatskunst die Charaktervollsten, die Intelligentesten erkannt werden?" Und er wußte nur die Antwort: es sind die, die dem Leistungslohn mit der höheren Leistung entsprechen. Aber wer wertet den Wert der Leistungen? Eine Obrigkeit, wie vorgestern? Der Markt, wie gestern? Gegenüber der Übermacht der Monopol- und Staatsgewaltigen und ihrem unvermeidlichen Stillstehen bei dem ihnen lebensgeschichtlich Verstehbaren und Eingängigen muß rechtzeitig die Entwicklungsmöglichkeit gesichert werden. Der Entwicklungsgedanke, so fruchtbar in den jüngsten Jahrhunderten, findet an der Verzahnungsstelle von Erziehung und Politik eine noch ausstehende Anwendung. Sie kann auf die Formel gebracht werden: Selbsteinordnung und gegenseitige Einordnung mit den Lebensgeschichten in den so, gemeinsam, vermutbaren Gang der Bedingungen und Möglichkeiten der Gruppen und der Menschheit in der Welt.

„Vermutbar", denn es ist so unwissenschaftlich wie gottlos, das was ich und meine Gruppe wissen und glauben, mit dem, sei es altkirchlichen, sei es dem „kommunistischen Stolz der Unfehlbarkeit" (von Marx noch ironisch berufen) wie außerhalb der Bedingtheit, Begrenztheit, Vergänglichkeit zu handhaben. Bleibe ich mir dagegen bewußt, daß das jeweils nicht Faßbare erst mit der Tat, und wieder mit neuen Ungewißheiten, offenbar wird, so werde ich mich alles eigenen Tuns nicht überheben, wenn alles Erkennbare günstig dafür liegt, und werde im ungünstigsten Fall nicht kleinmütig. Je wissenschaftlich gewissenhafter ich zu handeln suche, je weniger ich Gott anheim zu stellen brauche, desto mehr kann ich darüber hinaus vertrauen.

Anna Haag

Die politische Verantwortung der Frau

„In schwierigen Angelegenheiten, nach Weise der alten Germanen, auch die Weiber zu Rate zu ziehen, ist keineswegs verwerflich: denn ihre Auffassungsweise der Dinge ist von der unsrigen ganz verschieden, und zwar besonders dadurch, daß sie den kürzesten Weg zum Ziele gehen . . . Hiezu kommt, daß die Weiber nüchterner sind als wir, wodurch sie in den Dingen nicht m e h r sehen, als wirklich da ist, während wir, wenn unsere Leidenschaften erregt sind, leicht das Vorhandene vergrößern oder Imaginäres hinzufügen." Arthur Schopenhauer

Damit drückt Arthur Schopenhauer, der notorische Frauenverächter, akkurat das aus, worum sich die Debatte auch heute noch, viereinhalb Jahrzehnte nach der Erreichung des passiven und aktiven Wahlrechts für Frauen, immer wieder entzündet. Es ist die Frage: Können Frauen, sollen Frauen, dürfen Frauen in größerer Anzahl aktiv in das politische Geschehen eingreifen?

Bei der Wahrnehmung ihrer neu gewonnenen Rechte konzentrierten sich die Frauen bis jetzt meistens und vor allem auf die Erreichung eines Berufes, der sie vor den Wechselfällen des Lebens schützen und ihnen eine wohltuende Unabhängigkeit garantieren soll. Ist das zu tadeln oder gering zu achten? Gewiß nicht. Aber ein weitergehender Ehrgeiz oder eine weiter greifende Verantwortung scheint bis jetzt selbst bei der persönlichen Lebensgestaltung vieler Frauen in enttäuschendem Maße selten zu sein. Wenn z. B. die Möglichkeit für sie besteht, beruflich in leitende Positionen aufzusteigen, hat es vielfach den Anschein, als ob Frauen davor zurückschreckten. Die größere, damit verbundene Verantwortung ist ihnen lästig, sie macht ihnen Angst. Außerdem fürchten sie sich vor übelwollenden Gefühlen seitens der Kollegen und Kolleginnen. Der Mut, „Vorgesetzte" zu sein, geht den Frauen unseres Staates vielfach noch ab. Hier sind wir z. B. weit hinter Amerika, England und Rußland zurück. Das mag sich im Laufe der Jahrzehnte mit der größer werdenden Selbstverständlichkeit, Frauen in leitenden Ämtern zu sehen, wandeln. Man kann dies getrost der Zeit überlassen.

Was man aber der Zeit nicht überlassen kann, ist der Ansporn zu einer wirkungsvollen Aktivität der Frauen im politischen Leben, vorausgesetzt, daß das Wort „Politik" seiner wahren Bedeutung nicht entkleidet wird und daß wir Frauen „Frauen" bleiben nach den Worten der Psychologin: „Kräfte des Herzens zu entwickeln, Wissen, Klugheit, Inspiration, um dem Bösen zu begegnen, das ist die Aufgabe der Frau."

An dieser Stelle können wir der Frage nicht ausweichen, warum die Frauen in den der Notzeit nach 1945 folgenden guten Jahren sich nicht in größerer Zahl bereit gefunden, sich aktiv in das politische Getriebe einzuschalten. Die Antworten sind vielfältig. Einmal: das „Nächstliegende" der Notzeit hatten sie meisterhaft bezwungen, ein anderes dringendes „Nächstliegendes" schien es zunächst nicht mehr zu geben. Die heilende „Mutter Zeit" hatte dem Stachel vielfachen Leides seine Schärfe genommen. Das Wort „Not" klang nur noch wie ein fernes, kaum mehr wahrnehmbares Echo an ihr Ohr. Der im Jahre 1945 Millionen Frauen aufrüttelnde kategorische Imperativ, das neue Haus zimmern zu helfen, hatte keine Kraft mehr: das neue Haus w a r gezimmert. Ohne sie.

Die Chance, die 1945 so groß gewesen ist, blieb ungenutzt. Wenn man jedoch den Begriff „Politik" richtig versteht, nämlich als Dienst, als Fürsorge für die Allgemeinheit, als das Bemühen, die irdischen Dinge für alle bestens zu regeln,

und als die Kunst, das Mögliche klug wahrzunehmen, dann haben Millionen Frauen in jenen dem Jahr 1945 folgenden Jahren politische Verantwortung im besten Sinne des Wortes übernommen, obwohl sie — Ironie des Schicksals — eben infolge ihrer alle Zeit und Kraft aufzehrenden verantwortungsbewußten Selbstentäußerung das offizielle politische Feld wiederum den Männern überlassen mußten.

Wie kann nun unter den heute gegebenen Verhältnissen vielen zur Zeit politisch desinteressierten Frauen ihre Mitverantwortung hinsichtlich der politischen Entwicklung wieder eindringlich nahe gebracht werden?

Es scheint, daß man vor allem bei jeder Gelegenheit wieder klar herausstellen muß, um was es in der Politik in Wirklichkeit geht. „Politik" ist leider schon wieder in Verruf geraten. Und doch geht es dabei um nichts Geringeres als um die Gestaltung unseres irdischen Lebens, um Wohnen und Essen, um Arbeit und Lohn, um Schule und Erziehung, um die Förderung der Wissenschaften und die vernunftgemäße Anwendung ihrer Ergebnisse, es geht um „Frau und Beruf", es geht um die Sicherung eines sorgenfreien Alters, um die Freiheit, unseren Gott suchen zu dürfen, wo wir ihn zu finden glauben, und — last not least — um Krieg und Frieden.

Das sind alles Aufgaben, die nicht spezifisch „männlich" sind. Sie umgreifen vielmehr lauter Bezirke, für deren gute Bewältigung sogar der uns Frauen gegenüber sehr unfreundlich gesinnte Schopenhauer rät, die „Weiber" zu Rate zu ziehen.

Um der Ehrlichkeit willen soll hier eingefügt werden, daß leider die eine oder andere Frau, die ihre Kraft lobenswerterweise den öffentlichen Dingen zur Verfügung gestellt hat, alsbald „die Torheiten der Männer mitmacht und sie auf die Spitze treibt" (Nikolaus Koch). Aus diesem Grund jedoch den Stab über „die" Frauen zu brechen und das Kapitel „Frau und Politik" angewidert abzuschließen, wäre unfair. Man muß versuchen, diese Tatsache zu verstehen. Es gilt zu bedenken, daß die wenigen Frauen, die irgendwo im öffentlichen Leben stehen, gemessen an der Zahl der entsprechenden Männer, noch immer vereinzelte Erscheinungen sind. Um ihre Position zu halten und ihre mögliche politische Karriere nicht schon von allem Anfang an abzuwürgen, befleißigen sie sich, den männlichen Kollegen nachzueifern, auch wenn dies nicht ihren eigenen Wertungen entspricht. Sie wollen nicht unangenehm auffallen, sie wollen sich den Männern angenehm machen und verleugnen darum ihre weibliche Fähigkeit, den „kürzesten Weg zum Ziele zu gehen". Sie folgen den Männern auf ihren verwirrend winkligen Pfaden. Gehorsam unterwerfen sie sich auch dann dem Fraktionszwang, wenn dies ihren eigenen Urteilen zuwider läuft. Parteidisziplin halten, hilft erfahrungsgemäß zum Vorwärtskommen.

Das soll keine Rechtfertigung solcher weiblicher Politiker sein, sondern nur eine Erklärung dafür, warum manche Frauen so rasch ihre guten Vorsätze vergessen, nach welchen sie doch beabsichtigt hatten, mutig zu sein und — wenn nötig — auch innerhalb der eigenen Partei eine fruchtbare Opposition zu bilden und so einen besonderen Beitrag zu unserem politischen Leben zu leisten.

Es ist ein Irrtum, zu meinen, man habe seinen politischen Auftrag damit erfüllt, daß man bei den Wahlen nach reiflicher Prüfung der Parteiprogramme und der Kandidaten seine Stimme abgibt. Es gibt über den Akt des Wählens hinaus zahllose Möglichkeiten, „politisch" zu wirken, d. h.: dazu beizutragen, daß das menschliche Zusammenleben sich in möglichster Harmonie vollziehen kann. Bleiben wir zunächst bei der Wünschbarkeit, viel mehr Frauen als aktive Politikerinnen in die Parlamente zu entsenden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen „die" Frauen vor allem den politischen Parteien beitreten, denn: die von den

Parteien aufzustellenden Kandidaten für eine Wahl werden in der Regel nach der Zahl der männlichen, respektive weiblichen Mitglieder aufgestellt. Das mag eine anfechtbare Methode sein. Auf jeden Fall aber besteht folgende Tatsache: solange die weibliche Mitgliederzahl in den Parteien nur einen kleinen Prozentsatz der männlichen Mitglieder darstellt, haben die Parteien immer die Ausrede, daß sie „leider" bei der Aufstellung von Kandidaten „paritätisch" vorgehen müssen.

Wenn man versucht, an diesem Grundsatz zu rütteln, bekommt man vielleicht zur Antwort: „Wir suchen ja Frauen! Händeringend sogar! Natürlich . . .", so wird freimütig beigefügt, „müssen die Vorgeschlagenen der Partei, dem Parlament oder der Regierung zur Zierde gereichen . . ."

In dem Wort „Zierde" liegt eigentlich schon das Dilemma. Man erinnert sich an die Regel der Ästhetik, nach welcher Zierrat nur äußerst sparsam verwendet werden darf, wenn er eine Sache tatsächlich verschönen, nicht verschandeln soll.

Immerhin . . . man nennt den „händeringend suchenden" Parteien geeignete Frauen und — bekommt die erstaunlichsten Antworten: „Was? D i e Schraube? Nein! Die drehen Sie uns nicht an . . ." — Oder: „Unmöglich! So eine Bohnenstange!" — „So ein Mannweib? Ausgeschlossen!" — „Eine Frau, zwei Zentner schwer, wollen Sie uns vorschlagen?" — Und so geht das fort. Schuldbewußt senkt man das Haupt. Man hat erkennen müssen, daß bei Frauen sowohl strahlende Jugendschönheit als auch deren Verbleichen dem Dienst in der Politik ernsthaft im Wege stehen. Zu wenig Haar, zu viele Locken, zu wenig Körperfülle, zu viel davon, zu große Sorgfalt hinsichtlich der äußeren Erscheinung als auch eine Nichtachtung des make up kann politische Parteien daran hindern, die Kandidatur einer Frau „in Erwägung" zu ziehen. Man erlebt, daß zu wenig „sex appeal" ebenso abgelehnt wird wie zuviel davon.

Sehen wir aber einmal ab von einer politischen Wirksamkeit der Frauen als Parlamentarierinnen. Es ist ein großer Irrtum, zu meinen, daß nur eine Mandatsträgerin politisch aktiv sein könne und daß die Millionen und Abermillionen anderer Frauen (und natürlich auch anderer Männer) auf politischem Gebiet sozusagen nichts zu melden haben. Falls diese Millionen in der Tat nichts zu melden haben sollten, so wäre das ihre alleinige Schuld, weil sie ihre demokratischen Rechte, als „Volk" mit zu regieren (Lincoln), aus einem unausrottbaren Hang zum bequemen Obrikeitsgehorsam nicht wahrnehmen. Es ist jedoch die merkwürdige Eigenart der Politik, daß sie sich mit uns beschäftigt, wenn wir es ablehnen, uns um sie zukümmern. Und zwar tut sie das meist auf eine höchst unsanfte Weise. Beispielsweise sind wir dann die Leidtragenden einer falschen Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Kultur- oder Außenpolitik.

Eine politische Wirkungsmöglichkeit ist beispielsweise die Beobachtung der Haltung unserer gewählten Abgeordneten bei politischen Entscheidungen. Wir sollen sie ermutigen, wenn wir feststellen, daß sie gute Politik machen, und bei Entgleisungen müssen wir ihnen unser Mißfallen ausdrücken. Nicht aus Nörgelsucht, sondern aus politischer Mitverantwortung, zu der jeder Bürger aufgerufen ist. Das scheint mir eine außerordentlich wichtige politische Arbeit zu sein, denn sie pflegt die Verbundenheit zwischen Regierern und Regierten, es ist eine der Möglichkeiten, die Regierer wissen zu lassen, wie wir, das Volk, regiert zu werden wünschen. Denn schließlich leben wir ja in einer Demokratie und haben das Recht, diese würdige Lebensform zu untermauern.

In den USA berufen viele politische Figuren eigens ein sogenanntes „watch-dog-commitee", das sofort „bellt", wenn die Regierten auf die Art des Regierers unwillig reagieren.

Dem zuvor ausgesprochenen Rat, den politischen Parteien beizutreten, soll

jedoch eine Warnung vorausgeschickt werden: bei unserem Entschluß, die Mitgliedschaft einer politischen Partei zu erwerben, müssen wir uns stets vor Augen halten, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei kein religiöses Bekenntnis ist, das nicht verletzt werden darf, daß es sich vielmehr dabei um sehr reale irdische Dinge handelt. Wir müssen uns unsere geistige Freiheit auch als Mitglied einer politischen Partei bewahren.

In einem demokratischen Staatswesen gibt es die zahllosen halbpolitischen Organisationen, die Frauenverbände z. B., Frauenparlament, Staatsbürgerinnenverband, Frauendienst u. a. m. und die Verbände, zu denen Männer und Frauen gehören. Da ist der Bund der Steuerzahler, die Europa-Union, die Eltern- und Lehrerorganisationen, der „Einkaufsberater" und viele andere. Sie alle leisten durch Aufklärung und das Wachhalten der politischen Gewissen wichtige Arbeit auf dem Vorfeld der Politik. Ein englischer Staatsmann hat einmal gesagt, daß die Güte oder der Bestand oder die Lebendigkeit einer Demokratie von der Güte oder dem Bestand oder der Lebendigkeit dieser halb-politischen Organisationen abhänge. S i e seien es, die den warmen Blutstrom liefern, nicht die politischen Parteien. Die letzteren seien die notwendige Maschinerie, die halbpolitischen Organisationen aber seien der Treibstoff. Dies gilt natürlich auch wieder nur dann, wenn man solchen Organisationen nicht nur als zahlendes, sondern darüber hinaus als hellwaches Mitglied angehört, das von dem großartigsten Recht, das dem Bürger einer demokratischen Staatsform zusteht, Gebrauch macht, dem Recht des eigenen Denkens und der sich daran anschließenden Freiheit, für das Resultat dieses Denkens durch Wort und Schrift einzutreten.

Dann ist da eine dankenswerte Einrichtung in den Zeitungen, ich meine: die Spalte „Briefe an den Herausgeber". In solchen Briefen können wir anknüpfend an Meldungen über politische Ereignisse darstellen, was wir, „Unsere Majestäten die Bürgerinnen", dazu zu sagen haben. Niemand soll die Wirkung solcher Briefe aus dem Volk unterschätzen! Selbst, wenn sie von den darin angesprochenen amtlichen Stellen oder Persönlichkeiten in einer leider nicht selten zur Schau getragenen Überheblichkeit in den Papierkorb gewischt werden, so hat ein solcher Brief doch zahllose Leser erreicht und sie zu kritischem Nachdenken und zur geistigen Entscheidung pro oder contra angeregt.

Freilich: von all diesen und noch vielen anderen Möglichkeiten, politisch zu wirken, dürfen wir nicht erwarten, daß wir das Bild der Welt mit einem Schlage ändern. Aber sie alle wirken als Steinchen eines Mosaiks, das schließlich das Gesamt-Kunstwerk menschlichen Zusammenlebens darstellen wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir einfachen Bürger — und hier sind im besonderen wir Frauen angesprochen — aus Bequemlichkeit, aus Resignation oder auch, weil es uns zur Zeit wirtschaftlich so gut geht, unsere politische Mitverantwortung nicht wahrnehmen würden.

Wir leben in einer hochinteressanten Gegenwart. Und wenn nicht alles trügt, werden wir in eine Zukunft hinein schreiten, die noch reicher ist an wissenschaftlichen Errungenschaften und daraus abzuleitenden technischen Wundern und an allgemeinem Reichtum. Es ist heute schon keine Frage mehr, daß die Menschheit dank ihrer bewundernswerten Taten in Wissenschaft und Technik menschliches Leiden, das aus Armut, aus materieller Not entspringt, ausmerzen kann. Armut in unserem Sinn braucht es über kurz oder lang nicht mehr zu geben.

Auch die Medizin wird weiterhin uns Heutigen kaum vorstellbare Fortschritte machen. Vielen Krankheiten wird das Ausweglose, das Furchtbare genommen werden können. Dem Durchschnitt der Menschen wird eine noch längere Le-

benszeit gegönnt sein, als dies im Verhältnis zu unseren Vorfahren heute schon der Fall ist.

Wir Bürger der Erde sind auf dem besten Weg, uns von diesem Planeten weg zu erheben und auf andere Sterne vorzustoßen. So nahe wir indessen heute dem zuvor gezeichneten Zustand des Entrücktseins von Armut und mancherlei Elend auch sind, so ungemein weit sind wir gleichzeitig davon entfernt. Ja, nicht nur das! Zur selben Zeit sind wir nämlich auch d e r Möglichkeit gefährlich nahe gerückt, dank der ungeheueren wissenschaftlichen Erkenntnisse und der dadurch möglich gewordenen technischen Erfindungen das gesamte Leben zerstören zu können. Nie noch hat die Menschheit vor einer solchen Wahl gestanden!

Wie werden wir wählen? Wie sagte doch Friedrich v. Weizsäcker in seiner großartigen Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an ihn in der Paulskirche in Frankfurt:

„Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung".

Von uns allen, von Männern u n d Frauen.

Aus der Wirtschaft

Die Welthandels-Konferenz 1964

Im Frühjahr 1964 (als Termin ist vorläufig der 23. März vorgesehen) beginnt in Genf die mit großem Interesse erwartete UN-Konferenz für Handel und Wirtschaft. Es wird mit einer Teilnahme von etwa 120 Ländern gerechnet. Die Konferenz dürfte rund drei Monate dauern. Auf ihrer Tagesordnung stehen unter anderem verschiedene Vorschläge zur Gründung einer Welthandels-Organisation, der Handel der Entwicklungsländer und voraussichtlich auch das Abrüstungsproblem.

Der Abgrund zwischen den reichen und den armen Völkern

Vom 17. November bis zum 5. Dezember 1963 hielt die Weltorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) in Rom ihre zwölfte Konferenz ab. Es nahmen an ihr über 400 Delegierte aus 112 Staaten teil. In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Generaldirektor der FAO, B. R. Sen (Indien), der Kampf gegen den Hunger sei die erste Pflicht der heutigen Generation. Die Konferenz beschloß in einer Abstimmung ein Budget von 38,8 Millionen Dollar für die nächsten beiden Jahre, während Generaldirektor Sen 39,6 Millionen Dollar gefordert hatte. Nach dem Beschluß der Konferenz, die Südafrikanische Union zu keinen in Afrika stattfindenden Konferenzen, Tagungen etc. mehr einzuladen, ist Südafrika inzwischen aus der Weltorganisation ausgetreten.

Aufsehen erregte auf der FAO-Konferenz die Rede des Präsidenten von Tanganjika, Julius Nyerere. Er kritisierte scharf die Unzulänglichkeit der bisherigen Bemühungen der FAO in den Entwicklungsländern. Ein „weltweiter, geplanter Angriff gegen die Armut" sei unerläßlich und dringlich. „Jene unter uns, die sich ihrer Armut bewußt sind, können sich mit der gegenwärtigen Lage, wo der Reiche reicher wird, der Arme aber arm bleibt, nicht mehr abfinden." Bei der bisherigen Hilfe für die Entwicklungsländer handele es sich um völlig unzureichende „Geschenke der Reichen an die Armen". Nach wie vor seien die Entwicklungsländer abhängig von der Tendenz der internationalen Kapitalbewegungen und des Welthandels, so daß geringfügige Preisschwankungen eines einzigen Rohstoffes die Wirkungen jener „Hilfe" immer wieder zunichte machen könnten. „Die wirkliche

Fernseh-Spalte

Machtübernahme?

Während allerorten die Spekulationen um und auf ein drittes bundesdeutsches Fernsehprogramm die ohnehin verworrene Situation in eine chaotische zu verwandeln drohen, steht das Zweite Deutsche Fernsehen, die Mainzer Länderanstalt, vor der Hamlet-Frage. Mainz droht der Bankrott. Wie es dazu kam, läßt sich nicht in wenigen Sätzen schildern. Und die aktuelle Situation ist für den Konsumenten, der nichts will als ein gutes Programm, nicht durchschaubar. Vor mir liegen einige Dutzend Presseberichte: eine groteske Anhäufung von Widersprüchen, aber kaum eine nüchterne Diagnose. Die Ratten verlassen auch hier das sinkende Schiff. Es soll daran erinnert werden, daß Mainz ein Produkt des Parteien-Proporzes ist, daß einem fachlich wenig geeigneten Mann die Intendantenrolle zugeschoben wurde (Voraussetzung war, daß er einen katholischen Taufschein und das CDU-Mitgliedsbuch besaß), daß dieser Mann schließlich die vom Bundesgerichtshof versalzene Suppe des Adenauerschen Machtstrebens auszulöffeln hatte. Es sei auch daran erinnert, daß dem Mainzer Fernsehen aufgegeben war, meinungspolitisch die ursprünglich dem Adenauer-Fernsehen zugedachte Rolle fortzusetzen. Nur die administrative Struktur wurde geändert. Aber es gab Pannen über Pannen, Krach ums Geld, Krach um den Staatsvertrag, Krach zwischen Mainz und der ARD. Professor Holzamer war der Apparatur nicht gewachsen. Es ist billig, ihm heute daraus einen Strick drehen zu wollen. Er hat sich nicht selbst auf den Thron gesetzt. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan... Aber es geht uns nicht um Professor Holzamer, sondern um das Fernsehen. Trotz allem, was wir gegen den Meinungskonformismus der Mainzer vorzubringen haben, kann uns der Versuch einer kalten Liquidierung dieser Zentralanstalt nicht gleichgültig sein. Immerhin ist sie noch ein — juristisch leider unzulänglich fundiertes — Instrument des föderativen Rundfunkwesens, also das kleinere Übel im Vergleich zu den Interessengruppen, die nach totaler Herrschaft in diesem Bereich (und nicht nur in diesem) streben. Bayerns egoistischer Separatismus (Intendant Wallenreiter befehdete Mainz ja schon, als der Staatsvertrag noch nicht einmal unter Dach war) erscheint uns da noch harmlos gegenüber den Bestrebungen Axel Springers, ein „privates" Fernsehen einzurichten. In der Verschwörung gegen eine freiheitlich-demokratische Tendenz des bundesdeutschen Fernsehens spielte bekanntlich die Springer-Presse die infamste Rolle. Bemerkenswerterweise fand Springer in Dufhues und Barzel die streitlustigsten Bundesgenossen. Der Sturz Paczenskys, Proskes und der „Panorama"-Redaktion wurde mit einer an faschistische Methoden gemahnenden Niedertracht betrieben. Und nun, nachdem die mutigste demokratische Gruppe beseitigt ist, zielt Springer auf die wunden Stellen des Mainzer Fernsehens, dessen politische Harmlosigkeit nicht besonders betont werden muß. Es geht ihm und seinen politischen Gesinnungsfreunden also nicht allein um die Gleichschaltung einer meinungsbildenden Institution, sondern um die Machtübernahme, die eine wesentliche Voraussetzung für Rainer Barzels Forderung wäre, die „Meinungsfreiheit... mit dem wohlverstandenen Interesse des deutschen Volkes in Einklang" zu bringen. Es gibt noch weitere Indizien, die auf ein Racketeering von CDU/CSU und Axel Springer schließen lassen. Das Beängstigende an dieser Konspiration gegen die Meinungsfreiheit (und das bedeutet hierzulande: gegen die politische Ratio) ist die Tatsache, daß der Fernsehkonsument von all dem keine Ahnung und an all dem kein Interesse hat. Um so mehr ängstigen sich jene, die sich vorstellen können, was Verächter einer pluralistischen Demokratie und Radikalinskis aus dem Fernsehen machen werden, sobald sie die Macht darüber haben. Politisch unterentwickelt, wie die Bundesrepublik noch ist, ließe sie sich bei entsprechendem Mißbrauch des Fernsehens rasch in eine Enklave der Intoleranz und Borniertheit verwandeln. Eine Synthese von „Rettet-die-Freiheit"-Ideologie und Bildzeitungsjargon: wäre das nicht die Realisierung Orwellscher Visionen?

E. H. Wahl

Buchbesprechungen

Zum Thema Staatsnotrecht

F. S. Grosshut: Staatsnot, Recht und Gewalt, Glock & Lutz, Nürnberg 1962. 336 S., Ln. 16,80 DM. Mit einem Vorwort von Dr. Max Hirschberg.

Das Problem dieses Buches: „Gibt es ein Staatsnotrecht, welches der Regierung erlaubt, ihre eigenen Gesetze zu brechen?" existiert nur in relativ demokratischen Ländern. In autokratisch regierten Staaten, charakterisiert durch den Satz „L'état c'est moi", ist ein Führerbefehl ständig rechtens.

In manchen Verfassungen ist ein Notstandsrecht ausdrücklich vorgesehen. Wie wirkt sich das in der Praxis aus? Der Verfasser behandelt diese Frage nur für Deutschland und beginnt mit Bismarck, den er als den Vater des Bösen betrachtet. Als der Landtag ihm das Budget verweigerte, hat er ohne Bewilligung regiert, aber — und dies scheint dem Verfasser dieser Zeilen fundamental — später Indemnität verlangt. Als weitere Analogie aus der Kaiserzeit führt Grosshut die „Staatsnotwehr" gegen die Sozialdemokratie an. Aber in diesem Falle wurde ein besonderes Gesetz gemacht, „Not kennt kein Gebot" war die Begründung der Zabernaffäre und des Uberfalls auf Belgien. Aber gegen diese Auffassung der Kaiserzeit als einer Periode des Notstandsrechts spricht die Tatsache, daß nicht erst Bethmann-Hollweg, sondern bereits Lassalle Gesetz und Recht mit einem Stück Papier verglichen hat.

Der Hauptteil des Buches behandelt die Weimarer Republik. Hier wurde der Ausnahmeartikel 48 schließlich zur Regel und öffnete den Weg zur praktischen Abschaffung der Verfassung und den Schrecken der Diktatur. Der Verfasser zeigt, wie die kommenden Herren den gesetzlichen Schutz des bestehenden Staates gegen die Konterrevolution zu einem gesetzlichen Schutz der Konterrevolution gegen den bestehenden Staat verdrehten. Da die Republik (nebenbei gesagt: wie die meisten Staaten) aus der Revolution hervorgegangen war, sei sie illegal. Die Pflicht der Loyalität des Offiziers, des Beamten und vor allem des Richters gelte nicht dem gegenwärtigen, sondern dem kommenden Staat. Schon der Kapp-Putsch wurde mit einem Recht der Notwehr der Reichswehr gegen das Reich begründet. Selbst die bayrischen Separatisten übernahmen die Fiktion eines Notwehrrechts gegen die Republik. Als eine Ablieferungspflicht für illegale Waffen eingeführt wurde, war es so die Pflicht der Nationalisten, die Waffen, die dem Sturz der Regierung dienen sollten, gegen die Regierung zu schützen! Die Verteidiger in den Femeprozessen konstruierten sogar ein Putativ-Notwehrrecht gegen den Staat. So tarnten sich die „nationalen" Mörder mit einem Pseudorecht, und viele Richter haben solche Fiktionen durch praktischen Freispruch der Mörder anerkannt.

Den Gipfel erreichte diese Theorie, als Hitler, gleichzeitig Mörder, Staatsanwalt, oberster Richter, Gesetzgeber und Kanzler, sich selbst amnestierte: „Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens."

Der Verfasser zeigt diese Konsequenzen der Notstandstheorie in allen Details mit genauen Quellenangaben und unterbaut seine These mit soziologischen, staatsrechtlichen, psychologischen und historischen Betrachtungen. Interessant sind die Analogien zwischen den Ideen der Nazis und der französischen Nationalisten der Dreyfuß-Affäre. Somit ist dies ein verdienstvolles Werk. Leider ist die Kontinuität des Buches durch Betrachtungen unterbrochen, die nur in losem Zusammenhang mit dem Problem stehen. Darunter fallen u. a. die Organtheorie des Menenius Agrippa, der Mystiker Suso, de Maistre's Staatstheorie und Georges Sorel's „Mythos der Gewalt". Zudem kommen zahlreiche Wiederholungen vor, die den Leser ermüden.

Durch die Beschränkung des Buches auf Deutschland könnte der Eindruck entstehen, als ob die Frage des Notstandsrechts ein spezifisch deutsches Problem sei. Dies ist nicht der Fall. „Right or wrong my country" und „The King can do no wrong" ist eine genaue englische Analogie. Man könnte leicht die Geschichte jedes Landes

als die der „Notstandsverbrechen" der Herrscher schreiben.

Angesichts der neuen Bonner Versuche einer Notstandsgesetzgebung ist das Buch aktuell, und seine Warnung verdient volle Beachtung.

Prof. Dr. E. J. Gumbel, New York

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Die Antiklerikalen und die Christen. Herausgegeben von Siegfried v. Kortzfleisch. Kreuz-Verlag, Stuttgart, 150 S., Paperback 7,80 DM. — Versuch einer Darstellung der vielfältigen Aspekte des heutigen Klerikalismus und seiner Verflechtungen mit Kirche, Politik und öffentlichem Leben.

Martin Buber, Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden. Mit einer Einleitung von Robert Weltsch. Joseph Melzer Verlag, Köln, 837 S., Ln. 48,— DM.

Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 344 S., Ln. 32,— DM.

Fritz Klenner, Ewige Freiheit? Renaissance oder Untergang. Europa Verlag, Wien / Köln / Zürich, 128 S., Paperback 7,40 DM.

Ossip K. Flechtheim, Von Hegel zu Kelsen. Rechtstheoretische Aufsätze. Verlag Dunker & Humblot, Berlin/München, 88 S., br. 11,60 DM. — Die hier vorgelegten Arbeiten (darunter Bemerkungen zur marxistischen Rechtslehre und eine Auseinandersetzung mit der totalitären Völkerrechtswissenschaft) entstanden in der Emigration und sind in Deutschland bisher unbekannt geblieben.

Marcel Reich-Ranicki, Deutsche Literatur in West und Ost. Piper Verlag, München, 450 S., Ln. 21,80 DM, kart. 15,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Montesquieu, Größe und Niedergang Roms. Mit den Randbemerkungen Friedrichs des Großen. Übersetzt und herausgegeben von Lothar Schuckert. XXXIV u. 246 S., 9 Bildt., Ln. 12,80 DM (Sammlung Dieterich, Bd. 183).

Napoleons Rußlandfeldzug in Augenzeugenberichten. Herausgegeben von Eckart Kleßmann. Karl Rauch Verlag. Düsseldorf, 416 S., 4 Kartenskizzen, 16 Bildt., Chronisten- und Quellenverzeichnis, Ln. 19,80 DM.

Roger Bersihand, Geschichte Japans. Aus dem Französischen von Siegfried Schaarschmidt. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 668 S. u. 2 Kt., Ln. 22,— DM (Kröners Taschenausgaben, Bd. 350).

Hans Bernd Gisevius, Adolf Hitler. Versuch einer Deutung. Rütten & Loening Verlag, München, 365 S. mit 72 Abb. auf Kunstdruck und Register, Ln. 28,— DM.

Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42. Neu herausgegeben von Percy Ernst Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber und Martin Vogt. Seewald Verlag, Stuttgart, 546 S., Ln. 38,— DM. — Erste ungekürzte Ausgabe der Niederschriften in chronologischer Anordnung.

Reinhard Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht. Mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf und einer Einleitung von Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt. Kreuz-Verlag Stuttgart, 358 S., Paperback 8,50 DM. — Informationen über die Rechtsgrundlagen der gegenwärtig geführten Prozesse mit Gutachten namhafter Juristen, Historiker und Soziologen.

Aktuelle Themen

John F. Kennedy, Dämme gegen die Flut. Reden und Erklärungen. Herausgegeben von John W. Gardner. Fischer Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 188 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 620). Zeugnisse aus dem ersten Amtsjahr des ermordeten Präsidenten der USA. Die deutsche Erstausgabe erschien im Econ-Verlag, Düsseldorf.

N.S. Chrustschow, Über die wichtigsten Probleme der Gegenwart. Reden und Aufsätze von 1956—1963. Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 766 S., Ln. 9,60 DM.

Gerhard Schröder, Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland. Herausgegeben und bearbeitet von Dr. Alfred Rapp. Econ-Verlag, Düsseldorf, 296 S., Ln. 19,80 DM. — Sammlung von Reden und Aufsätzen.

Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke. Eingeleitet von Janko Musulin. Fischer Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 201 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 550). — Mit Beiträgen u. a. von Rudolf Augstein, Thilo Koch, Golo Mann, Carlo Schmid, Gösta v. Uexküll,

Matthias Walden und einer Zeittafel für die Jahre 1949—1962.

Marion Gräfin Dönhoff, Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Kritik und Perspektiven. Rowohlt Verlag, Reinbek, 282 S., kart. 4,80 (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Doppelbd. 187/188).

Bernd Leonhard, 1×1 der Notstandsgesetze. Was jeder von den Notstandsgesetzen wissen muß. Röderberg Verlag, Frankfurt, 76 S., br. 2,— DM.

Walther Kampe, Das Konzil im Spiegel der Presse. Echter Verlag, Würzburg, 468 S., kart. 19,80 DM. — Mehr als 130 Korrespondenzen und Kommentare aus deutschsprachigen eZitungen. Viele kritische Stimmen fehlen.

Konstitution des II. Vatikanischen Konzils über die heilige Liturgie. Lateinisch-deutscher Text nach der amtlichen vatikanischen Ausgabe. Paulinus Verlag, Trier, 32 S., kart. 1,60 DM.

Der Fischer Weltalmanach 1964. Zahlen, Daten, Fakten. Herausgegeben von Prof. Dr. Gustav Fochler-Hauke. Fischer Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 399 S., kart. 3,80 DM. — Der jetzt im 5. Jahrgang erscheinende Almanach enthält alle wichtigen Angaben aus unserer Welt von heute: einen Länderteil von A—Z, der über die noch bemerkenswert große Zahl der abhängigen Gebiete und kolonialen Territorien ebenso Auskunft gibt wie über die souveränen Staaten in allen Erdteilen; Darstellungen der Tätigkeit und Mitgliedsübersichten internationaler und regionaler Organisationen; eine Chronik der Atomversuche und Abrüstungsverhandlungen seit dem Jahre 1945; ausgewählte Daten zur Raumforschung; das neueste Zahlenmaterial aus Wirtschaft, Verkehr und Handel sowie eine umfangreiche Kulturstatistik. Von besonderem Interesse sind die 150 Kurzbiographien afrikanischer und arabischer Politiker.

Krieg und Diplomatie

Hans E. Riesser, Von Versailles zur UNO, H. Bouvier & Co., Bonn, 1962; 2. Aufl. 1963, 286 S., kart. 16,80 DM, Leinen 26,80 DM.

Werner Otto von Hentig, Mein Leben eine Dienstreise, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen, 1962; 2. Aufl. 1963, 497 S. u. 1 Karte, Leinen 19,80 DM.

Zwei deutsche Botschafter, die vom Kaiserreich bis nach dem II. Weltkriege ihrem Lande hervorragende Dienste geleistet haben, berichten ihre vielfach ungewöhnlichen Erlebnisse. So verschieden Schauplätze und Aufgaben ihrer Laufbahn waren, die sie von der Versailler Friedensdelegation, Oslo, Washington, Riga und Paris zur UNO und von Peking nach Kabul, Reval, San Francisco und Djakarta führten, haben beide Diplomaten doch das miteinander gemeinsam, was Bismarck den „Luxus der eigenen Meinung" in Dienstverhältnissen genannt hat. Ihre Erinnerungen sind deshalb ungemein fesselnd und von der Presse glänzend besprochen worden; sie liegen beide in zweiter Auflage vor. Hentigs Bericht über die Zustände in Sowjet-Rußland 1919—1920, wo er Geschäftsträger der „Nansenhilfe" war, ist noch heute durchaus lehrreich.

Wir wollen hier nicht das Persönliche hervorheben, wird doch der einzelne von jener Woge des Geschehens getragen, die sich nach einem lateinischen Sprichwort nicht regieren läßt. Selbstsicher erklärte, wie Riesser berichtet, der deutsche Staatssekretär von Jagow nach Serajewo 1914: „Weltkrieg ist ausgeschlossen." Zwischen Oberster Heeresleitung, Auswärtigem Amt und Reichsmarineamt entbrannte, wie Rezensent bestätigen kann, ein erbitterter Kampf. Hingegen wurde man sich alsbald über umfangreiche Annexionsprogramme einig, an denen Oberste Heeresleitung und Wirtschaftsverbände bis zum letzten Augenblick festhielten. Hindenburg wies den Gedanken nationaler Selbstbestimmung und eines annexionslosen Friedens 1918 als „unzumutbar" zurück. Angesichts der angebotenen militärischen Kapitulation vom 3. Oktober 1918 und des Waffenstillstandsdiktates mußte der Gedanke an einen letzten Widerstand an der Weichsel, den wohl auch Walther Rathenau erwogen hat, ebenso Phantasie bleiben wie ein Rückzug auf Hitlers „Alpenreduit" 1945.

Deutschlands Bündnissystem zerbrach 1914 wie 1939 an jenen Koalitionen, deren „Albdruck" den Fürsten Bismarck bis in den Ruhestand verfolgte. Die zuständigen Militärs haben beide Male Nordamerikas Kriegseintritt völlig unterbewertet. Während Riesser überdies für das Ungeschick deutscher Wirtschaftsführer Beispiele gibt, schätzt er mit Recht den Politiker Gustav Stresemann sehr hoch ein. Stresemann sowie Rathenau haben als Diplomaten ihr Leben für den Frieden hingegeben. Sie waren nicht die einzigen Opfer ihres Berufes. Die Botschafter Mirbach 1918, Schulenburg und Hassell 1944, der Gesandte Kiep sowie wei-

tere Angehörige des Auswärtigen Dienstes und der letzte preußische Minister Popitz wurden ermordet. Der Österreicher Stürgkh und der Franzose Barthou teilten dies Schicksal. Reichspräsident Ebert und deutsche Botschafter wie Brockdorff-Rantzau, Hoesch, Pfleiderer oder jetzt Müller-Graaf haben ihre Kraft vorzeitig verzehrt. Der frühere Reichsminister Hilferding wurde von den Nazis in den Tod getrieben.

Daß die Verständigung mit Frankreich von jeher ein Erbteil deutscher Demokraten und Sozialisten war, hat ein anderes Opfer des Nationalsozialismus, der Sozialdemokrat und frühere Jungliberale Rudolf Breitscheid im Reichstag 1931 bekräftigt. Der Sozialist Edouard Herriot sowie Aristide Briands Auftreten im Genfer Völkerbundspalais sollten gleichfalls unvergessen bleiben. Dagegen setzten des Reichskanzlers von Papen „Konsultativpakt"-Anerbieten an Herriot und Hitlers „Entente"-Vorschlag an Daladier ein Bockspiel vor den Beginn der Tragödie von 1939.

Riesser zitiert Stresemanns Ausspruch: „Man muß in der Politik unterscheiden zwischen den politischen Realitäten und den Gefühlswerten." Eben dies haben Regierungen und Reichstage in Deutschland unterlassen im Gegensatz zur wahrhaft „realpolitischen" Regierungsweise Großbritanniens, dessen Parlament jede emotionaldemagogische Atmosphäre ausschließt. Der neudeutsche Imperialismus, den Kaiser Wilhelm II. mit „schimmernder Wehr" umgürten wollte, entsprach zwar den Zeitumständen; aber das Reich blieb, wie seine Feldzüge lehrten, eine Kontinentalmacht und unfähig, durch „Blitzkriege" dem vereinten nachhaltigen Druck von Weltmächten zu widerstehen.

Deutschlands verspätetes Bemühen, sich einen „Platz an der Sonne" zu erzwingen, erhält hierdurch etwas Irreales. Dies gilt für seine militärischen Versuche, den Suezkanal von Palästina oder von Lybien aus zu erreichen, die Seeherrschaft auf dem Atlantik durch Schlachtflotte oder U-Boote zu gewinnen, erst recht für alle Pläne, Rußlands sogenannte Satellitenvölker bis zum Ural und Kaukasus hin der eigenen Hegemonie zu unterwerfen, ja womöglich den Japanern in Sibirien anzugrenzen. Den Gedanken, Deutschland müsse die ostslawischen Ukrainer oder gar Kosaken und Georgier von ihren großrussischen Bedrükkern gewaltsam abspalten, hat schon Bismarck als „kindische Utopien" gekennzeichnet; auf altliberale Vorstellungen zurückgehend und beim Regierungsantritt Wilhelms II. wieder auftauchend, hat namentlich die „Befreiung" oder Ausbeutung der Ukraine in beiden Weltkriegen die Rolle eines militärischen Phantoms gespielt. Noch irrealer blieb der vor 1914 reifende Gedanke eines ganz Mittelafrika umfassenden Kolonialreiches. Der gesamten Außenpolitik fehlte eine universale, über die eigenen Interessen hinaus wirkende Idee. Ultimativ befristete Forderungen und „Einmarsch" ohne Kriegserklärung sind kein Ersatz staatsmännischen Könnens.

Das Ende des preußischen Militärstaates hat 1918 eine Ostgrenze hinterlassen, die unter Stresemanns Locarno-Vertrag ebenso wie nach 1945 völkerrechtlich ungesichert geblieben ist. Ganz Mittel- und Osteuropa waren vordem durch drei Kaiserreiche vom Nordkap bis zum Donaudelta politisch-ökonomisch integriert gewesen. Die Nachfolgestaaten bildeten in der Zwischenkriegszeit einen Unruheherd, den Rußland 1945 im Einvernehmen mit den Westmächten als Hegemonialmacht unter seine Kontrolle bringen konnte. Das gesamte Gebiet der früheren beiden „Mittelmächte", das Bismarck — trotz wachsender Schwierigkeiten — durch den Zweibund mit Wien und die Rückversicherung mit Petersburg stabil erhalten konnte, ist seit dem Fortfall seiner Großmachtposition zur abhängigen Variablen im Spiel der Weltmächte geworden.

Damit sind sämtliche „Mitteleuropa"-Pläne aus dem 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts hinfällig. Sie hatten über den Donauraum und den Bosporus hinaus schließlich ganz Vorderasien miteinbezogen. Um die Jahrhundertwende wollte Wilhelm II. den Schutzherrn aller Mohammedaner spielen; seine und Bülows Prestige-Staatskunst führte den Kaiser damals nach Jerusalem und Tanger. Eine solche Weltmachtpolitik schwächte, ähnlich dem Tirpitzschen Bau der Schlachtflotte, durch ihr türkisches Engagement Deutschlands Devensivstellung in Zentraleuropa. Ein zweimaliger militärischer Zusammenbruch beendete jede absehbare Möglichkeit, in Zentraleuropa eine unabhängige Großmachtstellung zwischen den Weltmächten des Westens und Ostens zu behaupten. Während die Weltmächte an jedem Punkt des Erdballs gegenwärtig sind, verlor das Reich bereits 1918 alle Attribute seines wilhelminischen Imperialismus.

Ihrerseits hatten die Alliierten das Osma-

nische Reich aufgeteilt und Persien in beiden Weltkriegen besetzt. Auch Afghanistan blieb unter ihrem Einfluß. Deutschland versuchte durch Orientexpeditionen, deren bekannteste der junge Hentig 1915/16 von Bagdad nach Kabul und zurück durch China wagte, seinen Einfluß auf die ihm fernen Gebiete zu verstärken. Deutschland hat noch im II. Weltkriege die indische Freiheitsbewegung gegen England unterstützt. In der Tat haben ganz Arabien, der Iran, Afghanistan, Pakistan und Indien die Unabhängigkeit errungen. Deutschland aber zog aus seinen romantischen Versuchen, sei es die Fahne des Propheten zum Heiligen Kriege zu entfalten, sei es eine indische Exilregierung im Berliner Tiergartenviertel zu etablieren, keinen eigenen Gewinn. Hentig erzählt in seinen „Dienstreisen", die sich durchweg wie ein spannender Roman lesen, man habe ihn ganz am Schluß des I. Weltkrieges nach Russisch-Turkestan senden wollen, „wesentlich um die Baumwollernte zu erfassen". Hitlers Außenminister Rippentrop wollte Hentig ein anderes Mal nach Afghanistan senden. Hier wurde der Boden der Realitäten vollends verlassen. Wie ein Kartenhaus brachen alle Eroberungen der deutschen Heerführer an den Fronten Europas, Vorderasiens und Nordafrikas zusammen. Mit den militärischen zerfielen auch die politischen Systeme. Wer dies Zusammenbrechen der kaiserlichen und der großdeutschen Wehrmacht 1917/18 und 1943/45 in einer Berliner Zentralbehörde miterlebte, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß an solchen Wendepunkten Staatsgewalt und gesellschaftliche Ordnung zur Übernahme durch ihre äußeren oder inneren Gegner bereit liegen.

Fürst Bülow schrieb dem Historiker Max Lenz im Oktober 1915, daß „nach den Fundamentalgrundsätzen Bismarckischer Politik eine überlegene und geschickte Politik sich einen Krieg nicht aufdrängen läßt, sondern zu bestimmten Zwecken, mit bestimmten Zielen im richtigen Augenblicke führt. Es kommt also darauf an, daß unsere Stellung nach dem Kriege eine erheblich bessere, stärkere und gesichertere ist als vor dem Krieg"; daß dafür „Worte und Abmachungen nicht genügen, sondern nur reale, konkrete und ausreichende Bürgschaften, Sicherheiten und Entschädigungen, liegt auf der Hand". Weil Deutschland 1914 völlig unbismarckisch in einen nicht zu gewinnenden Krieg hineingesteuert war, sollten „also" seine Feinde auf ihre Kosten das Reich vor einer Wiederkehr seiner fehlerhaften Ausgangsposition bewahren. In Bülows fast erstaunlichem Mangel an geschichtlich-staatsmännischer Logik ist Deutschlands 1939 eröffneter Zweiter Punischer Krieg bereits vorweggenommen. Unsere Erkenntnis dieser Zusammenhänge wird durch die hier angezeigten Memoiren zweier deutscher Botschafter dankenswert vertieft.

Prof. Dr. Friedrich Lenz, Bonn

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumentation um Berliner Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963

1) „An den Regierenden Bürgermeister Herrn Willy Brandt, Berlin-Schöneberg, Rathaus.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat Ihnen und dem Senat von West-Berlin mehrfach Vorschläge gemacht, wie über eine Reihe offener Fragen, darunter auch die der Ausgabe von Passierscheinen für West-Berliner Bürger zum Besuch der

Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin eine Verständigung herbeigeführt werden könnte. Sie, Herr Bürgermeister, und andere Vertreter des Senats von West-Berlin haben in der letzten Zeit mehrfach davon gesprochen, daß Regelungen wünschenswert wären, die es West-Berliner Bürgern ermöglichen würden, während des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes ihre Verwandten in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zu besuchen.

Geleitet von dem Bestreben, die Voraussetzungen für den Besuch von West-Berliner Bürgern in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik während der bevorstehenden Feiertage zu schaffen, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß sie auch eine solche zeitweilige Regelung für möglich hält.

Ungeachtet der weitergehenden notwendigen Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, für die Zeit vom 15. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 in West-Berlin Ausgabestellen einzurichten, bei denen West-Berliner Bürger Passierscheine für Besuche in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik erhalten könnten.

Wir hoffen, daß Sie diesem konstruktiven Vorschlag, der den Besuch der West-Berliner Bürger in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik in der genannten Zeit ermöglichen würde, Ihre Zustimmung geben werden.

Falls Sie es für notwendig halten, die Durchführung dieser Maßnahme mit mir zu besprechen, wäre ich zu einer Begegnung mit Ihnen in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik oder in West-Berlin bereit. Sollten Sie eine solche Begegnung nicht wünschen, so wäre ich auch einverstanden, wenn Sie einen Vertreter für eine derartige Besprechung benennen würden.

In der Hoffnung, daß Sie dem Bestreben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, den West-Berlinern für den Weihnachts- und Neujahrsverkehr Erleichterungen zu schaffen, Aufgeschlossenheit und Verständnis entgegenbringen, erwarte ich Ihre baldige Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Alexander Abusch

Berlin, den 5. Dezember 1963."

2) „Der Regierende Bürgermeister von Berlin läßt mitteilen: Es ist die Bereitschaft zur Kenntnis genommen worden, in der Weihnachtszeit Passierscheine für West-Berliner Bürger zum Besuch von Ost-Berlin auszugeben. Hierzu wird erklärt, daß die praktische Durchführung eines solchen Vorschlages selbstverständlich unterstützt werden wird. Zur technischen Vorbereitung der angekündigten Passierscheinerteilung und der damit verbundenen Verkehrsvorgänge stehen Experten zur Verfügung.

Herr Senatsrat Korber steht bereit, am 10. oder 11. Dezember 1963 im Rathaus Schöneberg, Zimmer 1007/8, mit einem oder mehreren Beauftragten über diese Fragen zu sprechen. Es wird um Mitteilung gebeten, wann die Beauftragten hier eintreffen werden.

Berlin 62, den 10. Dezember 1963."

3) „An den Regierenden Bürgermeister Herrn Willy Brandt, Berlin-Schöneberg, Rathaus.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Ihre Mitteilung vom 10. Dezember 1963 habe ich erhalten. Mit Genugtuung nehme ich Ihre Bereitschaft zur Kenntnis, über den in meinem Brief vom 5. Dezember 1963 unterbreiteten Vorschlag zu verhandeln und seine praktische Durchführung zu unterstützen.

Sie haben als Ihren Vertreter zu den Besprechungen Herrn Senatsrat Korber benannt. Als meinen Vertreter benenne ich Herrn Staatssekretär Erich Wendt.

Im Zusammenhang mit der zu Ihrem Brief gegebenen mündlichen Erklärung hält es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der schnellen sachlichen Regelung und der Wahrung der Vertraulichkeit für zweckmäßig, die erste Verhandlung am Donnerstag, dem 12. Dezember 1963, vormittags 10 Uhr, im Hause der Ministerien, Leipziger Straße 5—7, durchzuführen. Gleichzeitig teile ich unser Eintverständnis mit, daß eine zweite Besprechung an dem von Ihnen vorgeschlagenen Ort, im Rathaus Berlin-Schöneberg, stattfindet.

Ich bitte Sie, mir möglichst noch heute Ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag zukommen zu lassen, damit morgen die Besprechungen aufgenommen werden können.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Alexander Abusch

Berlin, den 11. Dezember 1963."

4) „Der Regierende Bürgermeister von Berlin läßt mitteilen:

Über den Ort einer ersten Sachbesprechung soll nicht gestritten werden.

Damit im Interesse der betroffenen Menschen keine weitere Verzögerung eintritt, wird Herr Senatsrat Korber am 12. Dezember 1963 zum angegebenen Zeitpunkt am angegebenen Ort erscheinen.

Herr Korber wird von zwei weiteren sachkundigen Mitarbeitern begleitet sein.

Wir haben aus diesem Anlaß keinen Wunsch in bezug auf den Gesprächspartner geäußert. Unser Wunsch ging und geht allein dahin, zu solchen praktischen Regelungen zu gelangen, die im Interesse der Menschen in dieser geteilten Stadt liegen.

Es wird erwartet, daß konkrete Vorschläge unterbreitet werden, wie unseren Mitbürgern das Betreten des anderen Teils der Stadt ermöglicht werden soll und wie die damit verbundenen Verkehrsvorgänge technisch gelöst werden können.

Es wird weiter davon ausgegangen, daß mit diesem Bemühen um menschliche Erleichterungen keine sachfremden politischen Interessen verbunden werden.

Berlin 62, den 11. Dezember 1963."

5) „Entwurf

P r o t o k o l l

Im Ergebnis eines schriftlichen Meinungsaustausches, der zwischen dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Alexander Abusch, und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin(-West), Herrn Willy Brandt, geführt wurde, und im Ergebnis der darauf basierenden Verhandlungen zwischen den bevollmächtigten Vertretern beider Seiten, Herrn Staatssekretär Erich Wendt und Herrn Senatsrat Horst Korber, die in der Zeit vom 12. Dezember 1963 bis . . . Dezember 1963 im Haus der Ministerien, Leipziger Straße, und im Hause des Senators für Verkehr und Betriebe, Fasanenstraße, stattgefunden haben, wurde nachstehende Übereinkunft erzielt:

I

A u s g a b e v o n T a g e s a u f e n t h a l t s g e n e h m i g u n g e n

1. Für die Zeit vom 16. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 werden von der Deutschen Demokratischen Republik in West-Berlin Tagesaufenhaltsgenehmigungen an West-Berliner Bürger zum Besuch ihrer Verwandten in der Hauptstadt der DDR ausgegeben.

2. Als Verwandtenbesuch gilt

der Besuch von Eltern, Kindern, Großeltern, Enkeln, Geschwistern, Tanten und Onkeln, Nichten und Neffen sowie der Ehepartner dieses Personenkreises;

der Besuch von Ehegatten untereinander.

3. Voraussetzung für die Genehmigung von Besuchsanträgen ist, daß der Antragsteller nicht gegen die Gesetze der DDR verstoßen hat.

II

E i n r i c h t u n g v o n A u s g a b e s t e l l e n f ü r T a g e s a u f e n t h a l t s g e n e h m i g u n g e n

1. Für die Zeit vom 16. Dezember 1963 bis 4. Januar 1964 werden Ausgabestellen für Tagesaufenthaltsgenehmigungen eingerichtet in . . . (Es folgt die Angabe von zwölf Schulen in den zwölf Bezirken in West-Berlin. Die Redaktion.)

2. Die Ausgabestellen sind werktags von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Die Entgegennahme der Anträge erfolgt in der Zeit vom 16. Dezember 1963 bis 3. Januar 1964.

Die Ausgabe der Tagesaufenthaltsgenehmigungen erfolgt in der Zeit vom 17. Dezember 1963 bis 4. Januar 1964.

3. Auf die Ausgabestellen wird durch Schilder mit folgender Beschriftung hingewiesen:

‚Tagesaufenthaltsgenehmigungen

Anträge Ausgabe'

4. Die Entgegenahme der Anträge auf Tagesaufenthaltsgenehmigungen und die Ausgabe der Tagesaufenthaltsgenehmigungen erfolgt durch Postangestellte der DDR.

In den Ausgabestellen werden jeweils fünf bis sechs Postangestellte der DDR tätig sein. Einschließlich der nachfolgend unter Ziffer 6. erwähnten Begleiter können bis zu 100 Angestellte der DDR eingesetzt werden.

5. Der Senat stellt angemessen eingerichtete, geeignete Räumlichkeiten für die Ausgabestellen zur Verfügung und sorgt für Heizung, Strom, Reinigung usw.

6. Der Transport der Postangestellten der DDR sowie der Transport der Anträge und Tagesaufenthaltsgenehmigungen erfolgt in West-Berlin durch Kraftfahrzeuge des Senats.

Für die Transporte der Anträge und Tagesaufenthaltsgenehmigungen von und zu den Ausgabestellen stellt die DDR-Seite jeweils zwei Begleiter.

7. Jede Seite trägt die Kosten für die von ihr nach diesem Protokoll zu erbringenden Leistungen.

III

Gewährleistung der ungestörten Abwicklung der Tätigkeit der Ausgabestellen sowie des Besucherverkehrs

1. Beide Seiten treffen alle Voraussetzungen für eine ungestörte Arbeit der Ausgabestellen und eine reibungslose Abwicklung des Besucherverkehrs.

2. Der Senat gewährleistet die Sicherheit und Ordnung im Bereich der Ausgabestellen und in der West-Berliner Umgebung der Übergangsstellen.

3. Der Senat gewährleistet die persönliche Sicherheit der in den Ausgabestellen tätigen Postangestellten der DDR und der unter Ziffer II/6 erwähnten Begleiter.

4. Der Senat gewährleistet, daß keine Eingriffe in die Arbeitsmaterialien der Ausgabestellen bei der Aufbewahrung in den Ausgabestellen oder auf dem Transport erfolgen.

5. Jede gegen die Einrichtung und Arbeit der Ausgabestellen und gegen die ungestörte Durchführung des Besucherverkehrs gerichtete Tätigkeit ist zu unterlassen.

IV

Durchführungsbestimmungen

Technische Einzelheiten der Durchführung dieses Protokolls, über die eine Einigung erzielt wurde, werden in einer Anlage aufgenommen.

V

Beilegung von Streitfragen

Sollte es über die Auslegung oder Durchführung dieses Protokolls zu Meinungsverschiedenheiten kommen, so ist ihre Beilegung zwischen Staatssekretär Wendt und Senatsrat Korber zu beraten.

Berlin, den Dezember 1963

Für den Senat von Berlin(-West) Für die Regierung der DDR"

6) „Nach einem Meinungsaustausch, der durch einen Brief des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Herrn Alexander Abusch, vom 5. Dezember 1963 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Willy Brandt, eingeleitet wurde, sind Staatssekretär Erich Wendt und Senatsrat Horst Korber vom 12. bis 17. Dezember 1963 zu sieben Besprechungen über die Ausgabe von Passierscheinen für Bewohner von Berlin (West) zum Besuch ihrer Verwandten in Berlin (Ost), Hauptstadt der DDR, in der Zeit vom 18. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964, zusammengekommen.

Ungeachtet der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte ließen sich beide Seiten davon leiten, daß es möglich sein sollte, dieses humanitäre Anliegen zu verwirklichen. In den Besprechungen, die abwechselnd in Berlin (West) und Berlin (Ost), Hauptstadt der DDR, stattfanden, wurde die als Anlage beigefügte Übereinkunft erzielt.

Beide Seiten stellten fest, daß eine Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte.

Dieses Protokoll mit seiner Anlage wird von beiden Seiten gleichlautend veröffentlicht.

Berlin, den 17. Dezember 1963.

Auf Weisung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik.

gez. Erich Wendt, Staatssekretär.

Auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde.

gez. Horst Korber, Senatsrat." Nach: Die Welt v. 18. XII. 63.

Entschließungen der VIII. Session der Table Ronde Est-Ouest in Moskau, 5.—8. XII. 1963 (vgl. auch S. 4 ff.)

Entschließung zu den Abrüstungsproblemen

I. Unmittelbar mögliche Maßnahmen

Die Teilnehmer der VIII. west-östlichen Table Ronde-Konferenz, die in Moskau vom 5.—8. Dezember 1963 zusammentrafen, bekräftigen von neuem die Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter internationaler Kontrolle, welche die begründete und hauptsächliche Garantie für einen stabilen und dauerhaften Frieden ist.

Aber die zu einer solchen Abrüstung führenden Verhandlungen können von langer Dauer sein, und ihre Abwicklung wird von dem jeweiligen Stand der hauptsächlichen Streitpunkte beeinflußt, welche die Machtblöcke noch voneinander trennen.

Aus diesem Grunde und ohne abzuwarten, bis ein solcher Vertrag zu Papier gebracht, signiert und ratifiziert ist, befürworten die Teilnehmer den möglichen und wünschenswerten Abschluß von begrenzten Vereinbarungen, die ohne Aufschub in Kraft treten können und dazu beitragen würden, die Atmosphäre zu entspannen und neue Fortschritte zur Lösung der noch bestehenden politischen Streitfragen, und der technischen Schwierigkeiten der Abrüstung zu erzielen.

Die Teilnehmer sind in ihren Ansichten ermutigt durch die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages über den Stopp der nicht unterirdischen nuklearen Versuche, die nach ihrer Ansicht ein bedeutsames Ereignis unserer Epoche darstellt. Sie beglückwünschen die Verhandlungspartner und stellen mit Freude fest, daß dieses Abkommen, wichtig bereits in Anbetracht seiner Wirkung gegen die Ausbreitung der atomaren Waffen, noch wesentlicher ist durch das Klima, das es geschaffen hat. Mehr als jede andere Bekundung hat es in der Tat dazu beigetragen, den Kalten Krieg abzubauen und eine Entspannung der Gemüter herbeizuführen.

Andere Teil-Maßnahmen müssen diesem Versuchsstopp folgen. Die Teilnehmer des Runden Tisches richten an alle Regierungen, vor allem an diejenigen, denen ihre Teilnahme an der Genfer Konferenz eine besondere Verantwortung auferlegt, sowie an die öffentliche Meinung aller Völker die Aufforderung, sofort über folgende Maßnahmen, deren jede einzelne unmittelbar anwendbar ist, unabhängig von den anderen und selbst im Falle des Fehlens jeglicher Vereinbarung über die allgemeine und vollständige Abrüstung, zu verhandeln:

1. Ausdehnung des Verbots der nuklearen Versuche auf unterirdische Explosionen, ausgenommen diejenigen, welche wissenschaftliche oder technische Zwecke verfolgen und unter internationaler Kontrolle autorisiert werden;

2. Hinzufügung eines Abkommens an den Moskauer Vertrag, das jede neue Ausbreitung von atomaren Waffen in der Form ihrer Lieferung durch eine Atommacht an ein verbündetes Land oder eine Gruppe von verbündeten Ländern untersagt oder ihnen in irgendeiner anderen Form erlaubt, an der Anwendung dieser Waffen teilzuhaben;

3. Ein Abkommen, das darauf hinzielt, die Verbreitung atomarer Waffen unmöglich zu machen, d. h. ihre künftige Produktion durch noch nicht atomare Mächte, und zwar durch unterschriftliche Verpflichtung, im Geiste des Abkommens von Moskau, der Atommächte, keine Atomgeheimnisse auszuliefern und keinerlei wissenschaftliche und technische Hilfe zu leisten, die selbst in indirekter Weise eine solche Verbreitung erlauben würde;

4. Verpflichtung der atomaren Mächte, die Stationierung der atomaren Waffen nicht weiter auszudehnen, d. h. sie nicht in Gebieten unterzubringen, die gegenwärtig nicht mit diesen Waffen versehen sind;

5. Schaffung von atomfreien Zonen, die einer strengen internationalen Kontrolle unterstellt sind;

6. Schaffung von verdünnten Zonen, die nicht notwendigerweise mit den staatlichen Grenzen übereinstimmen müssen. Im Innern dieser Zonen würden die Truppenstärken und die konventionellen Waffen reduziert oder die verbündeten Truppen würden zurückgezogen, oder diese beiden Arten von Maßnahmen würden gleichzeitig realisiert werden. Internationale Kontrollen sollten in diesen Zonen proportional zu ihrer teilweisen oder vollständigen Entmilitarisierung installiert werden;

7. Schaffung eines Beobachterkorps in durch Vereinbarung bestimmten Gebieten, mit ständigem Sitz auf den großen Flughäfen, in Häfen und an Eisenbahnen- und Fernstraßen-

kreuzungen, mit der Aufgabe, jede Bewegung von Truppen oder von Material, die einen Überraschungsangriff befürchten lassen könnte, zu melden.

8. Verzicht der Militärmächte, im besonderen der NATO und des Warschauer Paktes, auf jede Erhöhung ihrer militärischen Ausgaben über das gegenwärtige Niveau des bestehenden, 1963 beginnenden Budgets hinaus. Dies betrifft sowohl die Ausgaben für den Unterhalt der Truppen, als für die Erhaltung und Anschaffung militärischen Materials.

9. Anstrengungen mit Hinblick auf einseitige Abrüstung der militärisch schwachen Staaten, sofern sie dies wünschen, im Austausch gegen die Verpflichtung aller an ihr Gebiet angrenzenden Staaten, sie nicht anzugreifen noch sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, in Verbindung mit einer angemessenen Kontrolle auf beiden Seiten ihrer Grenzen.

Jede dieser Maßnahmen kann in einer sehr kurzen Frist geprüft und ausgeführt werden. Jede bedeutet einen Beitrag zur Verringerung der diplomatischen Spannungen und der globalen militärischen Lasten und würde die Verhandlungen für die allgemeine und totale Abrüstung erleichtern. Aber keine dieser Maßnahmen könnte die allgemeine und totale Abrüstung ersetzen, die die grundsätzliche Forderung der Teilnehmer am Table Ronde-Gespräch bleibt.

II. Der Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung

Die Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird heute von allen Staaten anerkannt. Um sie zu verwirklichen, haben die Regierungen insgesamt Interesse an Verhandlungen über den Vertrag und daran, ihn in der kürzestmöglichen Frist zu ratifizieren, um militärische Ausgaben zu ersparen und die Forschung von noch furchtbareren Waffen einzustellen, als die, welche heute zur Verfügung stehen. Die Teilnehmer am Runden Tisch betonen, daß der Rüstungswettlauf und die politischen Meinungsverschiedenheiten zwei voneinander abhängige Erscheinungen sind, von denen die eine die andere stets nach sich zieht und beschwert. In umgekehrtem Sinne: Jeder Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung eröffnet neue Möglichkeiten für die internationale Entspannung und umgekehrt. Der Abschluß eines Vertrages über die Abrüstung würde sich ebenso nachdrücklich auf die Entspannung auswirken.

Die Dauer der Durchführung der Maßnahmen des Vertrages muß auf ein Mindestmaß beschränkt werden, das mit den technischen Maßnahmen vereinbar ist, die der Vertrag umfaßt. Im Zuge des Vergleichs zwischen den letzten Vorschlägen von sowjetischer und amerikanischer Seite in Genf erachten die Teilnehmer am Runden Tisch es für möglich, daß drei Etappen von jeweils zwei Jahren vorgesehen werden. Jede Durchführungsetappe des Vertrages sollte Verminderungen in den Truppenstärken, der konventionellen Bewaffnung und der militärischen Ausgaben umfassen, so daß jeder Staat nach der Abrüstung nur ein streng begrenztes Polizeikontingent mit ausschließlich leichten Waffen behält. Die Vertragsvorschläge der UdSSR und der USA sind auf diesen Gebieten einander nahe genug, um eine glückliche Vereinbarung zu erlauben.

Die zur Massenvernichtung geeigneten Zerstörungswaffen sowie alle zu ihrer Anwendung erforderlichen Vorrichtungen müßten zerstört oder einem internationalen Institut für Wissenschaftliche Raumforschung im Laufe der ersten Etappe übereignet werden, vorbehaltlich der weiter unten vorgesehenen Ausnahmen. Gleicherweise sollten die Vorräte an spaltbarem Material zerstört oder am Ende dieser Etappe friedlichen Zwecken zugeführt werden, wobei anfangs das Maß der Beseitigung proportional dem Umfang der existierenden Vorräte in jedem Lande entsprechen würde.

Um während des Verlaufs der Abrüstung die internationale Sicherheit zu garantieren, würde eine streng begrenzte Menge nuklearer Waffen und der dazu gehörigen Vorrichtungen von beiden Parteien zurückbehalten werden, in gegenseitiger Übereinkunft und unter folgenden Bedingungen:

Die Menge der Vorräte würde beim einen und beim anderen Partner die gleiche sein und von Experten auf ein Mindestmaß beschränkt werden, das ausreichte, den zu bedrohen, der versuchen würde, den Vertrag zu brechen, das jedoch nicht genügen würde, um eine nukleare Aggression zu beginnen. Die Anzahl dürfte, nach der Meinung der Teilnehmer, einige Dutzend nicht überschreiten.

Die gesamte vorhandene militärische Macht würde ebenfalls von den beiden Partnern begrenzt.

Die zurückgehaltenen Raketen sollen auf feststehenden Rampen auf der Erde untergebracht und ständiger Kontrolle unterworfen werden. Jede Rampe würde mit einer einzigen Rakete ausgestattet sein.

Diese nukleare Bewaffnung würde von den beiden Mächten bis zur Vollendung der dritten Etappe der Abrüstung erhalten und dann unter internationaler Kontrolle zerstört.

•

Während der ganzen Dauer der Durchführung der drei Etappen der Abrüstung würde eine internationale Kontrolle funktionieren, die feststellt, daß die Zerstörungen oder Verminderungen von den Unterzeichnern des Vertrages korrekt durchgeführt werden.

Die Teilnehmer betonen, daß die im Besitz der verschiedenen Staaten befindlichen Unterlagen, zusammen mit der Kontrolle der durchgeführten Zerstörung der Waffen, der Inspektion der spezialisierten Rüstungsbetriebe und der Prüfungen der Budgets, eine genügend genaue Durchführung des Vertrages erlauben, zumindest während seiner ersten Etappe.

Sie sind überzeugt, daß die genaue Durchführung der Maßnahmen eine solche Entspannung und ein solches aufeinanderfolgendes Gefühl des Vertrauens erzeugen wird, daß die Vertragspartner dazu übergehen werden, spontan die Operationen zu beschleunigen und auf das schnellste die entsprechenden Einsparungen zu machen, von denen ein Teil dazu bestimmt sein wird, den weniger entwickelten Völkern zu helfen.

Die Teilnehmer am Runden Tisch bekräftigen außerdem, daß jeder Vertrag über die allgemeine und totale Abrüstung Klauseln enthalten muß, die die Sicherheit der abgerüsteten Staaten gewährleisten.

Die Konferenz wird diese Frage auf der kommenden IX. Zusammenkunft wieder aufnehmen, ebenso wie die Behandlung der zu diesem Zweck von den Herren Noel-Baker, Warbey, James David und Zilliacus verfaßten Dokumente. Die Teilnehmer des Table Ronde-Gesprächs appellieren an die Delegationen der Genfer Abrüstungskonferenz, diese Kompromiß-Vorschläge in ihre Beratungen einzubeziehen und ihre Verhandlungen, die bisher zu langsam vorangekommen sind, zu beschleunigen, um den Wunsch der Menschen nach Frieden zufriedenzustellen.

Entschließung über die kulturelle Zusammenarbeit.

Die Teilnehmer der VIII. Table Ronde-Zusammenkunft

— beachtend, daß die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit einen der wesentlichen Aspekte der friedlichen Koexistenz bildet und eine Einrichtung für ein besseres Verständnis zwischen den Völkern bildet,

— darum bemüht, die Achtung vor der Würde des Menschen wiederhergestellt zu sehen,

— wünschen, daß alle Mittel der Bildung und der Information, insbesondere das Buch, die Presse, der Film, der Rundfunk und das Fernsehen, sich in erster Linie von den durch die UNO definierten Grundsätzen leiten lassen, die endgültig jede Propaganda für Krieg, Gewalt und Haß verbannen,

— empfehlen, daß die Lehrer aller Grade sich darum bemühen, bei der Jugend das Gefühl für die internationale Zusammenarbeit und die Freundschaft zwischen den Völkern zu entwickeln.

Eine umfassende Begegnung der Lehrer sollte ins Auge gefaßt werden, getragen von der Initiative berufener internationaler Organisationen, damit im einzelnen Erziehungsmethoden festgelegt werden, die mit der Beschaffenheit und Vielfalt der Welt von heute übereinstimmen.

Große Anstrengungen sollten verwirklicht werden auf dem Gebiet des kulturellen, alle Kreise der Bevölkerung umfassenden Austausches, wobei die Stipendien an Schüler, Studenten und qualifizierte Personen erweitert werden müßten.

Ihre Huldigung erweisend, an all das, was auf diesen Gebieten durch zahlreiche Regierungen bereits verwirklicht wurde, glauben die Teilnehmer der Konferenz jedoch aussprechen zu müssen, daß die Aktivität der nichtregierungsamtlichen sozialen Organisationen noch nicht ausreichend ist und daß sie einer ernstlichen Ermutigung bedürfen.

Die Teilnehmer schlagen vor, innerhalb der Organisation der UNESCO eine Konferenz des europäischen Fernsehens einzuberufen, um die Grundlage für eine regelmäßige Zusammenarbeit auszuarbeiten. Ihre hauptsächliche Aufgabe würde in der gemeinsamen

Ausarbeitung von kulturellen Programmen bestehen, die dazu bestimmt sind, zwischen den Völkern eine wahrhafte Annäherung herbeizuführen, gegründet auf einer großen wechselseitigen Kenntnis voneinander.

Schließlich soll die Aufmerksamkeit der Friedensfreunde auf ein sehr positives Element des Fortschritts gerichtet werden, das die Projekte internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und medizinischen Forschung darstellen.

Es ist zu hoffen, daß bescheidene Opfer aus den Militärbudgets es möglich machen werden, sehr schnell ein Institut für internationale Krebsforschung zu schaffen, wo Forscher aller Länder sich in ihrer Erfahrung befruchten können und so dieses Institut zu einer wahrhaften Stätte des Lebens machen werden.

Es ist augenscheinlich, daß diese verschiedenen Probleme nur dann vollkommen gelöst werden können, wenn ein Teil der sehr beträchtlichen Mittel, die heute den Militärausgaben zur Verfügung stehen, humanitären Zwecken zugeleitet werden.

Entschließung zu den nichteuropäischen Fragen

Die Beendigung des Kolonialismus, für die sich die Generalversammlung der UNO aussprach, ist eines der entscheidenden Ereignisse unseres Jahrhunderts. Aber die unvermeidlichen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in den entkolonisierten Ländern und den anderen Entwicklungsländern verlangen von den wirtschaftlich entwickelten Mächten, bei Achtung der Souveränität jener Staaten, eine folgende Punkte umfassende Vereinbarung:

1. In der Hilfe an Entwicklungsländer darf kein Staat danach trachten, militärische und politische Vorteile zu erlangen oder aus politischen Veränderungen Nutzen zu ziehen, um diese Länder in Militärblöcke einzuspannen.

2. Ein Verbot muß jede Waffenlieferung an Regierungen betreffen, die sie für die Unterdrückung der für ihre Freiheit und nationale Unabhängikeit kämpfenden Völker sowie für eine gewaltsame Veränderung bestehender Grenzen und die Annexion fremder Gebiete benutzen. Die wirtschaftlich entwickelten Staaten müßten sich verständigen, damit die Entwicklungsländer nicht in den Rüstungswettlauf einbezogen und ihre bescheidenen Mittel nicht von der Verwirklichung dringender Wirtschaftsaufgaben abgewendet werden.

3. Alle Mächte müssen, entsprechend ihrer Mittel, in der wirtschaftlichen Hilfeleistung an die Entwicklungsländer zusammenarbeiten, wenn möglich in gemeinsamer Aktion, vor allem im Rahmen der UNO.

4. Die Teilnehmer am VIII. Table Ronde-Gespräch geben ihrer Unruhe Ausdruck angesichts der Tatsache, daß eine notwendige Normalisierung der Lage im Laos nicht verwirklicht wurde. Die Teilnehmer dieses Gesprächs fordern die Staaten, die den Genfer Laos-Vertrag 1962 unterzeichneten, auf, die sofortige Anwendung dieses Vertrages zu gewährleisten.

Um zur Gesundung der Weltsituation und zur Befestigung der internationalen Zusammenarbeit beizutragen, halten die Teilnehmer der VIII. Table Ronde-Konferenz es für absolut notwendig, die Delegierten der chinesischen Volksrepublik, als rechtmäßige Vertreter Chinas, unverzüglich in die UNO aufzunehmen.

Entschließung in den anderen politischen Fragen

Die Teilnehmer des VIII. Table Ronde-Treffens schritten zu einem Meinungsaustausch über zahlreiche Fragen, die in Beziehung mit der europäischen Sicherheit stehen, und sind einstimmig zu folgendem Beschluß gekommen:

Die führenden Mächte sollten ohne Verzögerung Verhandlungen über folgende Punkte eröffnen:

1. Das Verbot der Zuflucht zum Waffengebrauch, insbesondere durch den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Mächten der Nato und des Warschauer Paktes, der dazu beiträgt, Vertrauen in Europa zu erzeugen und die Stabilität zu stärken.

2. Die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa auf der Basis des Rapacki-Planes und/oder anderer analoger Vorschläge, wie diese in der Entschließung des gegenwärtigen „Runden Tisches" über die Abrüstung präzisiert sind.

3. Der Schutz gegen die Gefahr von Überraschungsangriffen, wie ebenfalls in der oben

zitierten Entscheidung dargelegt. Die Teilnehmer übersehen nicht, daß manche Deutsche es vorziehen würden, die Teilnahme ihrer Regierungen von der Erreichung von vorhergehenden oder gleichzeitigen Fortschritten auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands abhängig zu machen; aber selbst unter diesem Gesichtspunkt ist es unerläßlich, zuerst an der Entspannung zu arbeiten.

Aus dieser Sicht und gemäß der Opposition des „Runden Tisches" gegen jegliche Ausbreitung der Atomwaffen, muß die nukleare Bewaffnung der einen oder der anderen deutschen Armee, in welcher Form auch immer, sei es direkt oder indirekt, vermieden werden.

Die Teilnehmer des „Runden Tisches" appellieren andererseits an die Großmächte, die Verhandlungen über das deutsche Problem weiter zu verfolgen, um ein für alle annehmbares Abkommen zu erreichen.

Verbesserung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und Entwicklung des Welthandels

Die hauptsächlichen Wirtschaftsprobleme, denen die Welt sich heute gegenübergestellt sieht, ergeben sich aus dem Rüstungs-Wettrennen, aus der Situation der weniger entwickelten Länder und den wirtschaftlichen Maßnahmen, die mit dem Kalten Krieg verbunden sind. Wir betrachten es vor allem als wichtig, daß alle Einschränkungen, die den Handel, die Anleihen, die Kredite betreffen, und die politischen Diskriminierungen oder strategischen Rücksichten entspringen, aufgehoben werden. Insbesondere messen wir der Entwicklung aller Möglichkeiten des Welthandels eine große Wichtigkeit bei als Mittel zur Sicherung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen.

Die Konferenz des west-östlichen „Runden Tisches" erachtet die Einberufung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung als einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege der Entwicklung friedlicher Wirtschaftszusammenarbeit zwischen allen Nationen der Welt. Wir appellieren an alle Regierungen, dieser Konferenz ihre volle Unterstützung zu widmen, und wir erwarten, daß sie für alle Nationen offen sein wird, ganz gleich, ob diese Länder Mitglieder der UNO sind oder nicht. Andererseits bitten wir alle Teilnehmer dieser Konferenz, ihre volle Aufmerksamkeit auf die Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West und auf die Förderung der weniger entwickelten Länder zu richten.

Wir hoffen, daß die Konferenz für Handel und Entwicklung insbesondere Schritte in Hinsicht auf die Beseitigung aller Einschränkungen einer freien Entwicklung des Handels unternehmen wird, wie sie in Embargos, Handelsquoten und Kreditdrosselungen infolge politischer und strategischer Gesichtspunkte bestehen.

Die Konferenz für Handel und Entwicklung sollte ihre besondere Aufmerksamkeit den Problemen des Handels mit den weniger entwickelten Ländern und der Hilfe an diese Länder mit dem Ziel der Förderung ihres industriellen und landwirtschaftlichen Fortschritts vorbehalten.

Das wohl größte wirtschaftliche Problem stellt jedoch der sich mehr und mehr vertiefende Abgrund zwischen den hochentwickelten Gebieten der Welt und den minderentwickelten dar. Eine der Hauptursachen für diesen Abgrund ist die ungünstige Entwicklung des Handels der weniger entwickelten Länder. Diese hat in den letzten Jahren die Hilfsgelder, die Anleihen und die gewährten Kredite verschlungen. Es ist wichtig, daß die weniger entwickelten Länder über genügend große Hilfsquellen verfügen können, um ihre nationale Produktion in einem Rhythmus zu vermehren, der beträchtlich schneller ist als derjenige des Anwachsens ihrer Bevölkerung, um ihre Bedürfnisse auf den Gebieten der Erziehung und des sozialen Wohlstands zu befriedigen.

Die Hilfe der entwickelten Länder für die weniger entwickelten Völker ist durch die Auswirkungen des Kalten Krieges eingeschränkt. Aus diesem Grunde wird diese Hilfe nicht immer so eingesetzt, wie es am nützlichsten ist, und manchmal werden die Hilfsmittel infolge von außerwirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeudet.

Die finanziellen und materiellen Hilfsquellen, die dank der Verminderung der Militärausgaben freigemacht werden können, sollten für soziale und humanitäre Zwecke verwendet werden, für den Kampf gegen Hungersnot und Elend, für die Verbesserung des Wohlstandes und des Gesundheitswesens sowie für die kulturelle Entwicklung. Im ein-

zelnen sollte ein nennenswerter Prozentsatz dieser durch die Abrüstung freigemachten Mittel für eine vermehrte Hilfe für die weniger entwickelten Gebiete der Erde bestimmt sein.

Wir halten es für notwendig, daß die Konferenz für Handel und Entwicklung zur Gründung einer ständigen Organisation für Handel und Entwicklung führt, die als eine UNO-Abteilung allen Nationen offen stände. Eine solche Einrichtung würde den Welthandel fördern und erleichtern und die Hilfe für die weniger entwickelten Territorien erweitern und verbessern. Das zu erreichende Ziel ist, den weniger entwickelten Ländern zu erlauben, ihre Industrie und ihre Landwirtschaft zu fördern und ihre Handelspartner frei zu wählen, wie es ihr eigener Vorteil und der der anderen Länder gebietet. Endlich, um eine bessere internationale Arbeitsteilung zu erreichen, sollte die Organisation für Handel und Entwicklung die Arbeit der bestehenden Büros der Vereinten Nationen, der regionalen Wirtschaftsorganisationen und der zweiseitigen Abkommen koordinieren. Der kürzlich in den internationalen politischen Beziehungen erzielte Fortschritt muß als geeignete Basis für entscheidende Fortschritte auf den Gebieten des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung dienen.

Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft

In einer Zeit, in der die Entwicklung der Vernichtungswaffen in Ost und West die Menschheit in die Gefahr gebracht hat ausgelöscht zu werden, kommt der Arbeit der DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT (DFG), gegr. 1892, erhöhte Bedeutung zu.

Im Geiste ihrer 6 Friedens-Nobelpreisträger (u. a. Bertha von SUTTNER, Carl von OSSIETZKY, Albert SCHWEITZER, Linus PAULING) und gleichgesinnter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik möchte die DFG zur Entspannung der heutigen Weltlage beitragen. Eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens ist die Lösung der deutschen Frage. Hierzu unterbreitet die DFG der Öffentlichkeit nachstehende Vorschläge:

1. Nach dem ersten hoffnungsvollen Beginn in Berlin sollten weitere Verhandlungen geführt werden, die der innerdeutschen Entspannung dienen. Der menschliche Gesichtspunkt sollte dabei den Vorrang vor Prestigefragen haben.
2. Die Pläne für eine atomwaffenfreie Zone mit verminderter Rüstung in Mitteleuropa sollten von beiden Teilen Deutschlands unterstützt werden.
3. Die Amnestierung aller Verhafteten und Verurteilten, deren „Vergehen" in unerwünschter politischer Gesinnung bestand, ist in beiden Teilen Deutschlands vordringlich.
4. Die ostdeutsche Regierung (Regierung der DDR) sollte im Interesse von Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland den Schießbefehl an ihren Grenzen zurücknehmen.

gez. D. Martin Niemöller (Präsident)

Hamburg, den 4. I. 64 — gez. Pfr. Gottfried Wandersleb · gez. August Bangel (Bundesvorsitzende)

Jungdemokraten für Kontakte mit DDR-Jugend

I.

Auf Antrag des Kreisverbandes Birkenfeld der DJD hat der Landesvertretertag 1963 der Deutschen Jungdemokraten, Landesverband Rheinland-Pfalz, am 8. Dezember 1963 in Speyer beschlossen:

Der Landesvorstand der Deutschen Jungdemokraten wird beauftragt, zu prüfen, ob und wieweit es möglich ist, im kommenden Jahr Begegnungen zwischen Jungdemokraten und Jugendlichen aus Mitteldeutschland durchzuführen.

II.

Begegnungen von Jugendlichen aus beiden Teilen Deutschlands in der Zone wurden in Bad Münder auf einem außerordentlichen Landesjugendtag des Landesverbandes Niedersachsen der Deutschen Jungdemokraten befürwortet. Der Landesvorstand wurde beauf-

tragt, alle Möglichkeiten solcher Begegnungen umgehend zu prüfen.

In der Diskussion wurden Begegnungen mit Angehörigen der sowjetzonalen „Freien Deutschen Jugend" nicht ausgeschlossen.

Die Welt v. 17. XII. 63

Protest der Rektorenkonferenz gegen Kürzung der Mittel für die Studienförderung nach dem Honnefer-Modell

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. J. Speer, übergab der Presse folgende Erklärung: „Die Bundesregierung hat den für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen 1964 vorgesehenen Haushaltsansatz von 220 Mill. DM auf die vom Wissenschaftsrat für notwendig erachtete Summe von 250 Mill. DM erhöht. Die Erleichterung der Hochschulen über diesen Entschluß wird jedoch dadurch beeinträchtigt, daß zugleich — in einem anderen Ressort — die Beträge für die Studienförderung nach dem Honnefer-Modell um 27,5 Mill. DM gekürzt wurden. Da so der notwendige Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen aus Bundesmitteln mit Verzicht auf vermehrte Förderung bedürftiger und begabter Studenten Hand in Hand geht, müssen die Hochschulen, die sich als Gemeinschaften von Lehrenden und Lernenden verstehen, solcherart von Schwerpunktbildung gegenüber ihre Bedenken anmelden.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz stellt fest, daß die seit langem notwendige Einbeziehung der Kinder aus weiteren Bevölkerungskreisen in die Förderung und die Erhöhung der Stipendien der Anfangsförderung von 195 DM auf 250 DM monatlich unmöglich geworden sind, wenn die Bundesländer nicht für den Ausfall der Bundesmittel eintreten.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erlaubt sich, die Bundesregierung vorsorglich an ihre Regierungserklärung zu erinnern, und bittet trotz der finanziellen Belastung, die aus der Vergangenheit herrührt, die Vorbereitung der Zukunft unseres Volkes nachdrücklich voranzutreiben."

Nach: Handelsblatt v. 13./14. XII. 63

An unsere Leser:

Auf besonderen Wunsch hin machen wir darauf aufmerksam, daß unser Mitarbeiter Hans v. Uslar n i c h t identisch ist mit Herrn Hans v. Uslar, Sindelfingen, Oberstleutnant der Bundeswehr.

Wir bitten diejenigen unserer Leser, die an E i n b a n d d e c k e n für den Jahrgang 1963, zum Preise von DM 3,50 zuzügl. Porto, interessiert sind, ihre Bestellung sofort an den Pahl-Rugenstein Verlag zu richten.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen:

Frau Anna Haag, Initiatorin des „Anna-Haag-Hauses" in Stuttgart-Bad Cannstatt, war nach 1945 als Abgeordnete der SPD Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des Baden-Württembergischen Landtages.

Dr. phil. Ernst Hierl, Verfasser des Buches „Auf der Spur. Lebensbeichte eines gefährdeten Moralsuchers", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1962, war vor 1933 u. a. Mitarbeiter der Berliner „Neuen Rundschau", des Münchener „Neuen Merkur" und Direktor des Lehrer-Seminars mit Aufbau- und Übungsschule in Weimar. 1933 wurde er wegen „internationaler und pazifistischer Vergiftung der Jugend" verhaftet. Nach 1945 studierte er pädagogische und politische Wissenschaften.

„Wissenschaft und Frieden" war der Titel der Vorlesung, die Prof. Linus Pauling anläßlich der Überreichung des ihm verliehenen Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1963 in Oslo gehalten hat und die wir, mit geringen Kürzungen, in diesem und dem nächsten Heft in deutscher Übersetzung veröffentlichen.

Prof. Dr. Harold Raasch, geboren 1903 in Berlin, ist Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main. Er ist durch zahlreiche Arbeiten auf den Gebieten des Wirtschafts-, Kartell- und Konzernrechts, des gewerblichen Rechtsschutzes und der Wirtschaftspolitik hervorgetreten. Vor kurzem hat er im Pahl-Rugenstein Verlag die Schrift „Die Bundesrepublik und Osteuropa, Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik" veröffentlicht.

Vorgesehen sind u. a.

Dr. Wolfgang K. H. Fischer:
Zur Strafrechtsform

Prof. Seymour Melman, New York:
Abrüstung und Wirtschaft

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Avantgardismus heute

In den letzten Heften u. a.

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR (8/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Zur Kriegsschuldfrage 1939 (9/63)

Prof. Dr. Josef L. Hromadka:
Zur Arbeit der „Prager Christlichen Friedenskonferenz" (12/63)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Scholom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Blaice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Faschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans-Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Kuchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Boda Manstein
Enzico Maruzzig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h. Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. I. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottländer
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigert
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zafrin Zafa
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen:

Frau Anna Haag, Initiatorin des „Anna-Haag-Hauses" in Stuttgart-Bad Cannstatt, war nach 1945 als Abgeordnete der SPD Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des Baden-Württembergischen Landtages.

Dr. phil. Ernst Hierl, Verfasser des Buches „Auf der Spur. Lebensbeichte eines gefährdeten Moralsuchers", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1962, war vor 1933 u. a. Mitarbeiter der Berliner „Neuen Rundschau", des Münchener „Neuen Merkur" und Direktor des Lehrer-Seminars mit Aufbau- und Übungsschule in Weimar. 1933 wurde er wegen „internationaler und pazifistischer Vergiftung der Jugend" verhaftet. Nach 1945 studierte er pädagogische und politische Wissenschaften.

„Wissenschaft und Frieden" war der Titel der Vorlesung, die Prof. Linus Pauling anläßlich der Überreichung des ihm verliehenen Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1963 in Oslo gehalten hat und die wir, mit geringen Kürzungen, in diesem und dem nächsten Heft in deutscher Übersetzung veröffentlichen.

Prof. Dr. Harold Raasch, geboren 1903 in Berlin, ist Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main. Er ist durch zahlreiche Arbeiten auf den Gebieten des Wirtschafts-, Kartell- und Konzernrechts, des gewerblichen Rechtsschutzes und der Wirtschaftspolitik hervorgetreten. Vor kurzem hat er im Pahl-Rugenstein Verlag die Schrift „Die Bundesrepublik und Osteuropa, Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik" veröffentlicht.

Vorgesehen sind u. a.

Dr. Wolfgang K. H. Fischer:
Zur Strafrechtsform

Prof. Seymour Melman, New York:
Abrüstung und Wirtschaft

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Avantgardismus heute

In den letzten Heften u. a.

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR (8/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Zur Kriegsschuldfrage 1939 (9/63)

Prof. Dr. Josef L. Hromadka:
Zur Arbeit der „Prager Christlichen Friedenskonferenz" (12/63)